

# 'SICHERHEIT' ALS STRUKTURIERENDES MERKMAL STÄDTISCHER ENTWICKLUNG

-

## KONSEQUENZEN FÜR DEN URBANEN RAUM

Vorgelegt im Magisterfach

**Kulturwissenschaft**

**FB 9**

**Universität Bremen**

**1. Gutachter: Prof. Dr. Michael Müller**

**2. Gutachter: Prof. Dr. Stephan Quensel**

von

**Verena Laube**

Ritterstraße 15

28203 Bremen

Tel.: 0421-700756

Matr.-Nr.: 926189

am 30.11.00

### Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG</u> .....	3
Fragestellung	
Warum Davis?	
Gliederung	
<u>KAPITEL 1: MILITARISIERUNG DES URBANEN RAUM</u> .....	8
1.1 <b>Begriffsbestimmungen</b> .....	8
Öffentlicher und privater Raum, Urbanität	
Militarisierung	
1.2 <b>Beispiele</b> .....	11
Los Angeles	
Gated Communities	
Battery Park City	
Amerikanische Verhältnisse in der BRD?	
1.3 <b>Stichwort Sicherheit</b> .....	22
Steigender Kontrollbedarf	
Segregation und gesellschaftliche Polarisierung	
Stadt und die Inszenierung von Angst	
Fremde / Undesirables	
Symbolwert Sicherheit	
Sicherheit und Ordnung: Das Null-Toleranz-Prinzip	

Wessen Sicherheit?

**KAPITEL 2: DIE KONTROLLE DES ÖFFENTLICHEN RAUMS - PERSONELLE UND ARCHITEKTONISCHE METHODEN**  
.....37

**2.1 Staatliche und private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum .....37**

Polizei  
Private Sicherheitsdienste  
Sicherheitsallianzen / Präventionsräte  
Bürgerwehren

**2.2 Architektur: 'defensible spaces', symbolische und reale Barrieren ...45**

CPTED / defensible space  
Pacification by Cappuccino  
Plazas und Passagen  
Die Archisemiotik des Klassenkrieges  
Defensive Architektur  
Abgrenzung durch Architektur

**KAPITEL 3: STADT UNTER BEOBACHTUNG - TECHNOLOGISCHE ÜBERWACHUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM**  
.....61

**3.1 Die technischen Möglichkeiten der Überwachung des öffentlichen Raums**  
.....61

Visuelle Überwachung  
Auditive Überwachung  
Intelligente Kameras, Datenbanken und Vernetzung  
Datenspuren, multifunktionale Chipkarten, Biometrie und digitale Signatur

**3.2 CCTV - Die Überwachung der Innenstädte ..... 67**

Verbreitung  
Rechtliche Grundlagen der Videoüberwachung  
Beispiel Großbritannien  
Funktion und Effektivität

**3.3 'The friendly eye in the sky' – die Neutralität der Technologie? Gefahren der technologischen Überwachung .....73**

Vernetzung  
Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung  
Frauen und Videoüberwachung

**3.4 Vom Panopticon zum 'gläsernen Menschen' ..... 80**

Sichtbarkeit / Unsichtbarkeit  
Die Dezentralisierung der Macht

**KAPITEL 4 : KONSEQUENZEN FÜR DEN URBANEN RAUM.....86**

**4.1 Islands of Civility - Islands of Control? .....86**

Funktionale Beschränkung der Stadt  
Macht und Raum  
Zentren freiwilliger Selbstkontrolle  
Homogenisierung und Separierung  
Inseln der Kontrolle

**4.2 Zerstörung des öffentlichen Raums? .....97**

Verlust der Urbanität  
Privatisierung

**KONKLUSION: DIE SICHERE STADT .....102**

**LITERATURVERZEICHNIS .....106**

Literatur  
Zeitungen / Zeitschriften / Fernsehberichte

## Einleitung

Sicherheit und Stadt, Sicherheit in der Stadt und Kontrolle und Überwachung des öffentlichen Raums zur Herstellung von Sicherheit, aber auch als Bedrohung sind Themen, die derzeit sehr viel Beachtung finden. Wissenschaft, Politik, Medien, KünstlerInnen und Kulturschaffende aller Art setzen sich mit diesem Thema auseinander.

Die Architekturzeitschriften Archithese (4/00) und ARCH+ (10/00) brachten beide im Jahr 2000 Ausgaben mit dem Schwerpunktthema Privatisierung und Kontrolle öffentlicher Räume heraus. Im Mai 2000 veranstaltete die Bremer Polizei die sogenannten 'Sicherheitstage' als Öffentlichkeitsveranstaltung in der Innenstadt (vgl. Taz 10.5.00). Der Bremer Innensenator arbeitet an einem neuen Polizeigesetz, das zur Sicherheit öffentlicher Räume in der Stadt beitragen soll. Die Bremer CDU machte im November 2000 Werbung für ihre Politik mit dem Slogan "Mit Sicherheit, mehr Sicherheit". Die Bremer Gruppe 'city.crime.control' arbeitet seit 1998 an dem Thema der Kontrolle öffentlicher Räume. Das Bremer Kulturzentrum Schlachthof veranstaltete 1999/2000 eine Veranstaltungsreihe und eine Ausstellung unter dem Titel 'Safety First - Innere Sicherheit im städtischen Raum' (in Kooperation mit 'city.crime.control' und dem 'Arbeitslosenzentrum Tenever'). In der Abschlusserklärung der internationalen Städte-Konferenz 'Urban 21' im Juli 2000 in Berlin wurde unter anderem folgende Empfehlung ausgesprochen: "Die Städte sollten eine Sozialpolitik verfolgen und Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind Gewalt und Verbrechen zu verringern" (Urban 21 2000).

Daß das Szenario einer permanenten und allgegenwärtigen Überwachung ein aktuelles und faszinierendes Thema ist, davon zeugen nicht zuletzt die Medien, die sich in zahllosen Varianten des Themas angenommen haben. Die Filmindustrie hat sich in zahlreichen Werken mit der Problematik totaler Überwachung auseinandergesetzt. Neuere Filme wie "Staatsfeind Nr. 1" (USA 1998) und "Am Ende der Gewalt" (USA/F 1997) üben vehement Kritik am Einsatz von Überwachungstechnologie, haben aber zugleich ihre eigene Ästhetik der Überwachung, denn der Glanz der modernen Informationstechnologie übt eine unübersehbare Faszination aus. Die ZuschauerInnen werden so selbst zu BeobachterInnen hinter der Kamera, die Überwachung zum Spektakel. Überwachungstechnologie ist damit nicht nur eine allgegenwärtige Bedrohung, sondern auch attraktiv.

Der Film "Truman Show"(USA 1998), in dem ein Versicherungsangestellter ohne es zu wissen dreißig Jahre seines Lebens der Titelheld einer erfolgreichen TV-Seifenoper ist und nach und nach die Realität entdeckt, schildert sehr treffend die vollständige Überwachung einer Person,

die ohne ihr Wissen in einer perfekt inszenierten Scheinwelt lebt, hier zur Unterhaltung eines Fernsehpublikums. *Reality TV*, Enthüllungs-Talk-Shows, die Fernsehserie '*Big Brother*', eine Serie des deutschen Fernsehsenders RTL nach holländischem Beispiel, bei der sich die BewohnerInnen eines Containers hundert Tage den Blicken der FernsehzuschauerInnen und InternetnutzerInnen aussetzen, sowie unzählige private und kommerzielle *webcams* leben von der Lust am Voyeurismus, am Eindringen in die Privatsphäre anderer und dem prickelnden Gefühl der Möglichkeit, selbst Objekt dieser Begierde zu werden.

Neben der Filmindustrie ist es vor allem die Science-Fiction-Literatur, die sich des Themas kritisch angenommen hat. Orwells '1984' (1949) und Huxleys 'Brave New World' (1932) sind die bekannten Klassiker; doch kaum ein Science-Fiction-Werk kommt um das Thema Überwachung herum, beispielhaft für die neuere Literatur ist der Autor William Gibson mit seinem Roman 'Neuromancer' (1984), der selbst inzwischen ein Klassiker ist.

Der Spiegel titelte im Juli 1999 "Digitale Vollkontrolle. Das Ende des Privaten" (27/99) und schrieb im Editorial: "Die Menschen werden von Kameras, Satelliten und Wanzen belauscht [...] Viele stört das nicht einmal - im Gegenteil: Sie fühlen sich beobachtet sicherer" (Spiegel 27/99). Ein Focustitel im August 2000 lautete: "Alles sehen. Alles zeigen. Im Land der Tausend Augen" (33/2000). Auch die Werbung macht sich diesen Trend zunutze: Mit dem Spruch "You are on a video camera an average of 10 times a day. Are you dressed for it?" macht eine amerikanische Modefirma Werbung (vgl. Village Voice 2.12.98). "In other words, the omnivideo environment is producing a radical cultural response" (Village Voice 2.12.98).

#### FRAGESTELLUNG

Diese Arbeit soll darstellen, inwiefern Sicherheit in den Städten des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu einem strukturierenden Merkmal der Stadtentwicklung geworden ist, und der Frage nachgehen, wie sich diese Entwicklung auf die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen städtischen Raums auswirkt. Ausgangspunkt ist dabei die zuerst von Mike Davis (1994) formulierte These, daß sich die amerikanischen Städte zu hoch aufgerüsteten Festungen entwickeln, in denen sich die Reichen von den Armen im Namen der Sicherheit abschotten und es somit zu einer 'Militarisierung des städtischen Lebens' für alle Beteiligten kommt. Diese Festungsmentalität ist Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Tendenzen und politischer, wirtschaftlicher und globaler Entwicklungen. Sie spiegelt sich aber auch in der gebauten Umwelt der Städte wider. Auf diese Weise manifestieren sich die Machtstrukturen innerhalb der Stadt. Dabei handelt es sich um einen Kampf um städtische Territorien, um kulturelles Kapital und die symbolische Besetzung von Räumen.

Sicherheit spielt in diesem Diskurs eine entscheidende Rolle: Während Sicherheit für viele ein essentielles Problem darstellt, wird sie vielfach dazu benutzt, Kontrolle durchzusetzen. Gleichzeitig ist es höchst fragwürdig, ob die Strategien zur Erhöhung der Sicherheit (z.B. Videoüberwachung) tatsächlich die gewünschte Wirkung haben. Die vorliegende Arbeit wirft einen pessimistischen, distopischen Blick auf die Stadt, ein Blick in die Zukunft auf eine Entwicklung, deren Ausgang noch nicht entschieden ist.

### WARUM DAVIS?

In zahlreichen Veröffentlichungen hat sich Mike Davis<sup>1</sup> mit der Entwicklung postmoderner Großstädte beschäftigt und zwar hauptsächlich anhand der kalifornischen Stadt Los Angeles (L.A.). Nicht nur, weil dies seine Heimatstadt ist, sondern auch, weil bestimmte Entwicklungen dort sehr weit fortgeschritten sind und somit besonders deutlich werden (s. Davis 1994: 264; Loukaitou-Sideris 1993: 160). In 'City of Quartz: Excavating the Future in Los Angeles' (zuerst erschienen 1990) formulierte er die These von der Militarisierung der Städte (vgl. Davis 1994: 259). Davis betrachtet dabei die Stadt unter einem sehr spezifischen und parteiischen Blickwinkel, der bestimmte Aspekte herausgreift und in den Mittelpunkt stellt. Im Sinne einer *Cultural Studies* Methodologie versucht Davis, die Stadt als Text zu lesen, ihre Zeichen zu entschlüsseln und an unser Bewußtsein zu bringen.

[T]he city itself has become, in the semiotic culture of postmodernism, a vast and continuous system of signs that we read and obey on (mostly) a subconscious level. (LeGates/ Stout 1996: 158f)

Davis beschreibt die negativen Seiten postmoderner Metropolen und die Situation der postindustriellen '*underclass*' (vgl. LeGates/ Stout 1996: 158). Davis Herangehensweise ist pessimistisch, sein Schreibstil emotional, rhetorisch und oft zynisch. Zusammen mit seiner radikal sozialkritischen linken politischen Einstellung scheint er wenig geeignet, Teil eines etablierten wissenschaftlichen Kanons zu werden. Dennoch wurden einige Aspekte seiner Schriften aufgegriffen und weiterentwickelt. Auszüge aus 'City of Quartz', insbesondere das Kapitel "Fortress L.A.", wurden immer wieder in Sammelwerken zum Thema Stadt abgedruckt.<sup>2</sup> Davis Ton mag polemisch klingen, das nimmt seiner Darstellung jedoch nicht die Prägnanz:

His overheated excesses often seem to overwhelm rational discourse. Still, Davis's critique of the contemporary urban social order, however enraged, has a kind of compelling validity quite independent of the received canons of intellectual discourse. Indeed, Davis turned out to be a prophet: the ghettos and barrios of Southcentral Los Angeles erupted into open rebellion in the Rodney King riots two years after the publication of *City of Quartz*.. (LeGates/ Stout 1996: 158f)

<sup>1</sup> Mike Davis, geboren 1946 in Kalifornien, hat 'Urban Theory' am SOUTHERN CALIFORNIA INSTITUTE OF ARCHITECTURE unterrichtet und lehrt jetzt an der NEW YORK STATE UNIVERSITY auf Long Island. Laut 'Ökologie der Angst' (1999) lebt er inzwischen hauptsächlich auf Hawaii.

<sup>2</sup> Z.B. in "Variations on a Theme Park" (herausgegeben von Michael Sorkin 1992), in "Metropolis - Center and Symbol of Our Times" (herausgegeben von Philip Kasinitz 1995) und in "The City Reader" (herausgegeben von R. LeGates und F. Stout 1996).

Wenn die Theorie von Mike Davis als Ausgangspunkt dieser Arbeit gelten kann, dann muß auch erwähnt werden, daß Ronneberger, Lanz und Jahn in 'Die Stadt als Beute' (1999) eine

ähnliche Entwicklung für die BRD beschrieben haben. Für den Bezug zu Deutschland in dieser Arbeit sind diese Autoren deshalb genauso wichtig wie Davis.

### GLIEDERUNG

Die These der Militarisierung der Städte soll zunächst im Kapitel 1.1 dargestellt und in Kapitel 1.2 anhand von Beispielen aus den USA (insbesondere Los Angeles) und Deutschland veranschaulicht werden. Anschließend werden einige grundlegende Betrachtungen zum Thema Sicherheit und Stadt und zur Entwicklung postmoderner Metropolen, insofern sie relevant für diese Arbeit sind, dargelegt (Kapitel 1.3). Dabei geht es um grundsätzliche Polarisierungstendenzen, Innere Sicherheit, Kriminalitätsfurcht und Realität, die Angst vor dem 'Fremden' und die Instrumentalisierung von Sicherheit.

In den Kapiteln 2 und 3 werden verschiedene Techniken zur Herstellung von Sicherheit im öffentlichen Raum analysiert. Dazu sollen sowohl personelle (Kapitel 2.1) und architektonische (Kapitel 2.2), als auch technologische Aspekte (Kapitel 3) der Überwachung und Kontrolle öffentlicher Räume untersucht werden. Es zeigt sich, daß offene Formen der Militarisierung und subtilere, unauffällige Formen sozialer Kontrolle einander ergänzen und im Endeffekt unterschiedliche Ausprägungen derselben Entwicklung sind. Einzelne Maßnahmen, die für sich genommen sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen können, werden in Kombination zu aggressiven Mitteln der Aus- und Abgrenzung.

Die technologischen Entwicklungen finden besondere Beachtung, da die technischen Neuerungen in diesem Bereich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu ständigen Verbesserungen der Technologie geführt haben. Sie stellen damit (im Vergleich zu den herkömmlichen Methoden) eine relativ preisgünstige und zugleich umfassende Möglichkeit der Kontrolle öffentlicher Räume dar. Dazu werden zunächst die technischen Möglichkeiten der Überwachung geschildert (Kapitel 3.1). Ein Schwerpunkt liegt hier auf der Videoüberwachung öffentlicher städtischer Räume, die am Beispiel Großbritanniens (das weltweit eine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet übernommen hat) exemplarisch analysiert wird (Kapitel 3.2). Anschließend werden die Gefahren der technologischen Überwachung dargestellt (Kapitel 3.3). Bei dieser Gelegenheit wird auch auf den Zusammenhang zwischen Überwachung und Macht eingegangen (Kapitel 3.4).

Im Anschluß sollen im 4. Kapitel die Konsequenzen dieser Entwicklungen für die Nutzung öffentlicher Stadträume und ihre Auswirkungen auf die städtische Gesellschaft bzw. die urbane Kultur untersucht werden. Folgt man Davis (1994), Ronneberger, Lanz und Jahn (1999) und anderen StadttheoretikerInnen, so entstehen innerhalb der Stadt Festungen oder einzelne Inseln der Kontrolle und Sicherheit. Daraus ergibt sich nicht nur eine Fragmentarisierung, sondern auch eine Hierarchisierung des städtischen Raums auf der Grundlage des Kontroll- und Sicherheitsprinzips (Kapitel 4.1). Es stellt sich die Frage, ob deshalb längerfristig mit dem Verlust der Urbanität und des öffentlichen Raums, wie er bisher existiert hat, zu rechnen ist. Diese Frage wird in Kapitel 4.2 diskutiert.

Die Ergebnisse der Arbeit werden abschließend in der Konklusion zusammengefaßt. Die räumliche Organisation nach Sicherheitsaspekten bedeutet nicht nur Abgrenzung sondern auch Ausgrenzung. Gesellschaftliche Machtstrukturen bestimmen so die Nutzung öffentlichen Raums. Wenn traditionell öffentlicher Raum nicht von allen gleichermaßen benutzt werden kann, kann das in letzter Konsequenz den Verlust von Diversität bedeuten und hat somit negative Auswirkungen auf alle. Hierbei handelt es sich nicht um eine bereits erreichte Realität; Aufgabe dieser Arbeit ist jedoch aufzuzeigen, inwieweit die städtische Entwicklung bereits in diese Richtung geht.

Diese Arbeit bezieht sich auf westliche Städte im allgemeinen; damit sind zunächst die Städte Nordamerikas aber auch des westlichen Europas gemeint. Innerhalb Europas liegt der Schwerpunkt auf der BRD, wobei Bremen den lokalen Bezugspunkt bildet. Es steht außer Frage, daß sich die Städte Europas und Nordamerikas in vielen Punkten unterscheiden, so wie sich auch innerhalb einzelner Länder die Städte unterschiedlicher Größe und Regionen unterscheiden. Diese Arbeit konzentriert sich jedoch nicht auf die vielen grundsätzlichen und spezifischen Unterschiede, sondern auf die Gemeinsamkeiten, die sich bei einem Großteil dieser Städte wiederfinden lassen und die deshalb meines Erachtens einige grundsätzliche Tendenzen städtischer Entwicklung erkennen lassen. Dabei gilt für die USA in bezug auf Europa, was für Los Angeles innerhalb der USA gilt: Viele Entwicklungen sind dort besonders weit und extrem fortgeschritten, so daß sie als Beispiel gelten können für etwas, das andernorts weniger sichtbar wird oder noch nicht in dem Maße vollzogen wurde:

Aus stadtsoziologischen Analysen, wie sie beispielsweise Häußermann und Siebel für New York oder Mike Davis für Los Angeles vorgelegt haben, können - trotz der Einzigartigkeit dieser Metropolen - Facetten einer möglichen Zukunft auch der europäischen Großstadt abgelesen werden. (Voß 1997: 43)

# 1. Militarisierung des urbanen Raums

## 1.1 Begriffsbestimmungen

### ÖFFENTLICHER UND PRIVATER RAUM, URBANITÄT

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit öffentlichen, städtischen Räumen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Eine Gegenüberstellung der beiden Kategorien 'privater' und 'öffentlicher' Raum wurde erst mit der Entstehung der europäischen Stadt des Mittelalters möglich. Anders als in der dörflichen Gemeinschaft war das bürgerliche, städtische Leben durch die direkte Gegenüberstellung von privaten und öffentlichen Bereichen geprägt, die vor allem soziale Kategorien waren. Im Kapitalismus beziehen sich die Begriffe auf eine spezifische ökonomische Aufteilung. Heute versteht man unter privatem und öffentlichem Raum vor allem rechtliche Kategorien, die unterschiedliche Eigentumsverhältnisse zum Ausdruck bringen, mit denen zugleich bestimmte Zuständigkeitsbereiche der Gewaltanwendung einhergehen. Im öffentlichen Raum soll das staatliche Gewaltmonopol gelten; die Innere Sicherheit ist Zuständigkeitsbereich der Polizei, die durch das Gesetz legitimiert wird und somit der demokratischen Kontrolle unterliegt. Im privaten Raum hingegen gilt zunächst das Hausrecht, das Eigentum und Privatsphäre schützen soll.

Inzwischen aber überschneiden sich die Kategorien, da durch die Verdichtung von Privatbesitz in den Städten Bereiche, die im traditionellen Sinne bzw. im Bewußtsein der Bevölkerung als öffentlich gelten (wie Straßen, Plätze und Parks), zunehmend von Privatbesitz umschlossen werden oder in Privatbesitz übergehen. Dennoch fühlt sich die breite Öffentlichkeit in der Nutzung dieser Räume nicht eingeschränkt und ist ja auch tatsächlich eingeladen, sie zu nutzen. Sie sind selten klar umgrenzt (zumindest im Innenstadtbereich) und somit im subjektiven Empfinden öffentlich.

Der urbane Raum bezieht sich auf die öffentlichen Räume in den Städten, zu denen alle Menschen Zugang haben. Es handelt sich um Stadträume, in denen die unterschiedlichsten sozialen Gruppen, Aktivitäten und teils widersprüchlichen Interessen spontan aufeinandertreffen und an denen auf diese Weise eine für die Stadt charakteristische Kultur entsteht. Er ist ein heterogener Raum, in dem verschiedene Funktionen und Menschen koexistieren können und der theoretisch frei von Hierarchien ist. Urbanität ist ein Prozeß, der aus einer bestimmten Lebens- und Geisteshaltung heraus entsteht, und deshalb nicht planbar ist. Aber die "Auflösung der Gestalt der urbanen Stadt beginnt bereits Ende des 19. Jahrhunderts", so Häußermann und Siebel (1997: 293).

Durch die Privatisierung von vormalig öffentlichen Räumen entstehen quasi- oder pseudo-öffentliche Räume, deren Gestaltung, Funktion und Nutzung sich von der eigentlichen öffentlicher Räume unterscheidet (vgl. Voß 1997: 41). Besonders weit fortgeschritten ist diese Entwicklung in Nordamerika. In Einkaufszentren, Freizeitparks und privaten Wohnstädten sind Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen, Schulen, Kindergärten, Polizeiwachen, Hotels und Restaurants "in privatrechtlich umschlossenen Arealen konzentriert" (ebd.).

### MILITARISIERUNG

Fast täglich wird in den Medien davon berichtet, daß die Städte (und allen voran die amerikanischen Großstädte) ein Ort der Gewalt sind. Diese Sichtweise der Stadt ist weder neu noch originell, sie besteht vielmehr, seit es Städte gibt. Was Davis jedoch von der konservativen Stadtkritik unterscheidet, ist die Verortung der Gewalt. Für ihn geht sie nicht so sehr von den 'Kriminellen' aus, sondern in erster Linie von den 'Herrschenden' und 'Besitzenden', die mit all den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, ihre Privilegien zu verteidigen. Davis versucht seine LeserInnen für diese Form der Gewalt zu sensibilisieren, die oftmals versteckt ist, sich aber in der realen Stadt, der gebauten Umwelt, wiederfinden läßt.

Neueste elektronische Überwachungssysteme, private Sicherheitsdienste und eine hochaufgerüstete Polizei, Barrikaden und 'Checkpoints' dienen laut Davis vor allem dazu, den Luxus zu verteidigen (vgl. Davis 1994: 259). Seine Aufmerksamkeit bzw. Kritik gilt jedoch auch der Architektur und Stadtplanung: Mal offen militaristisch, mal eher unauffällig und subtil, ergänzen sie alte und neue Formen der modernen sozialen Kontrolle. Während die architektonische 'Semiotik', die unsichtbaren Zeichen der gebauten Umwelt, von den ArchitekturkritikerInnen gerne übersehen werden (obwohl die Symbolik nicht unbedingt subtil ist), verstehen die 'Auszugrenzenden' sie sehr wohl, so daß die Architektur auf ihre Weise zur Segregation und Teilung der Stadt beiträgt (vgl. ebd.: 262).

In Städten wie Los Angeles zeigt sich das häßliche Gesicht der Postmoderne und Verschmelzen Stadtplanung, Architektur und Polizeiapparat wie noch nie zuvor tendenziell zu einer einzigen umfassenden Sicherheitsmobilisierung. (Davis 1994: 260)

Indem er die Stadt als Festung beschreibt ("Fortress L. A." - ebd.: 257-304; 1995), greift Davis das Bild der mittelalterlichen, befestigten Stadt auf, die sich allerdings nicht gegen einen äußeren, sondern gegen einen inneren Feind zu verteidigen sucht und damit gewissermaßen gegen sich selbst richtet. Dies ist zwar auch nicht neu, widerspricht aber allen demokratischen Bestrebungen. Die sozialen Spannungen in den USA wachsen, Reform- und Integrationsbestrebungen (wie fragwürdig auch immer) sind einem paranoiden Sicherheitsbedürfnis gewichen, und an ihre Stelle treten zunehmend Kontrolle und Repression, so eine zentrale These von Davis:

The old liberal attempts at social control, which at least tried to balance repression with reform, have been superseded by open social warfare that pits the interests of the middle class against the welfare of the urban poor. In cities like Los Angeles, on the hard edge of postmodernity, architecture and the police apparatus are being merged to an unprecedented degree (Davis 1995: 356).

Diese gesellschaftliche Polarisierung ist nicht nur als sozialer Kampf um die Ressourcen zu verstehen, sondern auch als realer Kampf um den Raum der Stadt, der sich in der Gestaltung des öffentlichen Raums niederschlägt. Die Besetzung zentraler öffentlicher Orte ist von großer symbolischer Bedeutung. Wer und wer nicht einen Raum für sich beanspruchen kann unterliegt einem kontinuierlichen Wandel und wird ständig neu verhandelt (vgl. Zukin 1995). Auch wie soziale Klassen in der Stadt räumlich verteilt sind und wie sie den städtischen Raum nutzen, ist das Ergebnis kontinuierlicher sozialer Auseinandersetzungen um den öffentlichen Raum. Indem bestimmte Gruppen diesen Raum symbolisch und materiell dominieren, können sie andere Personengruppen von ihm fernhalten bzw. ihnen stigmatisierte und als minderwertig geltende Räume zuweisen (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 198f).

Dazu gehören auch reale Zugangsbeschränkungen, selbst wenn diese nicht ausdrücklich benannt werden. Einerseits werden 'unerwünschte Personen' aus bestimmten öffentlichen oder quasi-öffentlichen Räumen wie Straßen oder Parks, Plätzen, Einkaufszentren oder Wohnvierteln herausgehalten, indem ihnen architektonische, technologische oder personelle Barrieren entgegengesetzt werden. Im Allgemeinen geschieht dies mit der Begründung, den öffentlichen Raum 'sicherer' zu machen, wobei Sicherheit inzwischen nicht nur als persönliches Recht, sondern auch als Standortfaktor gilt. Die über eine entsprechende Kaufkraft verfügende Mehrheitsgesellschaft verschanzt sich in ihren gesicherten Festungen daheim, im Büro oder in der *Shopping Mall*. Andererseits entstehen sogenannte *No-Go-Areas* auch für die weiße Mittelschicht und die staatlichen Sicherheitskräfte, die einige vernachlässigte Stadtteile kaum noch betreten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind so "in die Struktur des städtischen Raumes selbst eingegangen" (Davis 1994: 260). Durch anschauliche Beispiele versucht Davis seine LeserInnen davon zu "überzeugen, daß die Form der Stadt" seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem "einer repressiven Funktion dient" (ebd.: 264).

Der Begriff 'Militarisierung' ist als (provokanter) Sammelbegriff für unterschiedliche urbane Abwehr- und Sicherheitsstrategien zu verstehen; er bezeichnet eben diese Tendenz zur Aufrüstung des urbanen Raums, die sich vor allem (aber keinesfalls ausschließlich) gegen die Armen und Unterprivilegierten richtet - an anderer Stelle spricht Davis auch von einem "national movement toward 'defensible' urban centers" sowie von einem "strategic armoring of the city against the poor" (Davis 1995: 361).

Dabei ist Militarisierung durchaus auch wörtlich zu verstehen, denn nicht nur Ausrüstung und bestimmte Einsatzstrategien der Polizei sind dem Militär entliehen, sondern auch die eingesetzte

Kontroll- und Überwachungstechnologie wurde ursprünglich für militärische Zwecke entwickelt. Aber auch der Diskurs über die Stadt ist zunehmend von militärischen Begriffen geprägt: Die Stadt / Straße soll 'zurückerobert' werden, wahlweise von den KapitalistInnen / Herrschenden oder den Kriminellen / Verwahrlosten. Zwar scheint es inzwischen einen "offiziellen Konsens über [...] die Nutzung von Raum" (Davis 1994: 298) zu geben, der die "Mischung von Menschenmengen" (ebd.) verbietet, so Davis. Doch ist die Auseinandersetzung um die Stadt noch lange nicht entschieden, denn Stadtentwicklung ist ein kontinuierlicher Prozeß, an dem sich alle, bewußt oder nicht, beteiligen und der nur zu einem Teil von der offiziellen Politik beeinflußt werden kann. Stadt ist eben mehr als nur ein Standort, Stadt ist auch und vor allem ein Lebensraum. Da sich Stadt ständig in der Entstehung befindet und kein starres Gefüge ist, läßt sie sich durch Bauverordnungen und Sicherheitsvorschriften nur unzureichend kontrollieren.

## **1.2 Beispiele**

### LOS ANGELES

Davis stellt einzelne Phänomene in einen Zusammenhang; auf diese Weise wird eine Strategie der Ausgrenzung und Segregation zum Ausdruck gebracht, die Städte in eine Ansammlung von Festungen verwandelt und zu einer 'Militarisierung' des Lebens in der Stadt führt - die Stadt wird zum umkämpften Raum:

Die Besessenheit, mit der physische Sicherheitssysteme errichtet und gleichzeitig durch die Architektur soziale Trennungslinien durchgesetzt werden, ist zum Zeitgeist in der Umstrukturierung der Stadt geworden – zum zentralen Diskurs in der gesamten entstehenden gebauten Umwelt der 90er Jahre. (Davis 1994: 259)

Die "Logik des Sicherheitsstrebens" treibt, so Davis, die "Aufspaltung der Stadt in Enklaven" voran (Davis 1994: 282). Als *Bunker Hill* entstand,<sup>3</sup> das durch öffentliche Subventionen errichtete neue Geschäftsviertel von Downtown L.A., wurde unter dem beschönigenden Titel "Renaissance der Stadt" eine riesige "Konzernfestung" (ebd.: 259) errichtet. Das neue Zentrum wurde systematisch vom Rest der Innenstadt und den umliegenden MigrantInnen- und Schwarzenvierteln abgeschirmt, indem die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel unterblieb und viele FußgängerInnenverbindungen versperrt wurden. Das neue Downtown L.A. ist abgesichert durch ein monumentales "architektonisches Glacis"(ebd.) aus unüberwindbaren Straßen und Palisaden, privaten Verbindungswegen und Videokameras, so Davis (vgl ebd.; Zukin 1995: 274f).

---

<sup>3</sup> Im Zuge der *Downtown*-Sanierung wurde das Finanzzentrum Los Angeles vom ehemaligen Zentrum (dem Broadway–Spring-Korridor) ein paar Blocks nach Westen verschoben (Bunker Hill und Figueroa Korridor); die notwendige freie Fläche war vor allem durch den Abriß des Wohnviertels Bunker Hill entstanden, das neue Bankenviertel entstand so praktisch aus dem Nichts.

Den Grund für diese 'Stadterneuerung' sieht Davis in der Tatsache, daß das alte Stadtzentrum zugleich den Hauptverkehrsknotenpunkt für den öffentlichen Nahverkehr darstellte und somit stark von Schwarzen und MigrantInnen frequentiert war. Spätestens seit den Aufständen im Stadtteil Watts 1965, als die Vormachtstellung der Weißen ernsthaft in Gefahr zu geraten schien, "rückte die Sicherheit des Raumes durch Resegregation zur höchsten Priorität auf" (Davis 1994: 267), so daß eine Erneuerung des alten Zentrums durch Gentrifizierung, wie in anderen Städten üblich, für L.A. nicht in Frage kam. Die Revitalisierung des Zentrums fand also unter der Prämisse der Sicherheit (der weißen Mittelschicht) statt: Die Polizei verbreitete das Gerücht einer Invasion von schwarzen Jugendgangs, um die Geschäfte zum Umzug zu motivieren, und durch eine systematische Segregation der Klassen und ethnischen Gruppen wurde jede Heterogenität von vorneherein ausgeschlossen:

Tatsächlich läßt die totalitäre Semiotik von Wällen und Zinnen, Spiegelglas und Fußgängerüberführungen keine Affinität oder Sympathie zwischen verschiedenen architektonischen oder menschlichen Ordnungen zu. (Davis 1994: 268)<sup>4</sup>

Dabei unterscheidet sich die Permeabilität dieser Mauern je nachdem, zu welcher Seite man gehört: Während die weißen Angestellten noch gelegentlich Ausflüge auf die exotischen Märkte der MigrantInnen unternehmen, gibt es Grenzüberschreitungen in die andere Richtung kaum (ähnlich wie bei nationalen Grenzen zwischen Nord und Süd). Verirrt sich doch nochmal eine unerwünschte Person in den Finanzdistrikt, wird sie augenblicklich von unzähligen stummen Videokameras ins Auge gefaßt und auf Schritt und Tritt verfolgt und beobachtet – das 'Fremde' provoziert in diesen bereinigten Stadtteilen augenblicklich eine stille Panik (vgl. ebd.: 268) - auch hier drängt sich wieder der Vergleich mit den EU-Außengrenzen oder der Grenze zwischen den USA und Mexiko auf.

Stararchitekt Frank Gehry entwarf in Hollywood eine Bibliothek im "Belagerungslook" (ebd.: 259), die an ein Fort der Fremdenlegion erinnert, so Davis, auch wenn es sich hier primär um dekorative Elemente handelt (s. Kap. 2.2). Der Bauunternehmer Alexander Haagen baute im hauptsächlich von Schwarzen bewohnten Southcentral, L.A., ein 'panoptisches Einkaufszentrum' mit einem zentralen Wachturm, einer Polizeiwache und massivem Metallzaun. Haagens Strategie, mit der er den Einzelhandel und große Ladenketten in ein seit den Aufständen von 1965 im Stadtteil Watts als zu riskant geltendes Wohnviertel der *inner city*<sup>5</sup> zurückbrachte, wurde mehrmals kopiert und als Erfolg gefeiert.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Davis nennt dies auch "die Archisemiotik des Klassenkrieges" (Davis 1994 : 268).

<sup>5</sup> '*Inner city*' bezeichnet die älteren Stadtgebiete amerikanischer Städte aus der Zeit vor der Suburbanisierung, in denen heute hauptsächlich ärmere Bevölkerungsschichten leben, im Falle Los Angeles also vor allem Schwarze und MigrantInnen.

<sup>6</sup> Nach den Aufständen im Jahre 1965 zogen sich die großen EinzelhändlerInnen aus dem *inner city*-Stadtteil Southcentral zurück, während die kleineren durch die *redlining*-Praxis der Banken (keine Vergabe von Krediten an Unternehmen in einem bestimmten Gebiet) systematisch ruiniert wurden. Dadurch mußten AnwohnerInnen selbst für alltägliche Einkäufe von Lebensmitteln lange Wegstrecken in andere Stadtteile zurücklegen. Während die *Community Redevelopment Agency* (CRA) jahrelang nichts gegen die unhaltbare Situation der schwarzen *Community* tat, subventionierte sie gleichzeitig den Immobilienmarkt in *Downtown* mit Milliarden von Dollarn (vgl. Davis 1994: 280). Der *developer* Alexander Haagen rechnete damit, daß er große Subventionen erhalten könnte, wenn er nun in

Der Entwurf erinnert, so Davis, stark an den berühmten Plan für ein 'panoptische Gefängnis' aus dem 19. Jahrhundert von Bentham.<sup>7</sup> So gibt es im *King Center* einen zentralen Beobachtungsturm, in dem das Büro des Direktors, eine Außenstelle der Polizei und eine Funkzentrale untergebracht sind. Darüber wird der Kontakt zu Feuerwehr, Polizei und anderen in das Sicherheitssystem eingebundenen Einkaufszentren gehalten und das Video- und Audiosystem überwacht. 24 Stunden am Tag sind Sicherheitsdienste im Einsatz, sowohl in der Zentrale als auch auf dem Gelände. Die FußgängerInnen- und Autozugänge werden von 22.30 Uhr bis 6.30 Uhr geschlossen und sind selbstverständlich durch Bewegungsmelder und Videokameras gesichert, der LieferantInneneingang ist mit Sprechfunk und Video ausgestattet und wird nur im Bedarfsfall von der Zentrale aus geöffnet. Das ganze Gelände ist von einem zweieinhalb Meter hohen Metallzaun umgeben und der Lieferbereich vor etwaigen Eindringlingen durch Betonblockmauern gesichert (vgl. ebd.: 281f).

Betroffen von der Festungsmentalität sind in den USA aber auch die Wohngebiete: HausbesitzerInnen in den wohlhabenderen Wohnvierteln der Stadt drohen auf kleinen Schildern in den Vorgärten mit 'bewaffneter Vergeltung' (vgl. ebd.: 259).<sup>8</sup> Vor allem die reicheren Viertel in L.A. benutzen ausgeklügelte Sicherheitskonzepte, um den Wert ihrer Häuser und Grundstücke zu steigern und sich nach außen hin abzuschirmen. Wer kann rüstet sein Haus auf: Dazu zählen nicht nur die üblichen Sicherheitsschlösser, Mauern, Zäune, Alarmanlagen mit Direktschaltung zur Polizei, Bewegungsmelder und Flutlichtanlagen, sondern z.B. auch ein im Grundriss verborgener 'terroristensicherer Sicherheitsraum', der hinter Geheimtüren und beweglicher Wandverkleidung zum Vorschein kommt (vgl. ebd.: 288).

Aber auch Sozialwohnungsprojekte werden als '*defensible spaces*' (s. Kap. 2.2) rekonstruiert, mit Zäunen, Identitätsnachweisen und eigener Polizeistation. Ganze als 'gefährlich' eingestufte Viertel werden in den USA durch Straßensperren abgeriegelt. Mit der Begründung, einen 'Krieg gegen die Drogen' zu führen, werden in den sogenannten '*narcotic-enforcement zones*' Armenviertel in L.A. von der Polizei kontrolliert (vgl. Davis 1994: 259). Erklärtes Ziel ist es, die Straßen zurückzugewinnen von jenen, die als "occupying army of drug-dealers, illegal immigrants and homicidal homeboys" (Davis 1995: 366) repräsentiert werden. Zwar haben

---

den Einzelhandel von Southcentral investieren würde, zumal die Stadt an den WählerInnenstimmen interessiert war. Er entwarf deshalb eine umfassende "sicherheitsorientierte Planungs- und Managementstrategie" (*Times* 7.10.1987, zitiert nach Davis 1994: 280) für ein Hochsicherheitseinkaufszentrum, das die Versicherungen und HändlerInnen beruhigen und weitere Einzelhandelsgeschäfte in den Stadtteil locken sollte. Das *Martin Luther King Junior Center* wurde 1983 gebaut, heute ist Haagen der größte Unternehmer für den Bau von Einkaufszentren in Südkalifornien und hat über vierzig Zentren nach diesem Konzept gestaltet (vgl. Davis 1994: 278).

<sup>7</sup> Jeremy Bentham (1748 - 1832), englischer Jurist und Philosoph. Das *Panopticon* war der (nie realisierte) Entwurf für einen Gefängnisbau, in dem die Gefangenen mittels eines zentralen Turms Tag und Nacht unter Beobachtung stünden (vgl. Foucault 1994: 256ff).

<sup>8</sup> Die sowohl humorvolle als auch deutliche Aufschrift auf einem Schild in Youngstown, Ohio, lautet (in bestem *Gangsta-Jargon*) folgendermaßen: "Yo' Homes, Rock Starz, Boddy Sellarz, Bad Boyz, Do not 1. 'Chill' Here 2.

diese Maßnahmen die Zustimmung eines Großteils der betroffenen BewohnerInnen, doch tragen sie zugleich dazu bei, die Armen systematisch von den Reichen zu isolieren und zu kriminalisieren, so daß für diese Menschen Sicherheit gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Freiheit (vgl. ebd.: 367).

### GATED COMMUNITIES

In den außerhalb gelegenen Wohnbezirken isolieren sich die Reichen hinter hohen Mauern, mit bewaffnetem Sicherheitspersonal und dem Neuesten an elektronischen Überwachungssystemen: Wer genug Geld hat, zieht in eine *Gated Community*.<sup>9</sup> Das sind private Wohnanlagen und Luxuswohnsiedlungen, die meist von vorne herein als private 'Festungstädte' (Davis 1994: 260) konzipiert wurden oder aber im Nachhinein abgeschottet werden. Durch Zäune, Mauern und kontrollierte Zugänge sowie Sicherheitsdienste und Videoüberwachung soll erreicht werden, daß nur AnwohnerInnen und geladene Gäste bzw. autorisierte Personen Zutritt haben. Mitunter werden diese relativ gewöhnlichen Maßnahmen noch durch Hubschrauber, Nachtsichtgeräte oder die Übertragung von Videoaufnahmen in alle Haushalte ergänzt, oder es werden die Kennzeichen aller Fahrzeuge gespeichert, die das Gelände anfahren. Kontrolliert werden auf diese Weise nicht nur die BesucherInnen, sondern auch die AnwohnerInnen..

Weiterhin zeichnen sich die *Gated Communities* dadurch aus, daß die normalerweise öffentlichen Räume (und Dienstleistungen) privatisiert sind. Neben Sicherheit und Privatheit steht das Streben nach Gemeinschaft und Einheitlichkeit im Vordergrund. Eine Hauseigentümer- oder AnwohnerInnenvereinigung, die HOA (*Homeowner Association*), die von den BewohnerInnen gewählt wird<sup>10</sup> und eine Art interne Regierung darstellt, legt die Regeln sowohl für das Gemeinschaftseigentum, als auch für das individuelle Eigentum fest. Die CC&Rs ('covenants, conditions and regulations') werden bei Einzug bzw. Kauf unterschrieben und können später nur noch mit einer 3/4 Mehrheit abgeändert werden. Sie variieren von Siedlung zu Siedlung, legen aber meistens sowohl das äußere Erscheinungsbild der Häuser und Gärten fest (Farbe, Baustil, Höhe von Mauern oder Pflanzen u.v.m.), als auch das Verhalten der AnwohnerInnen (vgl. Blakely/ Snyder 1999: 20ff).

Das bedeutet, sie regeln wann die Mülltonnen rausgestellt werden dürfen, wann man Wäsche aufhängen darf, welche internen Park- und Geschwindigkeitsbegrenzungen und Strafen für Verstöße es gibt, ob politische Abzeichen gezeigt werden dürfen, was für Tiere gehalten werden können, in welchem Alter Neuzugänge zu sein haben und wann Kinder Besuchsrecht haben

---

'Clock' Here 3. 'Hang Tuff' 4. Sell Rockz Here 5. Read Too Long. In other Words: Stroll! Yes, this means You. Can't U read? Move then or U might get lead poisoned" (Brinkmann 2000: 36).

<sup>9</sup> Ausführliche Literatur zu diesem Thema findet sich bei Blakely/ Snyder (1999).

<sup>10</sup> Dabei findet oftmals eine Hierarchisierung innerhalb der *Gated Community* statt, indem das Stimmrecht MieterInnen ausschließt oder die Gewichtung vom Grundstückswert abhängig macht (vgl. Blakely/ Snyder 1999: 21).

(letzteres gilt für die sogenannten '*Retirement Communities*'). Ziel ist es, ein möglichst einheitliches Gesamtbild und eine homogene AnwohnerInnenschaft zu erreichen.

Blakely und Snyder (1997) unterscheiden zwischen *Lifestyle Communities*, *Prestige Communities* und *Security Zone Communities*, die sich noch einmal unterteilen lassen. Während es bei den *Lifestyle Communities* vorrangig darum geht, mit Gleichgesinnten zusammen zu wohnen, stehen bei den (meist kleineren) *Prestige Communities* eher Exklusivität und ein gehobener Lebensstil im Mittelpunkt, die sich durch luxuriöse Ausstattung, besondere Lage und eine entsprechende Nachbarschaft ausdrücken. Die *Security Zone Communities* unterscheiden sich von den vorangegangenen Beispielen, weil es sich nicht um speziell geplante Siedlungen handelt, sondern um bereits bestehende Wohnviertel, die sich aus eigenem Bestreben oder auf Anraten der kommunalen Verwaltung im Nachhinein durch besondere Sicherheitsmaßnahmen absichern. Dementsprechend steht bei dieser Kategorie der Sicherheitsaspekt an vorderster Stelle; der Schutz vor Kriminalität entweder in angrenzenden Stadtteilen oder aber im eigenen sind der Auslöser, den Stadtteil zu umzäunen und mit Toren zu versehen.

Wo die Straßen und Wege nicht in den Händen einer '*Homeowners Association*' oder von UnternehmerInnen liegen, werden andere Methoden gewählt, um Fremde fernzuhalten; so werden öffentliche Einrichtungen wie Parks durch Öffnungszeiten und zahllose Verordnungen reglementiert, so wie der Park in San Marino (der angeblich reichsten Stadt der USA), der am Wochenende geschlossen wurde, um die MigrantInnenfamilien der umliegenden Städte davon abzuhalten, dort die freien Tage zu verbringen. Andere Praktiken sind Kontrollen an den Eingängen und das Beschränken der Parkerlaubnis auf AnwohnerInnen (vgl. Davis 1994: 284). Auf diese Weise werden "unsichtbare Mauern" (ebd.) errichtet, deren Wirkung mit der von realen Mauern vergleichbar ist. Denn ähnlich wie Sicherheitsdienste und Alarmanlagen haben sie vor allem symbolischen Wert, erleichtern die soziale Kontrolle und halten alle fern, 'die dort nicht hingehören' – ob sie tatsächlich Einbrüche oder Gewalttaten verhindern, ist hingegen völlig ungeklärt (vgl. ebd.: 289).

Mit genügend Einfluß können so auch weniger wohlhabende Stadtteile den öffentlichen Raum der Straßen und Gehwege praktisch privatisieren, indem sie Durchgangsstraßen sperren und mitunter sogar allen, die den Stadtteil betreten wollen, "eine Art Stadtteil-'Paßkontrolle' auferlegen" (ebd.: 284). Zwar ist es in Kalifornien mittlerweile verboten, Stadtteile bzw. Wohngebiete, die auf öffentlichem Boden liegen, auf Dauer für NichtanwohnerInnen zu sperren, jedoch kann die Polizei von L.A. im Rahmen des Drogenbekämpfungsprogramms Straßensperren errichten und die Zugänge kontrollieren (vgl. ebd.).

Meist sind es die BewohnerInnen selbst, die sich für Zäune, Straßensperren (permanent oder zu bestimmten Tageszeiten, beispielsweise nachts) oder Patrouillen einsetzen, doch natürlich gibt es auch Proteste. Diese kommen, was wenig erstaunlich ist, hauptsächlich von jenen, die als anders oder gefährlich stigmatisiert werden, also z.B. von schwarzen männlichen Jugendlichen (vgl. ebd.: 286). Das *Imperial Courts Housing Project*, ein Sozialwohnungsbau in unmittelbarer Nähe zum *King Center*, sieht Davis als Gegenstück zum 'panoptischen Einkaufszentrum'. Es wurde mit Zaun, Ausweispflicht und einer Polizeiaußenstelle zu einem 'strategischen Dorf' aufgerüstet, BesucherInnen werden befragt und durchsucht und AnwohnerInnen mitunter zurück in ihre Wohnungen geschickt (vgl. ebd.: 282). Solche Beispiele zeigen, daß unter bestimmten Umständen, insbesondere bei ärmeren Bevölkerungsschichten, der Schutz vor Kriminalität zur Kontrolle der BürgerInnen wird. Zudem können genannte Maßnahmen die Stigmatisierung bestimmter Stadtteile verstärken.

Die *Gated Communities* sind eine besondere Form der seit den 60er Jahren in den USA verbreiteten *Common-Interest Developments*, die seit den späten 80er Jahren des 20. Jahrhunderts einen Boom verzeichnen, der nach wie vor anhält. Für 1997 schätzten Blakely und Snyder etwa 20 000 *Gated Communities* in den USA mit 3 Millionen Haushalten und 8,4 Millionen EinwohnerInnen (vgl. Blakely/ Snyder 1997: 7; 180). Einer südkalifornischen Umfrage zufolge, wollten bereits 1990 mehr als die Hälfte aller befragten potentiellen HauskäuferInnen am liebsten in einer solchen Anlage wohnen (vgl. ebd.: 7). Die meisten umzäunten, privaten Wohnanlagen gibt im Süden der Vereinigten Staaten, vor allem in Florida und Kalifornien, sowie Texas. Aber auch um andere große Agglomerationen wie New York und Chicago häufen sie sich, nur in den ländlichen Staaten kommen sie praktisch nicht vor (vgl. ebd.: 5f). In einigen Gegenden L.A.s nimmt "der 'Trend' mittlerweile Züge eines durchgedrehten Wettrüstens zwischen den Wohngebieten an, weil gewöhnliche VorortbewohnerInnen dieselbe soziale Abschirmung verlangen, die bisher nur die Reichen genossen", so Davis (1994: 286).

Die Gründe für diese Tendenz sind schwer zu bestimmen; zum einen bieten die *Gated Communities* Ruhe, Sicherheit und Nachbarschaft - Werte, die die Suburbs, die inzwischen vielerorts zu innerstädtischen Gebieten wurden, nicht mehr bieten können. Wo räumliche Distanz nicht mehr möglich ist, bieten reale und symbolische Grenzen eine Alternative. Sicherheit stellt einen immer wieder genannten Grund für den Einzug in ein solches Wohngebiet dar (70% nennen diesen Faktor als sehr wichtigen Grund für die Entscheidung - vgl. Blakely/ Snyder 1999: 126), auch wenn sich nicht belegen läßt, daß die Kriminalitätsraten (insbesondere in den großen Anlagen) wirklich niedriger sind (vgl. ebd.: 128).

Außerdem stehen diese Gemeinden in dem Ruf, den Marktwert der Häuser und Grundstücke zu sichern bzw. zu steigern, da die internen Regeln Einflüsse von außen verhindern, auch wenn

sich die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung nicht bestätigen läßt (vgl.ebd.: 154ff). Zudem stellen sie eine legale Form der Segregation nicht nur von Klassen sondern auch von 'Rassen' dar. Diese Vermutung wird dadurch bestätigt, daß kaum Schwarze oder andere Minderheiten in *Gated Communities* wohnen;<sup>11</sup> eine Ausnahme stellen lediglich die ärmeren *Security Zone Communities* dar (vgl. ebd.: 153).

[C]ertain groups of people are considered a threat to property values and are excluded. The result is still increased homogeneity, and, given economic disparities between white and non-white Americans, this approach inevitably contributes to continuing racial segregation. (McKenzie 1994: 78)

Blakely und Snyder sehen in den umzäunten Wohngebieten zwar nicht die Ursache für rassistische Segregation, wohl aber Ausdruck einer entsprechenden gesellschaftlichen Tendenz der Abgrenzung und des Ausschlusses, "a concrete metaphor for the closing of the gates against immigrants, and minorities and the poverty, crime, and social instabilities in society at large" (Blakely/ Snyder 1999: 152). Insofern sind sie auch nicht als Verwirklichung utopischer Ideale einer friedlichen Gemeinschaft zu werten, sondern vielmehr als Flucht vor der Realität.

Welche grotesken Züge der Sicherheitswahn und der Wunsch nach Exklusion annimmt, zeigt auch das Beispiel der privaten High-Society-Enklave 'Hidden Hills' in Kalifornien: Als ein Gericht bestimmte, die Gemeinde solle vor ihren Toren achtundvierzig SeniorInnenwohnungen einrichten, kursierten Warnungen, das Altersheim werde 'Gangs und Drogen anziehen' (vgl. Davis 1994: 284).

Eine Sonderform, der besondere Bedeutung zukommt, sind die *Gated New Towns*. Hierbei handelt es sich um komplette Städte, die durchgängig von einem Bauherrn entworfen und finanziert werden und auch über eine entsprechende private Infrastruktur bis hin zu Schulen, Einkaufszentren und sogar Arbeitsplätzen verfügen. Schon aufgrund der Größe (bis zu 40 000 EinwohnerInnen) umfassen diese künstlichen Städte eine heterogenere Bevölkerung als herkömmliche *Gated Communities*. Im Allgemeinen ist so einer Privatstadt in verschiedene Stadtteile mit entsprechend unterschiedlichen Bebauungsdichten, Wohnstilen und Einkommensgruppen unterteilt (inklusive eigener Zäune), das heißt, daß die bereits benannten Exklusionsmechanismen auch innerhalb der Stadt Anwendung finden (vgl. Blakely/ Snyder 1999: 63ff).

Die vom DISNEY-Konzern erbaute Stadt "Celebration" in Florida ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch optische Darstellung, entsprechende Infrastruktur und ein komplexes Regelwerk ein ganzes Wertesystem transportiert werden soll. Celebration ist als postmoderne utopische Stadt gedacht, "a futuristic city in which crime, pollution, and deviance would be replaced by

<sup>11</sup> Ein Beispiel ist die Siedlung 'Coto de Caza' in Orange County / Kalifornien. Einkommen und Immobilienwert sind etwa doppelt so hoch wie der Durchschnitt in diesem County und es wohnen zu 90% Weiße dort, obwohl diese nur

community, cleanliness, and uniformity" (Wood 2000). Die nostalgischen Ideale spiegeln sich auch in der Architektur der sechs Haustypen<sup>12</sup> wieder:

The selection of architectural styles that predate the emergence of suburban sprawl and governmental housing projects defines in the built environment an attitude toward the modern concerns of crime and personal safety. [...] What emerges from Celebration's organization of space is a set for playing in a model community. (Wood 2000)

Dabei stellt Wood zwei entscheidenden Fragen: Wer kann eigentlich Teil dieser Gemeinschaft (*Community*) werden und wessen nostalgische Werte und Vorstellungen von der Stadt werden hier transportiert respektive verkauft? Ähnliche Fragen ergeben sich aus dem nun folgenden Beispiel.

### BATTERY PARK CITY

'Battery Park City' in Manhattan / New York ist eine Mischform aus teuren Wohnungen und Büros, Geschäften und Freizeiteinrichtungen, sowie einer öffentlich zugänglichen Aussichtspromenade entlang des Wassers. Die Anlage wird von vielen als typisch für die Stadtentwicklung in den USA beschrieben:

[P]rojects like Battery Park City, with their vast internal expanses, effectively create private versions of public space. All of these projects, organized around the concept of "defensible space," illustrate how urban planning, both public and private, is now driven in considerable measure by attempts at "insulation." (Siegel 1995: 371)

Häußermann und Siebel beschreiben Battery Park City ebenfalls als abgesicherte Festung: Alle BesucherInnen der Bürogebäude werden auf Video aufgezeichnet und die Aufnahmen vierzehn Tage gespeichert, selbst in den Toiletten der Büros gibt es Videokameras. Die Zugangsberechtigung wird über Bild- und Stimmidentifizierung geprüft,<sup>13</sup> außerdem gibt es kodierte Karten für alle Türen, und ein privater Sicherheitsdienst patrouilliert zusätzlich zur Polizei regelmäßig die öffentlich zugänglichen Bereiche mit Drogenspürhunden (vgl. Häußermann/ Siebel 1993: 17).

Während Häußermann und Siebel auf die drastischen, 'harten' Sicherheitsmaßnahmen im Sinne von Huxleys "Brave New World" hinweisen, die Battery Park City vor unerwünschten BesucherInnen schützen sollen, betonen andere die subtileren Methoden des Ausschlusses. So stellt zwar auch Fainstein (1994) fest, daß die öffentlichen Parks und Plätze sowie die Einkaufspassagen in Battery Park City *nicht* den breiten Massen der ärmeren Bevölkerungsschichten New Yorks offenstehen. Deren Abwesenheit, sowie das Fehlen von in der unmittelbaren Umgebung zahlreich vorhandenen Obdachlosen, sei zwar augenfällig, doch würden diese angeblich (nach Fainsteins eigenen Beobachtungen sowie den Angaben der Betreiberfirma) nicht von der Polizei oder den *Securities* ferngehalten.

---

knapp 60% der Gesamtbevölkerung von Orange County stellen (vgl. Wehrheim 2000: 118).

<sup>12</sup> Die vorgesehenen Haustypen sind folgende: "Victorian, Classical, Colonial Revival, Mediterranean, French, and Coastal" (Wood 2000).

<sup>13</sup> Die Angestellten müssen beim Verlassen des Gebäudes vor eine Kamera treten und ihren Namen und die Zimmernummer ihres Büros in ein Mikrofon sprechen ('Stand and speak' - vgl. Häußermann/ Siebel 1993: 17).

Vielmehr scheint der Umstand auf soziale und psychologische (aber auch physische) Barrieren zurückzuführen zu sein, zu denen eine achtspurige Autobahn, ausschließlicher Zugang über drei FußgängerInnenbrücken und eine betont kostbare Gestaltung gehören (s. Fainstein 1994: 183; 188). Auch Wagner (1993) erläutert, wie mit einer symbolischen Zeichensprache von Ordnung und Luxus unerwünschte Personen ganz ohne Sicherheitsmaßnahmen wie Gitter und Sicherheitsdienst aus Battery Park City ferngehalten werden (s. Kap 2.2).

Fainstein beurteilt den Nutzen des Projekts für die Bevölkerung dennoch überwiegend positiv, da vor allem die Uferpromenade von vielen New YorkerInnen genützt wird und in Battery Park City eine - wenn auch künstliche - Vielfalt in Design und Nutzung geschaffen wurde, die viele anspricht. Zwar sind sowohl Geschäfts- als auch Wohnareale für eine kleine, sehr wohlhabende Oberschicht reserviert, jedoch kann andererseits jede Person, die sich 'anständig benimmt', die öffentlichen Einrichtungen nutzen (vgl. Fainstein 1994: 183f).

Large numbers of people do visit the area, and it is an oversimplification to dismiss the enjoyment it affords them as a sham or to decide that they are only the undeserving privileged classes. The luxuriousness of Battery Park City's edifices symbolizes the reality that it shelters - the World Financial Center *is* the capital of capital, not a mere simulacrum. [...] Leftist urban critics like to put down sanitized environments, but gritty is not necessarily preferable to pretty. (Fainstein 1994: 183f)

Mit der Erkenntnis, daß schön nicht unbedingt schlecht ist, hat Fainstein sicherlich recht. Dennoch, es bleibt die Feststellung, daß dieses Projekt - unter Beteiligung von öffentlichen Geldern finanziert - zur räumlichen Segregation beiträgt und keine Arbeitsplätze für die Bedürftigsten schafft; eine sinnvollere weil sozial verträglichere Lösung wäre zwar denkbar gewesen, angesichts der politischen und ökonomischen Verhältnisse (nicht nur in New York) aber höchst hypothetisch, so die Einschätzung Fainsteins. Ein solcher Pragmatismus bei der Bewertung einzelner Projekte sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, daß es sich hierbei um grundsätzliche Tendenzen der modernen US-amerikanischen Stadtentwicklung handelt, und daß Parallelen dazu auch in Europa festzustellen sind.

Ursprünglich war vorgesehen, in Battery Park City eine *ausgewogene Mischung* aus Wohnungen für untere, mittlerer und obere Bevölkerungsschichten zu errichten, ein Vorhaben das nicht realisiert wurde (s. ebd.: 175f). Oberflächlich gesehen handelt es sich bei der Gestaltung von 'Battery Park City' um die Bereicherung des städtischen Lebens durch ein gelungenes Design und die Verbesserung der Lebensqualität durch den Einsatz von Kunst und Natur - allerdings hauptsächlich für die, "die hier wohnen, die sich Natur in Manhattan leisten können" (Wagner 1993: 297). Unter der Oberfläche treten andere, weitreichendere Strukturen zu Tage:

[W]as sich als Bereicherung der nach ökonomischen Gesetzen erbauten Metropole ausnimmt, erweist sich als überaus zweckmäßige Ästhetik einer großangelegten städtischen Umstrukturierung. Strategischer Teil der "Gentrification" der Städte im allgemeinen, New

Yorks im besonderen, ist ein Zeichensystem der Exklusion [...], das der sozialen "Reinigung" des als öffentlich definierten Raums dient. (Wagner 1993: 287)

### AMERIKANISCHE VERHÄLTNISSE IN DER BRD?

Bei den *Gated Communities* handelt es sich um ein globales Phänomen. Neben den USA gibt es diese privaten Festungsstädte vor allem in vielen süd-amerikanischen und asiatischen Ländern, aber auch in Südafrika, im Nahen Osten und in Europa finden sie zunehmend Verbreitung. Dabei läßt sich feststellen, daß die kalifornischen *Communities* weltweit als Vorbild fungieren. (vgl. Forschungsnetzwerk 2000). Anders als in Südfrankreich oder Spanien gibt es sie in der BRD bislang nicht. Wenngleich die Situation also nicht mit der in den USA zu vergleichen ist, spielt Sicherheit auch im bundesdeutschen Wohnungsbau eine zunehmende Rolle, erste Ansätze zu umzäunten und bewachten Wohnanlagen gibt es auch hier. Ein Beispiel ist die Wohnanlage 'Arkadien' in Potsdam (vgl. Brinkmann 2000: 37f), ein anderes die 'Residenz Prenzelberg' in der Schwedter Straße 45/46 in Berlin, die noch sowohl architektonisch als auch sicherheitstechnisch eine Besonderheit in Deutschland ist, so die Taz (23.5.98). Die Residenz besteht aus zwei Komplexen und wurde als exklusive Luxuswohnanlage mitten in der Stadt konzipiert, hier wohnen in erster Linie gutbetuchte RentnerInnen oder Westdeutsche, die sich nur für jeweils einige Tage in Berlin aufhalten.

Das Sicherheitskonzept des Projektentwicklers SBB-Stadtprojekte sieht folgendermaßen aus: Die Wohnanlage verfügt über Videoüberwachung, einen Sicherheitszaun und einen "*Doorman*-Stützpunkt". Dazu gehört ein Hausmeister, der regelmäßig Kontrollgänge durch die Residenz unternimmt und alle, die den Eingangsbereich passieren wollen, kontrolliert und der sich gegebenenfalls telefonisch erkundigt, ob ein Handwerker zugangsberechtigt ist. Außerdem ist jeweils eine Person damit beschäftigt, die fünf Bildschirmmonitore zu beobachten, die den Eingangsbereich, die Tiefgarage und den Hof überwachen. Nach außen hin ist die gesamte Anlage mit einem Zaun gesichert, die Klingelanlage ist nach amerikanischem Vorbild nicht mit Namensschildern ausgestattet, sondern mit Zahlen – wer den Zahlencode des Mieters nicht kennt, darf nicht herein (vgl. ebd.).<sup>14</sup> Über der Klingelanlage ist eine kleine Kamera montiert, über die die MieterInnen erkennen können, wer vor dem Tor steht.

Der Kölner Architekt der Residenz, Peter Koehnen, nennt die Sicherheitsmaßnahmen ein "Konzept, das für die Anleger und ihre Psychologie zugeschnitten ist" (ebd.). Hausmeister Bernd Klatt zufolge sind es vor allem die älteren BewohnerInnen, die die Sicherheit schätzen,

<sup>14</sup> Diese Angabe der Taz ließ sich bei einer Besichtigung im November 2000 nicht bestätigen: Zwar gibt es Zahlencodes für alle MieterInnen, jedoch erscheinen auf einem Display auch die Namen aller offiziellen BewohnerInnen, die jedeR Interessierte der Reihe nach durchsehen kann, zumindest bis der/die PfortnerIn aufmerksam wird.

und ein Student erklärt, daß die meisten AnwohnerInnen die Abschottung vom Rest des Stadtviertels Prenzlauer Berg (das sich in den 90ern zum alternativen Szeneviertel entwickelt hat und nun zunehmend gentrifiziert wird, auch wenn die hier beschriebene Anlage in einer Straße liegt, auf die dies noch nicht zutrifft) und die Sicherheitsvorkehrungen zu würdigen wissen: "Vor allem am 1. Mai", sagt er, "hat sich da jeder wieder bestätigt gefühlt" (ebd.). Edelgard Krabbes aus dem 'doorman team' erklärt stolz die Vorteile der Residenz: "Anders als in normalen Wohnanlagen gibt es bei uns keine Einbrüche und keine Schmierereien" (ebd.). Außer einigen Vertretern, so Herr Klatt, die einmal versucht hätten, sich unerwünschten Zutritt zu verschaffen, habe es bislang keine Probleme gegeben.

Zwar nennt Brinkmann den Zaun "banal" (Brinkmann 2000: 39) und die Residenz so uninteressant, daß "wohl kein Obdachloser oder potenzieller Einbrecher Neid oder Begehrlichkeiten entwickeln" (ebd.: 40) würde und ist deshalb der Meinung, es handele sich bei der Kritik um Hysterie, die genauso überflüssig ist wie die Sicherheitsmaßnahmen (vgl. ebd.: 37), doch ich denke, daß nichtsdestotrotz deutlich wird, daß es auch in der BRD Ansätze zu einer militarisierten Abschottungspolitik im Wohnungsbau gibt. Daß die Sicherheitsvorkehrungen im Berliner Kontext vollkommen übertrieben wirken unterschätzt noch den Eindruck, daß es in Wirklichkeit um etwas ganz anderes als den Schutz vor Kriminalität geht.

Ein Beispiel für Sicherheit im sozialen Wohnungsbau ist die Siedlung Dietzenbach bei Frankfurt am Main (vgl. Kontraste 30.7.1998). Die 1971 gebaute Großbausiedlung besteht aus fünf Hochhäusern, die offiziell 3200, inoffiziell 5000-6000 Menschen beherbergen, von denen 90 % Nichtdeutsche sind. Die Kriminalität ist überdurchschnittlich hoch, die Siedlung gilt als sozialer Brennpunkt, als Slum, und die BewohnerInnen werden allein aufgrund ihres Wohnortes ausgegrenzt und stigmatisiert. Das Stadtparlament von Dietzenbach entschied sich gegen den Abriß und für die Sanierung der Siedlung: "Besser ein Ghetto, das man kontrollieren kann, als die Problemfälle über die ganze Stadt verteilen," so das TV-Nachrichtenmagazin Kontraste (30.07.98) zu dieser Entscheidung. Die Sanierung soll ein Frankfurter Unternehmen, die 'Nassauer Heimstätte Gesellschaft für innovative Projekte' übernehmen, die kosmetische Veränderungen wie neugestrichene Hausflure, verbesserte Beleuchtung und eine 'vandalsichere' Briefkasten- und Klingelanlage vorsieht, sowie die Videoüberwachung der Siedlung. Kameras in den Hausfluren und eine rund um die Uhr besetzte *Conciiergeologe* werden bereits in einem anderen Frankfurter 'Problemviertel' getestet und sollen nun auch in Dietzenbach vor Vandalismus und Verslummung schützen und soziale Probleme lösen (vgl.

ebd.). Ein vergleichbares Konzept wollte die Gewoba<sup>15</sup> im Sommer 2000 auch im 1977gebauten Bremer Stadtteil Osterholz-Tenever durchsetzen, stieß dort jedoch auf Proteste einiger (weniger) BewohnerInnen und wurde vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben (vgl. Safety First 2000).

Sicherlich antizipiert das skizzierte US-Bild von den abgeschirmten, festungsähnlichen Privatstädten nicht die zwangsläufig eintretende Entwicklung unserer Metropolen. Gleichwohl zeigen sich Ansätze für ähnliche sozialstrukturelle Entwicklungen wie auch für städtische Segregationstendenzen mit der Folge einer systematischen Ausgrenzung von Minoritäten auch in unseren neuzeitlichen Arbeits-, Wohn, Kultur oder Konsumkomplexen. (Voß 1997: 46)

Eine bundesdeutsche Parallele zu Davis' panoptischen Einkaufszentrum findet sich in einigen Bahnhöfen wieder. Seit 1992 versucht die Deutsche Bahn AG (DB) ihr Image durch repressive Ordnungsmaßnahmen zu verbessern. Anstatt sich auf einen möglichst kundenfreundlichen und reibungslosen Ablauf des Bahnverkehrs zu konzentrieren, verspricht die DB eine 'neue Bahnhofskultur' und mit dem 3-S-Programm ('Service, Sicherheit, Sauberkeit') die permanente Kontrolle der KundInnen: Im Zentrum des 3-S-Programms steht eine Überwachungsstation, in der es aussieht "wie auf dem Tower eines Flughafens" (Ronneberger u.a. 1999: 145):

Vier Bahnarbeiter sitzen vor jeweils acht Monitoren [...]. Über bahneigene Telefone sowie über Funksprechanlagen gibt es direkte Verbindungen zum Bahnschutz, zur Polizei, zum Bundesgrenzschutz, zu den Reinigungskräften [...]. Bei jeder Art von Notsituation kann sofort reagiert werden, der Bahnschutz oder die Polizei informiert oder bei sichtbaren Verunreinigungen [...] sofort ein Reinigungsteam in Bewegung gesetzt werden. So ist es möglich, [...] den Drogen süchtigen oder Obdachlosen anzusprechen, bevor er sich im Bahnhof niederlassen kann. (Bahnhof-Report 1998: 20, zitiert nach Ronneberger u.a. 1999: 145)

Über Hausverbote oder -verweise werden allein am Berliner Bahnhof Zoo monatlich etwa 5000 Menschen des 'urbanen Marktplatzes' (so die Eigenwerbung der DB für die Umgestaltung von 35 Bahnhöfen) verwiesen, die bis zu zwei Jahren dauern können. Der DB-eigene Wachdienst übernimmt inzwischen auch für andere Firmen Sicherungsaufgaben (vgl. ebd.: 147).

### **1.3 Stichwort Sicherheit**

#### STEIGENDER KONTROLLBEDARF

Betrachtet man die städtische Entwicklung, sowohl in Europa als auch in den USA, entsteht insgesamt der Eindruck, daß eine Verstärkung sowohl privater als auch staatlicher Kontrolle stattfindet, die mit einer wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung und dem damit verbundenen steigenden Bedürfnis nach Sicherheit begründet wird. Dieser 'Sicherheitswahn' richtet sich zwar meist gegen konkrete Feindbilder wie 'organisierte Kriminalität', 'kriminelle Ausländer' (und seit Sommer 2000 in der BRD auch gegen Neonazis), jedoch scheint sich hinter diesen Ängsten eine ganz andere, allgemeinere und diffusere Verunsicherung vieler Menschen

<sup>15</sup> Gewoba: ehemals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft in Bremen und Bremerhaven, 1953-1987 Teil des NEUE-HEIMAT-Konzerns, 1997 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

zu verbergen, deren Ursachen schwer zu benennen sind und noch schwerer zu bekämpfen, so daß sie deshalb als Feindbild ungeeignet sind.

Makroökonomische Strukturveränderungen durch Globalisierung und Neoliberalismus (Deindustrialisierung und Entstehung flexibler Arbeitsplätze im Postfordismus, die Deregulation von Arbeitsverhältnissen usw. - vgl. Soja 1995) führen zu Verunsicherung und Statusängsten bei der Bevölkerung. Die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg ist allgegenwärtig, das Einkommensgefälle wächst nicht nur international, sondern auch im nationalen Rahmen, Ungleichheiten werden in den (post-)modernen Gesellschaften nicht beseitigt, sondern erhöht. Dabei wird die Verantwortung für Erfolg oder Scheitern zunehmend beim Individuum gesehen, wodurch sich Konkurrenzdenken und Entsolidarisierungstendenzen sich verschärfen (vgl. z.B. Beck 1986).

Indem der technisch-ökonomische Fortschritt neue Risiken produziert (z.B. im Umwelt- und Gesundheitsbereich), steigert sich das öffentliche Sicherheitsbedürfnis. Deshalb wird vermehrt auf Risikomanagement zur 'innerbetrieblicher Risikokontrolle' gesetzt, das heißt auf "Antizipation, Vermeidung oder Verlagerung (z.B. auf Versicherungen) von Betriebsrisiken" (Voß 1997: 43). Dazu gehört die vermehrte Kontrolle der Angestellten am Arbeitsplatz, das Gleiche gilt aber auch für den Staat: Das gesellschaftliche Sicherheitsbedürfnis setzt ebenfalls vermehrt auf präventive Maßnahmen. Der in der Öffentlichkeit beschworene gesellschaftliche Werteverfall (*'moral panics'*) und die sensationslustigen Medien fördern zusätzlich das (Un-)Sicherheitsbewußtsein, der Kontrollbedarf steigt.

#### SEGREGATION UND GESELLSCHAFTLICHE POLARISIERUNG

Die sozialstrukturellen Probleme der US-amerikanischen *'global city'* (Sassen 1991) wie Polarisierung und Ausgrenzung verstärken die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz des eigenen Besitzes. Durch urbane Segmentierung und Segregation der Bevölkerung wachsen die Vorurteile zwischen den unterschiedlichen, in sich weitestgehend homogenen Gruppen. Diese Situation könnte, so Voß (1997: 43), auch in europäischen Großstädten zur Realität werden.

Steuern, die vormalig den traditionellen öffentlichen Räumen und Erholungseinrichtungen zugute kamen, werden heute dazu verwendet, die Stadterneuerung im Sinne des Kapitals (z.B. Finanzdistrikte, *Urban Entertainment Centers*, Themenparks etc. pp.) zu unterstützen. Die Stadtarchitektur empfindet soziale Trennungslinien nach und setzt sie durch, beispielsweise indem sie Bereiche gezielt von der Zugänglichkeit durch FußgängerInnen abschneidet, so daß das Auto oder die Kreditkarte zur Zugangsvoraussetzung werden. Die modernen *'Freeways'* erlauben nicht nur den PendlerInnen die Stadt zu durchqueren, ohne dabei mit den ärmeren

Bevölkerungsschichten konfrontiert zu werden (wie schon Engels über die großen Durchgangsstraßen mit ihren bürgerlichen Fassaden in Manchester bemerkte und was auch für das Paris von Haussmann<sup>16</sup> gilt), sie durchschneiden auch feinsäuberlich die Stadt und trennen so, besser als jede Mauer, unterschiedliche soziale und ethnische Gruppen. Dies gilt insbesondere für die USA, läßt sich tendenziell aber auch für viele europäische Städte sagen.

Die Politik der Abkapselung und Ausgrenzung erwächst "aus dem Bedrohungsszenario der sich gegenüberstehenden sozialen Welten von Arm und Reich", so Voß (ebd.: 44). Die verstärkte Trennung von Klassen und ethnischen Gruppen sowie die zunehmende 'Brutalisierung' des Innenstadtbereichs wird durch positive Begriffe wie 'urbane Renaissance' und 'Stadt der Zukunft' kaschiert, so Davis. Es entstehen einerseits "rassistische Enklaven" (Davis 1994: 264) der reichen Weißen, während andererseits die (legalen und illegalen) MigrantInnen, das "Dienstleistungsproletariat aus der Dritten Welt" (ebd.: 263f), in *ghettos* bzw. *barrios* leben, aus denen sie kaum entkommen können und die auf diese Weise als repressives Gefängnis fungieren.<sup>17</sup>

Die Verschlechterung der sozioökonomischen Situation in den USA spiegelt sich auch in folgenden Zahlen wieder: 45% der schwarzen Männer zwischen 25 und 34 Jahren sind entweder arbeitslos oder leben trotz Arbeitslohn unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, die sogenannten '*working poor*'. Berücksichtigt man die Inflationsrate, hat sich das Einkommen junger schwarzer Familien zwischen 1970 und 1994 halbiert. In den USA verfügen 1% der Familien über 37,7% der Finanzmittel, während 90% über nur 28,2% verfügen.<sup>18</sup> Grundsätzlich gilt aber auch für die BRD, daß die Armut (selbst bei sinkenden Arbeitslosenzahlen) wächst und eine immer größere Zahl von Haushalten betrifft, während gleichzeitig der private Reichtum kontinuierlich ansteigt (Ronneberger u.a. 1999: 48f).

Was sich früher nicht nur sozial, sondern auch räumlich als dynamischer Wachstumsprozeß innerhalb der Stadt darstellte, und zwar von innen nach außen, von den innerstädtischen Ghettos in die mittelständischen *suburbs*, hat sich heute zu einem starren Gefüge verfestigt. Das Ghetto als Ausgangspunkt und Ort der Integration von ImmigrantInnen ist zur räumlichen Endstation von sozialer Ausgrenzung bzw. Desintegration geworden (vgl. Häußermann / Siebel 1993: 16). Doch selbst in Städten wie Hamburg, Berlin, Bremen oder Oldenburg lassen sich

<sup>16</sup> Baron George-Eugène Haussmann (1809-1891), Präfekt des Seine-Departments (1853-1870), gestaltete unter Napoleon III. den Umbau von Paris Mitte des 19. Jahrhunderts durch ein übersichtliches Netz breiter Straßen.

<sup>17</sup> Das dichte Nebeneinander von Luxus und Elend macht jedoch auch einen Teil der Faszination von Städten wie New York aus, da es eine unendliche Vielfalt von Lebensformen möglich scheinen läßt, die in Europa nicht gegeben sind - darauf weisen Häußermann und Siebel (1993: 21) hin. Gleichzeitig symbolisiert dieses kontrastreiche Nebeneinander die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs ('Vom Tellerwäscher zum Millionär'), ein Mythos, der weniger denn je Realität ist.

<sup>18</sup> Alle Angaben aus: MEDOFF/ SKLAR: *Streets of Hope - The Fall and Rise of an Urban Neighborhood*. Boston: 1994, zitiert nach Feltes (1997: 54f).

Segregationsprozesse beobachten, "die zu einer Abkopplung der Armutsgebiete von der gesamtstädtischen Entwicklung führen", so Ronneberger, Lanz und Jahn (1999: 49).

Diese Segregation, die Davis auch als "Apartheid" (Davis 1994: 262) oder "Südafrikanisierung" (ebd.) städtischer Verhältnisse bezeichnet, geht einher mit anderen gesellschaftlichen Prozessen wie dem Abbau des Sozialstaats und einer Kriminalpolitik, die das Modell der Reform und Reintegration aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts mehr und mehr durch eine restriktive *Law-and-Order*-Politik<sup>19</sup> ersetzt.

#### STADT UND DIE INSZENIERUNG VON ANGST

Die 'Kriminalität' nimmt scheinbar immer mehr zu, Großstädte gelten allgemein als gefährliche Orte (je größer, desto gefährlicher), und die Kriminalitätsfurcht wächst. Exemplarisch für den Diskurs vom Niedergang der Städte steht eine Ausgabe des Spiegel (28/ 97). New York wird dort beispielsweise als "die Killer-Metropole um den Central Park" bezeichnet (ebd.: 50), und es wird die Behauptung aufgestellt: "Die Stadt gehört dem Gelichter" (ebd.: 48).

Wenn es um die Umstrukturierung europäischer und amerikanischer Innenstädte geht, dann ist Sicherheit ein maßgebliches Kriterium. Sicherheitsmaßnahmen sind so zu einem strukturierenden Merkmal der Gestaltung von Städten geworden. Dabei ist der Begriff alles andere als eindeutig:

Begriffe wie "Sicherheit" und "Unsicherheit" erhalten ihre Bedeutung dadurch, daß sie nicht klar bestimmbar sind, sich der exakten Festlegung entziehen; das gibt ihnen bedrohliche Kraft. (Schlör 1994: 1339)

Vordergründig geht es dabei um die Sicherheit der BürgerInnen. Doch was bedeutet Sicherheit eigentlich? Und um wessen Sicherheit geht es hier tatsächlich? Das Reden über Kriminalität und Unsicherheit, die Inszenierung von Angst und Panik, und die daraus folgenden Sicherheitskampagnen sind nur zum Teil verbunden mit dem Glauben an den instrumentellen Nutzen von Strafe. Vor allem in Krisenzeiten wird vermehrt über die Gefahren des städtischen Raums geredet, so Schlör, dabei verdichtet sich der Eindruck, daß es sich hierbei um eine Instrumentalisierung von Sicherheit handelt, die ihre historischen Vorläufer hat: "Das Bild einer prekären, unsicheren, ungesicherten, einer gefährdeten Existenz läßt sich in dem Bild der Straße verdichten - wie schon 1830 und 1848, wie 1870, 1912 oder 1923" (Schlör 1994: 1345).

Unsicherheit und Bedrohung sind schon lange Bestandteil der Wahrnehmung und Darstellung von Stadt und eng verbunden mit Vorstellungen von Moral und Unsittlichkeit. Neben dem Bild von der Stadt als Kristallisationspunkt und Geburtsstätte von Kultur und Zivilisation gibt es immer auch das Gegenbild einer unter der Oberfläche des Sichtbaren existierenden dunklen, bedrohlichen (Unter-) Welt, das 'Herz der Finsternis' im Großstadtdschungel. So bildet sich eine

<sup>19</sup> *Law and Order*: restriktives Eingreifen der Polizei und Verschärfung der Gesetze gegen Kriminalität und Gewalt.

Topographie von sicheren und unsicheren städtischen Räumen (und auch Zeiten) heraus, die der Aufrechterhaltung einer bestimmten Ordnung und Herrschaft dienen. Das Entwerfen von Bedrohungsszenarien und Sicherheitskampagnen ist Bestandteil staatlicher (aber auch anderer) Herrschaftstechniken:

Die Macht der staatlichen Autoritäten nährt sich davon, daß sie die Zuständigkeit zur Definition von Sicherheit haben. Das höchste Maß an Sicherheit wäre erreicht, wenn niemand die Kompetenz der Ordnungskräfte zur Organisation des städtischen Raums in Frage stellt, wenn alle, die unter ihrer Aufsicht stehen, sich zu den vorgegebenen Zeiten an an den vorgeschriebenen Orten aufhalten und die ihnen zugeordnete Funktion erfüllen. (Schlör 1994: 1339)

Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen Frauen, die sich nachts alleine auf der Straße aufhalten, automatisch als Prostituierte eingestuft werden, jedoch zeigt gerade dieses Beispiel, wie machtvoll diese Form der patriarchalen, bürgerlichen Herrschaft über Frauen (und die Kontrolle ihrer Sexualität) sein kann, die sich selbst heute noch auf die Bewegungsfreiheit vieler Frauen auswirkt. Laut einer von Schlör (1994) zitierten Studie geben fast 20 % der deutschen Frauen an, sich nachts nicht alleine auf die Straße zu begeben. In vielen nicht-westlichen Gesellschaften gelten diese normativen Einschränkungen für Frauen noch heute ganz offiziell und staatlich sanktioniert (vgl. Kap. 3.3).

Nicht nur die reale Bedrohung sondern auch die Angst der Bevölkerung vor Kriminalität wächst allenthalben, sowohl in den USA als auch in Europa - so jedenfalls kann man es immer häufiger lesen und hören, nicht zuletzt immer dann, wenn es darum geht, neue Sicherheitsmaßnahmen einzuführen und zu finanzieren. Dabei gelten Städte als besonders kriminalitätsbelastet. 1993 befürchteten 48% der Bevölkerung in Deutschland, die Kriminalität würde immer mehr zunehmen, im Vergleich dazu waren es 1986 nur 26% der Westdeutschen, so eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung.<sup>20</sup> Gleichzeitig zeigt die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung in der BRD (laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik) zwar grundsätzlich eine Zunahme in den vergangenen Jahrzehnten (vgl. Zühlke: 1993; Spiegel 28/97), jedoch kaum Steigerungen bzw. sogar leichte Rückgänge gerade in den letzten Jahren.<sup>21</sup> Auch bestätigt es sich nicht, daß die städtischen Gefahren parallel zur EinwohnerInnenzahl zunehmen. So zeigte eine Studie des Max-Planck-Instituts, daß die höchste Deliktbelastung Gemeinden zwischen 10 000 und 100 000 BewohnerInnen betrifft, kleinere, *aber auch größere* Städte hingegen teilweise deutlich darunter lagen.<sup>22</sup>

Wie kommt es also zu dieser zunehmenden Angst der Menschen vor 'Kriminalität'? Es zeigt sich, daß die Angst vor Gewalt und Kriminalität mitunter ganz unabhängig von der realen

<sup>20</sup> KARL-HEINZ REUBAND: Gesellschaftlicher Wandel, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. In: KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: Aktuelle Fragen der Politik, (1996) 93, S. 14, zitiert nach Ruth (1999: 22).

<sup>21</sup> So gingen die Zahlen der Kriminalitätsbelastung 1996 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6%, 1997 um fast ein 1% zurück (vgl. Ruth 1999: 22).

<sup>22</sup> "Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland", Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg, zitiert in Schlör (1994: 1343).

Bedrohung ist; so fühlen sich die BewohnerInnen von kriminalistisch wenig belasteten Gebieten genauso (oder genauso wenig) von Gewaltverbrechen bedroht wie die BewohnerInnen von stark belasteten Gebieten, obwohl das Bedrohungspotential dort oft um ein Vielfaches höher liegt (vgl. Kaiser 1999: 250; Davis 1994: 262). Besonders deutlich ist dies in den USA: Obwohl die Opfer von Gewaltverbrechen zu einem großen Teil zu den ärmeren Bevölkerungsschichten und/oder ethnischen Minderheiten gehören, wächst die Angst insbesondere unter der weißen Mittelschicht, die kaum über eigene Kriminalitätserfahrung verfügt und die *inner cities* ohnehin meidet.

Opferbefragungen<sup>23</sup> in den USA haben gezeigt, daß die Gesamtzahl der Personen, die innerhalb eines Jahres Opfer einer Straftat wurden, zwischen 1978 und 1992 kontinuierlich zurückging (bei einer gleichbleibenden Zahl von befragten Personen bedeutet dies eine durchschnittliche Verringerung des Risikos, Opfer zu werden), obwohl gleichzeitig die polizeilich registrierten Straftaten anstiegen (vgl. Feltes 1997: 53). Eine (offensichtliche) Erklärung dafür ist ein verändertes Anzeigeverhalten, das heißt, daß mehr Straftaten zur Anzeige gebracht wurden als zuvor. Eine andere Erklärung ist, daß immer weniger Menschen bzw. Haushalte *immer häufiger* Opfer einer Straftat werden, also eine zunehmende Polarisierung der Bevölkerung entlang sozialer und ökonomischer Linien auch im Kriminalitätsbereich (ebd.). Auch in Deutschland sind neben Handel und Gewerbe vor allem untere soziale Schichten, die in bestimmten Wohngebieten leben, von Kriminalität betroffen (ebd.: 55).

Solche Zahlen spiegeln sich aber kaum in der Wahrnehmung der Bevölkerung oder der Medien wieder. In den USA bestehen die politischen Konsequenzen deshalb auch in einer verstärkten *Law-and-Order*-Politik statt in einer Verbesserung der Sozialpolitik: einerseits Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, andererseits Wiedereinführung der Todesstrafe und steigende Ausgaben für die Gefängnisindustrie. Zugleich stieg die Zahl der Gefangenen in den USA rasant an (zwischen 1978 und 1992 ein Zuwachs von 188%), der Anteil der Inhaftierten lag 1992 bei 521 pro 100 000 EinwohnerInnen. Im Vergleich dazu ist die Situation in Europa moderat, hier liegt die Gefangenenrate bei 50 bis 140 pro 100 000<sup>24</sup> (vgl. ebd.: 53f). Doch auch hier werden die Rufe nach dem 'starken Staat' lauter, wie nicht zuletzt die Diskussionen um die Übertragung des *Zero-Tolerance*-Konzepts auf Deutschland zeigen (s.u.).

Es stellt sich die Frage, ob die Kriminalitätsfurcht der BürgerInnen wirklich gestiegen ist, wie immer wieder von WissenschaftlerInnen, Medien und PolitikerInnen behauptet. Es zeigt sich, daß es wie immer bei Umfragen sehr darauf ankommt, *wie* gefragt wird. Ein Vergleich

<sup>23</sup> Bei dieser Opferbefragung werden zweimal jährlich 49 000 repräsentative Haushalte in den gesamten USA vom Justizministerium befragt, ob bzw. wie oft sie Opfer bestimmter Straftaten wurden (vgl. Feltes 1997: 53).

<sup>24</sup> Ronneberger, Lanz und Jahn (1999: 203) nennen folgende Zahlen: 550 Gefangenen pro 100 000 EinwohnerInnen in den USA im Vergleich zu 50 auf 100 000 EinwohnerInnen in der BRD.

deutscher Studien zeigt: Nur wenn 'Kriminalität' als Antwort vorgegeben ist, wird sie als dringlichstes Problem genannt, fragt man hingegen offen, stehen Umwelt-, Verkehrs- und soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Pflegenotstand weit vor 'Kriminalität', die erst an vierter oder fünfter Stelle kommt (vgl. Feltes 1997: 55; Bilsky 1996: 287). Auch ist die Befürchtung der Befragten, *selber* Opfer einer gravierenden Straftat (wie Körperverletzung, Vergewaltigung, Raub oder Diebstahl) zu werden, im Durchschnitt nur gering und wesentlich seltener als die Befürchtung, Opfer eines Verkehrsunfalls zu werden (vgl. Bilsky 1996: 285).

Diese Einschätzungen weisen also keinesfalls auf eine übersteigerte Kriminalitätsfurcht hin, 'Kriminalität' wird als ein Risiko unter vielen eingeschätzt, und dies entspricht auch der Realität: In den alten Bundesländern sterben pro Jahr über 8000 Menschen im Straßenverkehr, 12 000 Menschen bei Unfällen im Haushalt oder am Arbeitsplatz und 12 000 bis 15 000 Menschen durch Selbstmord, aber 'nur' 1100 durch Mord und Totschlag (vgl. Feltes 1997: 56).

Wie aber kommt es zu dieser Diskrepanz zwischen angeblicher oder tatsächlicher Kriminalitätsfurcht und Realität? Ein Problem ist sicherlich, daß Fragen nach 'der Kriminalität' völlig unbestimmt sind und offen lassen, was damit eigentlich gemeint ist, ob etwa Straßenkriminalität, 'organisierte Kriminalität' oder vielleicht Gewalt in der Familie gemeint sind: "Undifferenzierte Fragen produzieren nahezu zwangsläufig pauschale und stereotype Antworten", so Bilsky (1996: 285). Ein anderer Grund liegt darin, daß gerade aufgrund der mangelnden Eigenerfahrung bei solchen Fragen auf "tradiertes Alltagswissen" (ebd.) zurückgeriffen wird, und dieses wird vor allem durch die Dramatisierung von Gewalttaten in den Medien vermittelt.

Hinzu kommt, daß da (und nur da!), wo VerbrecherInnen gesucht werden, auch welche gefunden werden. Gilt ein bestimmtes städtisches Gebiet bzw. eine Personengruppe erstmal als 'problematisch' und 'kriminell', erhalten sie verstärkte Aufmerksamkeit der Polizei, was dann auch zur vermehrten Feststellung von Rechtsbrüchen führt. Besonders deutliches Beispiel hierfür ist die sogenannte 'Ausländerkriminalität': Tauchen Nicht-Deutsche gehäuft in den Kriminalitätsstatistiken auf, liegt das oftmals daran, daß diese Menschen sich erstens durch besondere Auflagen (z.B. die Residenzpflicht) schon dann strafbar machen, wenn StaatsbürgerInnen bei gleichem Verhalten allen Gesetzen entsprechen würden, und zweitens werden sie sehr viel häufiger kontrolliert, und somit taucht ihre 'Straffälligkeit' in den Statistiken auch häufiger auf.

Zudem dienen meist offizielle Polizeistatistiken (die 'Tätigkeitsberichte' der Polizei) als Hauptgrundlage für die Bewertung gesellschaftlicher Moralzustände, haben aber den Nachteil, daß sie unter dem Begriff 'Kriminalität' Ereignisse zusammenfassen, die nichts miteinander zu

tun haben (Grafittisprayen, Schwarzfahren, rassistisch motivierte Morde, sexualisierte Gewalt gegen Frauen etc. pp.). Indem Bagatelldelikte assoziativ mit drastischen Gewaltanwendungen in Verbindung gebracht und zu Bedrohungsszenarien ausgebreitet werden, entsteht erst der Eindruck einer massenhaften Bedrohung durch 'Kriminalität': "Einzelne Ereignisse und Lebenskatastrophen" erhalten so "den Stellenwert einer Normalität" (Cremer-Schäfer 1999:13).

Das Angstmachen dissoziiert Furcht und Erfahrung; es arbeitet so auf die Produktion des Bedrohungsgefühls hin: Jede und jeder kann die/der Nächste sein. Mit Kriminalitätsdebatten kann man politisch 'Kriminalitätsfurcht' erzeugen und sie wieder als 'subjektives Gefühl der Unsicherheit' durch Meinungsforschung abfragen. (Cremer-Schäfer 1999: 13; Hervorh. im Original)

'Angst bestätigt sich selbst',<sup>25</sup> das heißt die von der Gesellschaft empfundene Bedrohung wird auch durch die von Medien, PolitikerInnen und anderen aufgestellte Forderung nach Sicherheit ausgelöst bzw. durch die ständige Wiederholung des Bedrohungspotentials. Seit Anfang der 90er Jahre haben diese in Deutschland Innere Sicherheit/Kriminalität zu einem zentralen Thema gemacht und immer wieder Bedrohungsszenarien entworfen. Dabei haben die Medien natürlich in erster Linie die Funktion der Vermittlung von ExpertInnen- und PolitikerInnenmeinungen, nichtsdestotrotz tragen sie gerade dadurch zur Vermittlung von Wirklichkeit (und damit ihrer Konstruktion) bei. Ina Ruth, die die rassistische Verknüpfung von Kriminalität und AusländerInnen zur sogenannten Ausländerkriminalität<sup>26</sup> durch die deutschen Medien untersucht hat, schreibt diesen deshalb auch eine besondere Verantwortung zu (Ruth 1999:22f), allerdings halte ich es für müßig, hier an irgendein Verantwortungsbewußtsein der Medien zu appellieren, wie es beispielsweise Bilsky (1996: 288) tut.

Kriminalität erfüllt unterschiedliche Funktionen. Die Medien kaufen und verkaufen Angst, sie leben von der Sensationslust der LeserInnen bzw. ZuschauerInnen. Doch nicht nur die profitorientierten Medien und der Staat ziehen ihren Nutzen aus dem Reden über Sicherheit/Kriminalität, sondern auch die Sozialarbeit, die Wissenschaft und die Intellektuellen beteiligen sich an den Kriminalitätsdiskursen und damit an der Produktion von 'Kriminellen'. Nicht nur die auf Strafe und Ausschluß basierende *Law-and-Order*-Politik provoziert und legitimiert Diskriminierung und Ausgrenzung, sondern letztlich auch die Rhetorik der modernen Fürsorge, die die Ursachen für Kriminalität in Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung sucht.<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Im englischen Original: "Fear proves itself"(Whyte 1988: 158).

<sup>26</sup> Im Juli 2000 rückte wieder einmal das Thema 'kriminelle Schlepperbanden' in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses der BRD. Aufgrund der 'Katastrophe von Dover', bei der 58 Menschen im Laderaum eines LKWs erstickten, sollen nun die Kontrollen an den Grenzen und das Vorgehen gegen FluchthelferInnen verschärft werden; dabei ist die Forderung nach uneingeschränkter Bewegungs- und Reisefreiheit bis 1989 noch allgemeiner Konsens gewesen: der Bundesgerichtshof bestätigte 1980 sogar in einem Urteil das einklagbare Recht der FluchthelferInnen auf Bezahlung (s. Ronneberger u.a. 1999: 130)! Stattdessen ist heute der illegale Grenzübertritt eine strafbare Handlung, vor der sich die 'Festung Europa' mit dem Schengener Abkommen zu schützen versucht. Die Dreistigkeit, mit der hier zwischen den Rechten von deutsch-deutschen und außereuropäischen Flüchtlingen unterschieden wird, bestätigt einmal mehr den deutschen Rassismus.

<sup>27</sup> " 'Sicherheitspolitik' ist [...] keineswegs [nur] die Sache von Konservativen und profitorientierten Medien, sondern eines Verbundes von Sicherheits-, Reform- und Moral-UnternehmerInnen." (Cremer-Schäfer 1999: 13)

Die Drohung mit den 'sozialen Sprengsätzen', den 'Risikopopulationen' oder den 'Randgruppen', also mit den vom gesellschaftlichen Reichtum Ausgeschlossenen, bedient die bürgerliche Angst (vgl. Cremer-Schäfer 1999: 14-15; Ronneberger u.a. 1999: 204f).<sup>28</sup> Und die damit einhergehende Konstruktion von 'gefährlichen Klassen' setzt ganz direkt bei den betroffenen Personen an, macht sie zu einem gesellschaftlichen Risikofaktor, der unmittelbares und präventives Eingreifen erfordert (- daß eventuell die Gesellschaft selbst die Verantwortung für diese 'Gefahr' trägt, spielt dann keine entscheidende Rolle mehr). Soziale Hilfsleistungen sind kein Recht mehr, sondern es findet, wie bereits im 19. Jahrhundert üblich, eine Unterteilung in (der Hilfe) würdige und unwürdige Arme statt, wie die Diskussionen um angebliche 'Sozialschmarotzer' und 'Sozialbetrüger' in Medien und Politik zeigen.

Helga Cremer-Schäfer schreibt über die Sicherheitsdebatten der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts:

Jede Form 'steigender Kriminalität' hatte einen gewissen Nutzen für die Legitimation und Durchsetzung professioneller Interessen (mehr Kompetenz, mehr Technik, mehr Personal, Legitimationsgewinn - meist für die Polizei); jede Terrorismus-, Drogen-, Gewaltwelle und jede Kriminalitätsexplosion hatte ihre Nützlichkeit, symbolische Politik zu betreiben und Stellvertreterdebatten zu führen [...]. Jede Tätergruppe [...] war noch geeignet, interessiert hergestellte Ungleichheit und Ausschließung als legitim erscheinen zu lassen. (Cremer-Schäfer 1999: 14)

Zukin weist noch auf eine weitere Funktion von Kriminalität hin: Der Sicherheitssektor ist zu einer der am stärksten wachsenden Branchen in den USA geworden (s. Zukin 1995: 40) und hat somit nicht nur eine wesentliche ökonomische Bedeutung, sondern absorbiert gleichzeitig einen beachtlichen Teil der Arbeitslosen. Während die Fabrikjobs verschwinden, finden die städtischen ArbeiterInnen Arbeit bei privaten Sicherheitsdiensten (unter ihnen vor allem die Angehörigen von Minderheiten), wo sie zu Mindestlöhnen und ohne gewerkschaftliche Organisation arbeiten. Gleichzeitig ernährt die (teilweise privatisierte) Gefängnisindustrie ganze Kleinstädte,<sup>29</sup> die Ausgaben für die Gefängnisindustrie zählt inzwischen zu den am stärksten wachsenden Bereichen im US-amerikanischen Staatshaushalt zählen

#### FREMDE / UNDESIRABLES

Kriminalität wird auch zum Mittel und Ausdruck für 'das Andere', das gerade im amerikanischen Zusammenhang ein auf dem Konzept der 'Rasse' beruhendes ethnisiertes Anderes ist ("a generalized ethnic Other, a victim of the politics of fear" - Zukin 1995: 41), das

<sup>28</sup> Zwar ist diese Drohung als Warnung "an das Herrschaftspersonal" gemeint, die "Ausschließungspolitik nicht zu übertreiben. Doch man kann nicht Kriminalitätsfurcht wecken und annehmen, es würden in der Situation der Kopflosigkeit der soziale Ausgleich und Sozialintegration hergestellt." (Cremer-Schäfer 1999: 15)

<sup>29</sup> Diese Privatarmee, so Zukin (1995: 40f), ist damit in einem weit wörtlicheren Sinne zur Reservearmee der Arbeitslosen geworden, als Marx gemeint hatte.

sich selbst überlassen, mit Verachtung gestraft und als kriminell bezeichnet wird: "eventually crime becomes a device, an idiom, to think about the Other" (ebd.).<sup>30</sup>

Die Angst vor dem Anderen ist aber auch eine kulturelle Strategie der Identitätsbildung. Identität funktioniert immer über Abgrenzung, und Ethnizität kann als eine kulturelle Strategie der Abgrenzung betrachtet werden, die auf einer 'Politik der Angst' basiert, indem die Menschen sich von bestimmten äußerlichen Merkmalen fernhalten. Wie Angst wird auch Ethnizität zu einer ästhetischen Kategorie, so Zukin (vgl. ebd.: 41f). Durch die allgemeine Kommerzskultur ("the most powerful form of public culture" - ebd.: 42f) verschwinden die Unterschiede zwischen den ethnischen Kulturen, zwischen Subkultur und 'Mainstream' Identitäten: "Then social distance is reestablished by developing new cultural differences, confirming the cultural power of fear" (ebd.: 43).

Gerade im Innenstadtbereich meint Sicherheit vor allem, vor unangenehmen Begegnungen geschützt zu sein: Begegnungen mit den Fremden (die Bettlerin, der Alkoholiker, die Obdachlose, der Junkie, die fremdländischen Jugendlichen... - was die jeweils Anderen sind, variiert von Gesellschaft zu Gesellschaft), die bedrohlich auf vielfältige Weise wirken, weil sie das schlechte Gewissen rühren oder die Angst vor dem eigenen Abstieg vor Augen führen. Das Recht auf ungestörten Konsum wird immer häufiger eingeklagt, selbst die höflich vorgetragene Bitte um etwas Geld gilt als unzumutbare Störung, als Beunruhigung oder gar Bedrohung. Gerade vom Standpunkt der VertreterInnen kommerzieller Interessen sind '*undesirables*' (Whyte 1988) nicht nur die kriminellen oder gefährlichen Individuen, sondern ebenso harmlose ExzentrikerInnen, StraßenmusikerInnen, lärmende Kinder und SeniorInnen - kurz: alle, die nicht konsumieren und dem Bild einer sauberen und sicheren Umgebung nicht entsprechen (vgl. Whyte 1988: 54; Loukaitou-Sideris 1990: 49-50)

Doch nicht nur 'Fremde' sollen ferngehalten werden, sondern 'das Fremde' an sich. Die Umwelt selbst wird als bedrohlich und feindlich angesehen, schon der (abwertend gemeinte) Begriff '*street person*'<sup>31</sup> verdeutlicht, wo das grundsätzlich Feindliche zu finden ist. Das Fremde/Feindliche wird mit dem *unkontrollierten* öffentlichen Raum assoziiert (vgl.

<sup>30</sup> 'Rasse' ist ein Konstrukt, das bestimmte Funktionen erfüllt: "The racialization of the Other is, of course, part of the white process of abnormalization, so the category of non-white may, in different historical contexts, include the Turkish and the Irish: blackness is a product of whiteness, not of melanin." (Fiske 1998: 85)

<sup>31</sup> Whyte (1988) versteht unter *street people* oder *street persons* im umfassendsten Sinne all jene, die sich auf der Straße längerfristig aufhalten, dort arbeiten oder auch leben. Das sind StraßenverkäuferInnen, ZettelverteilerInnen, Obdachlose, Zuhälter, Prostituierte, Verrückte, Merkwürdige, StraßenkünstlerInnen, Taschendiebe, Hüchenspieler, Dealer u. v. m., von denen die wenigsten kriminell sind und noch weniger gefährlich: "There is plenty of sin, in short, but not so much danger. Perceptions, however, are otherwise" (Whyte 1988: 54). Gleichzeitig wird zwischen all diesen Menschen kaum differenziert. Auf die Frage an einen Verkäufer, wo denn die angeblichen '*Undesirables*' seien, zeigte dieser auf einige junge Leute in Jeans, die an der nächsten Straßenecke herumstanden - es waren die StudentInnen, die dort für Whyte Feldstudien betrieben. Whyte legt deshalb Wert darauf, bei der Kategorisierung von Menschen zu differenzieren und festzustellen, wer wirklich eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellt und wer aufgrund von anderen Ängsten als 'unerwünscht' gilt. Dabei sieht er gerade die '*street people*' als sicheren Indikator dafür, daß eine Gegend 'gesund' und lebhaft ist, erst wenn *sie* verschwinden, sollten die StadtplanerInnen

Häußermann / Siebel 1993: 17; Voß 1997: 44), für den traditionell die Straße steht. Gerade hieraus erwächst das Bedürfnis, den öffentlichen Raum (im traditionellen Sinne) unter Kontrolle zu bringen.

#### SYMBOLWERT SICHERHEIT

Wo Sicherheit sich nicht auf die Angst vor realen Bedrohungen, sondern auf eine ganze Reihe von diffusen Ängsten bezieht, bekommt der Begriff eine neue Bedeutung. Er wird dadurch seltsam sinnentleert, Sicherheit ist gleichsam zum Selbstzweck geworden, wie auch Voß bemerkt:

In diesem Kontext hat sich "Sicherheit" als öffentlich artikuliertes Bedürfnis gleichsam verselbständigt, ist zur Ideologie geworden. Der moderne Sicherheitsbegriff läßt sich durch eine eigentümliche Selbstzweckhaftigkeit kennzeichnen [...]. So werden instrumentelle Aspekte von Sicherheit zugunsten normativer Bedeutungsanteile verdrängt: Sicherheit wird zu einem symbolischen Begriff. (Voß 1997: 45)

Gleichzeitig wird Sicherheit als allgemeines Grundbedürfnis vorausgesetzt und ist heute längst zu einem entscheidenden Standortfaktor bei der Konkurrenz der Städte untereinander geworden, und damit zu einem entscheidenden Kriterium für die Umstrukturierung der Städte. Daß der Begriff dabei Symbolcharakter bekommen hat, zeigt das Beispiel Sicherheit in Innenstädten. Wird Sicherheit überzeugend suggeriert, steigt das Wohlbefinden der KonsumentInnen und damit steigen die Umsätze. Der Überzeugungsfaktor beruht auf folgenden Methoden: Erstens wird durch ständiges Wiederholen der Glaube an die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel (Videoüberwachung, Sicherheitsdienste) gestärkt. Zweitens wird durch die reale Vertreibung von Menschen, die nicht gewissen Normen entsprechen und deshalb Angstgefühle bei der 'Normalbevölkerung' wecken, Handlungsbereitschaft gezeigt und verdeutlicht, 'daß sich was tut'. (Da diese Menschen ohnehin keine besondere Kaufkraft darstellen, kann eine nach ökonomischen Gesetzen funktionierende Gesellschaft gut auf sie verzichten.) Drittens wird durch entsprechende Zahlen (das können z.B. mehr polizeiliche Festnahmen, aber auch weniger Anzeigen sein) der Erfolg bestätigt.

Darüber hinaus ist Sicherheit auch ein Statussymbol. Das Beispiel *Gated Communities* zeigt, daß die verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen nicht nur der Befriedigung eines paranoiden Sicherheitsbedürfnisses dienen, sondern, da sie mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sind, immer mehr zu einem 'Prestigeobjekt' werden. Durch die vielen Sicherheitsbemühungen (deren Wirksamkeit keineswegs bewiesen ist) steigt der Grundstückswert.

---

anfangen, sich Sorgen zu machen, so Whyte: "Street people are not just a problem, they are the heart of the street life of the center. Its liveliness is the test of the city itself" (s. Whyte 1988: 156-158). Zwar sind Whytes Beispiele bezeichnend für den Umgang mit angeblichen Gefahren im öffentlichen Raum, jedoch halte ich den Ansatz, zwischen 'echten' und fälschlich als gefährlich zu klassifizierenden Menschen zu unterscheiden für wenig produktiv. Gerade die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und die Geschäftsleute sind dabei soweit von der Realität der Straße entfernt, daß sie gleich alle dort befindlichen Personen als 'unerwünscht' deklarieren und am liebsten alle Menschen

Sicherheit bedeutet in diesem Fall weniger die Unversehrtheit von Körper und Eigentum, als vielmehr die Sicherheit, nicht mit bestimmten Menschen in Kontakt zu kommen, die als 'fremd' und abstoßend wahrgenommen werden. So auch Sennett: "Heute bedeutet Ordnung das Fehlen von Kontakt" (Sennett 1997: 28). Dieses Bedürfnis nach Schutz vor dem 'Anderen' erstreckt sich über alle Bereiche des Lebens, vom Wohnen über die Arbeit bis hin zu Konsum und Freizeit (vgl. Davis 1994: 260f). Sicherheit wird zum Luxusartikel und damit gleichbedeutend mit dem Schutz vor Menschenmassen im allgemeinen; je nach Einkommen gilt, man benutzt das eigene Auto und nicht die U-Bahn, den Privatjet und nicht das Linienflugzeug... Man begibt sich, wenn überhaupt, nur unter Seinesgleichen.

#### SICHERHEIT UND ORDNUNG: DAS NULL-TOLERANZ-PRINZIP

Eine Art und Weise auf die "Unwirtlichkeit" der Städte (Mitscherlich 1992) zu reagieren, besteht darin, alle 'Unordnung' zu beseitigen und kleinste Normabweichungen nicht zu tolerieren. Der Anspruch auf ein Recht, von Normabweichungen verschont zu bleiben, die nicht als Gesetzesübertretung gewertet werden können (Verhaltensweisen, die als von den herrschenden Normen abweichend gesehen werden, wie Drogengebrauch, Alkoholismus, Obdachlosigkeit, seelische Störungen etc.), findet sich auch in dem '*Zero Tolerance* Konzept' bzw. der '*Broken Windows* Theorie'<sup>32</sup> wieder.

Diese kriminalpolitische Handlungsstrategie bezieht sich auf das *Zero Tolerance* Programm des konservativen New Yorker Bürgermeisters Giuliani und seines obersten Polizeichefs Bratton,<sup>33</sup> die in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts ein 'Säuberungsprojekt' starteten, das zuerst die Bereinigung der U-Bahn und dann auch der Straßen und Plätze beinhaltete. Dabei wurden Obdachlose aus den U-Bahnhöfen und -schächten entfernt, Graffiti beseitigt, und Ordnungswidrigkeiten wie Schwarzfahren, Lärmen, Urinieren und Alkoholtrinken in der Öffentlichkeit wurden rigoros bestraft.

Grundlage dieses Vorgehens war die *Broken Windows*-These, derzufolge schon gegen kleinere Verstöße gegen die öffentliche Ordnung unbedingt vorgegangen werden muß, um größere Straftaten zu verhindern. Sobald ein Ort den Eindruck erweckt, niemand würde sich darum kümmern, folgen Zerstörung, weitere Verwahrlosung und schließlich Kriminalität. Selbst wenn das frühzeitige Einschreiten nicht zu einer Verhinderung von Verbrechen führe, würde das gestärkte Vertrauen der Öffentlichkeit in die Obrigkeit zu einer Wiederbelebung der Städte führen, so die These Wilsons und Kellings (1982). Die Angst der BürgerInnen nicht nur vor gewalttätigen Angriffen, sondern auch davor, von unangenehmen Personen belästigt zu werden,

---

von dort vertreiben würden - "a result that their policies in some cities are calculated to bring about", so Whyte (1988: 55) sarkastisch.

<sup>32</sup> Siehe hierzu Wilson und Kelling (1982). Beispielhaft für die Kritik an *Zero Tolerance / Broken Windows* siehe Hess (1996).

<sup>33</sup> William Bratton leitete zeitweise unter Giuliani das *New York Police Department* (NYPD).

müsse ernst genommen werden, die Polizei durch stärkere Präsenz und striktes Vorgehen Sicherheit vermitteln.

Für Bratton und Giuliani ergibt sich daraus, daß Kriminalität nicht mehr durch Ursachenbekämpfung begegnet werden muß, sondern daß Kriminalität auch durch polizeiliche Maßnahmen allein erfolgreich begegnet werden kann.<sup>34</sup> Dazu gehört eine effizientere Strukturierung des Polizeiapparats. Es folgt daraus aber auch, wie das New Yorker Beispiel zeigt, ein verstärktes und einseitiges Vorgehen gegen bestimmte Bevölkerungssegmente:

Natürlich sind nicht alle Bürger gleichermaßen betroffen. Diese Form der Kontrollpolitik richtet sich vor allem gegen Bettler, Obdachlose, und ethnische Minderheiten. Das heißt, bestimmte Quartiere und ausgesuchte Bevölkerungsgruppen werden von den Sicherheitsorganen präventiv beobachtet und überwacht. (Ronneberger u.a. 1999: 134)

Selbst wenn nicht explizit auf die genannte Theorie eingegangen wird, spiegeln sich die oben genannten Ziele in fast allen Versuchen, den öffentlichen Raum zu kontrollieren, wieder, sei es in der räumlichen Gestaltung, dem architektonischen Design, dem Vorgehen privater Sicherheitsdienste oder dem Einsatz von Videoüberwachung.

Das Null Toleranz-Prinzip hat auch in Deutschland große Aufmerksamkeit erhalten, z.B. durch eine Ausgabe des Spiegels im Sommer 1997 mit dem Titel "Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten - Aufräumen wie in New York?" (Spiegel 28/ 97). Darin wurde das New Yorker Modell zum Vorbild erklärt und der "Ruf nach mehr Obrigkeit" laut (ebd.: 50). Zwar meinte Hess noch 1996 (Hess 1996: 185), daß in Deutschland weitestgehend noch immer der alte, liberale Ansatz zur Kriminalitätsbekämpfung gelte, doch zur Umstrukturierung der Polizei in mehreren Bundesländern gehörten unter anderem auch "besondere Rollkomandos, die gegen die Drogenszene, gegen Bettler und herumlungernde Obdachlose vorgehen sollen, Parole: Aufräumen" (Spiegel 28/ 97: 50). "Bortscheller in Bremen hat dafür gesorgt, daß die frustrierende Arbeit der Dealer-Verfolgung ständig wechselnden Teams aufgehalst wird, damit es nicht so langweilig wird. Auch der Senator war natürlich schon in New York" (ebd.: 52). In Berlin "plant Schönbohm ein totales Bettelverbot" (ebd.: 50f) und Hamburgs Bürgermeister Voscherau meint, "Strafprozeßrecht, Ausländerrecht, Asylverfahren seien zu 'gutwillig, zu lau, zu langsam'" (ebd.: 52).

Ronneberger, Lanz und Jahn schreiben über die Aufnahme des *Zero Tolerance*-Konzepts in den deutschen Medien (mit Bezug auf einen Artikel in der *Zeit* vom 8.4.97):

Eingeklagt wird [...] die Renaissance einer repressiven Normenstruktur, die der zerrissenen städtischen Gesellschaft wieder soziale Stabilität und innere Sicherheit verleihen soll. Gleichzeitig klingt auch ein "Kulturkampf" mit den Folgen der 68er-Bewegung an, deren angeblich laxer Umgang mit Ordnung und Autorität für den Zusammenbruch der städtischen

<sup>34</sup> Zur Hauptaufgabe der Polizei gehört damit nicht mehr die (reaktionäre) Strafverfolgung, sondern zunächst die (aktive, präventive) Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Dieser Ansatz der *new realists* Wilson und Kelling widersprach auf eklatante Weise den "damals herrschenden politischen und kriminalpolitischen Ansichten" (Hess 1996: 184).

Zivilisation mit verantwortlich gemacht wird. Die unterstellten Verwahrlosungsprozesse sind in erster Linie einem "sittlichen Verfall" zuzuschreiben. Ganz in diesem Sinne beklagt etwa der Bremer Innensenator Borttscheller die zunehmende "Unwirtlichkeit" deutscher Großstädte und polemisiert [...] gegen den vorherrschenden Zeitgeist. (Ronneberger u.a. 1999: 136)

Der Begriff Ordnung meint einerseits die Sicherung von Macht- und Herrschaftsstrukturen und andererseits die Abwesenheit von 'Schmutz'. "Nichts dagegen" - gemeint ist die öffentliche Unordnung in New York - "zu tun war anfangs Ausdruck von Liberalität, multikultureller Toleranz, dann wurde es zur Gleichgültigkeit - und dann war es zu spät", so der Spiegel (28/97). Die Verknüpfung von Sicherheit und Sauberkeit, die auf die *Broken Windows*-These zurückgreift, äußert sich ebenso in der Koppelung von Reinigungs- und Überwachungsaufgaben für ABM-Kräfte und kommunale Hilfspolizei, so Ronneberger, Lanz und Jahn (1999: 163). Sie erklärt auch das hysterische Vorgehen gegen Graffiti-sprayerInnen in der BRD seit 1998. Die 'Graffiti-plage' wurde dabei als standortschädigend gewertet, die 'Farb-Attentäter' und 'Graffiti-Gänger' zu schwerstkriminellen, ihre Aktivitäten zur Bedrohung des subjektiven Sicherheitsgefühls der BürgerInnen erklärt, die zukünftig mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet werden sollen (s. ebd.: 163f).

#### WESSEN SICHERHEIT?

Sicher fühlt man sich vor allem da, wo man wohnt und sich auskennt, wo einem die Umgebung vertraut, also nicht fremd ist, wo einem auch die Menschen vertraut sind, nicht weil man sie persönlich kennt, sondern weil man gewisse Gemeinsamkeiten mit ihnen teilt oder dies zumindest annimmt. Ist für die BewohnerInnen von, sagen wir, Bremen Nord, das Bremer 'Viertel'<sup>35</sup> ein Ort der Bedrohung, an den man sich nur bei Tage oder in Begleitung von FreundInnen wagt, gilt das Gleiche umgekehrt. Sicherheit ist demnach in erster Linie ein subjektives Empfinden, das wenig mit realen Bedrohungen zu tun hat.

Wenn sich bestimmte Menschen zu bestimmten Zeiten an bestimmten öffentlichen Orten nicht frei bewegen können, weil sie sich bedroht fühlen, dann ist dies ein Problem, für das Lösungen gefunden werden müssen, doch sollten die gewählten Mittel angemessen sein, anstatt irrationale Ängste zu produzieren. So halte ich z.B. Aufklärungsveranstaltungen und Selbstbehauptungstrainings<sup>36</sup> für sinnvoll, wenn sie die Menschen aus ihrer Opferrolle bringen und ihr Selbstbewußtsein steigern. Wichtiger aber scheint es mir zu sein, die 'anti-städtische Propaganda' einzustellen, die insbesondere Frauen zu defensiven Vermeidungsstrategien des städtischen Raums (nicht nur bei Nacht) drängt und damit ihre Bewegungsfreiheit, Unabhängigkeit und Lebensqualität erheblich einschränkt, obwohl dort keinesfalls ein erhöhtes Risiko besteht, Opfer einer Gewalttat zu werden (vgl. Schlör 1994: 1345).

<sup>35</sup> 'Viertel': Bremer 'Szene'- und Kneipenviertel nahe der Innenstadt.

<sup>36</sup> Im Rahmen der Kriminalitätsprävention werden diese z.B. für SeniorInnen mitunter angeboten (vgl. Brandt 1998), spielen aber eine eher untergeordnete Rolle für die kommunale Kriminalitätsvorbeugung.

Hier sollen keineswegs die Angstgefühle von Menschen heruntergespielt werden, allerdings darf eine unkritische Übernahme dieser Angst nicht zur Legitimation für eine repressive Ordnungspolitik und den Einsatz von Überwachungstechnologien mißbraucht werden. Sie darf auch nicht auf der Ausgrenzung von Minderheiten beruhen. Die Höhe des zu zahlende Preis ist, um es plakativ auszudrücken, keineswegs gleichgültig.

Natürlich wird der Begriff Sicherheit nicht jeder realen Bedeutung enthoben und zum alleinigen Mittel zum Zweck. Für viele ist die Bedrohung ihrer Sicherheit nicht nur ein subjektives Gefühl sondern alltägliche Realität, gerade auch im öffentlichen Raum der Städte. Ein naheliegendes Beispiel dafür sind in Deutschland Menschen mit ausländischem Aussehen, deren Erfahrungen mit gewaltätigem Rassismus sicher nicht als 'übersteigerte Sicherheitsparanoia' bezeichnet werden dürfen. Wird Sicherheit aber zum materiellen Gut, das sich nur einige leisten können, besteht erst Recht die Gefahr, daß sich die Städte aufspalten, in einige 'sichere Inseln' oder Enklaven, zu denen nur Bestimmte Zutritt haben, und in ein 'Meer der Angst' für die Übrigen.

Ohne im einzelnen auf die Problematik von Sicherheitskampagnen im allgemeinen und der Diskussion um die Innere Sicherheit in der BRD im besonderen eingehen zu wollen, sei an dieser Stelle angemerkt, daß es sich hierbei um politische Diskussionen handelt, bei denen einige wenige die Definitionsmacht darüber halten, was als Gefährdung der Sicherheit zu gelten hat und was nicht. Während die Sicherheit von Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Arbeit oder Aufenthaltsrecht für immer mehr Menschen verschwindet, wird mit einer imaginierten Sicherheit vor körperlicher Gewalt und Schutz des Eigentums Politik gemacht und die Repression verstärkt. Als Legitimationsgrundlage für den Ausbau der Repressionsorgane dienen dabei immer häufiger die individuellen Bedrohungsgefühle der BürgerInnen, konkrete, objektive Probleme spielen für diese politischen Entscheidungen hingegen kaum noch eine Rolle. Dabei erweist sich "die Beurteilung der Sicherheitszustände [...] immer deutlicher als eine Frage der Wahrnehmung, ein Problem des Standpunkts"(Schlör 1994: 1339), schreibt Schlör in Bezug auf das Berlin des 19. Jahrhunderts. Dies gilt auch heute noch. Die individuelle Sicherheit der BürgerInnen spielt dabei höchstens eine untergeordnete Rolle:

Weder der normalen Sicherheitspolitik noch den verschiedenen Konjunkturen von Debatten um steigende Kriminalität und Unsicherheit kommt nach allen Erfahrungen eine instrumentelle Funktion der Herstellung von Sicherheit (gar für 'alle Bürger') zu. Wir haben es, insbesondere in der Form der Kampagnen-Politik, mit verschiedensten ideologischen Strategien der Regulierung von gesellschaftlichen Konflikten und Problemen zu tun. (Cremer-Schäfer 1999: 12)

## **2. Die Kontrolle des öffentlichen Raums**

Zu den eher traditionellen Möglichkeiten, öffentliche Räume zu kontrollieren und Sicherheit herzustellen, gehören die staatlichen Ordnungskräfte und die Architektur bzw. der Städtebau. Während das Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung heute ganz selbstverständlich Aufgabe der Polizei ist, übernimmt auch die "gebaute Umwelt" zum Teil "Polizeifunktionen", so Davis (1994: 289). Oft ergänzen sich die beiden Methoden ohnehin. Bekannt sind die alten mittelalterlichen Sicherheitsarchitekturen wie Burgen und befestigte Städte. Doch die Feinde, die die Sicherheit zu bedrohen scheinen, haben sich verändert, kommen nicht mehr von außen, sondern von innen, aus der eigenen Gesellschaft. Ein Beispiel für letzteres war schon das Paris in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Umbau unter Haussmann hatte vor allem den Zweck, die problemlose Bewegung des Militärs zum Zweck der Aufstandsbekämpfung in der Stadt zu garantieren und den Bau von Barikaden zu verhindern (vgl. Benjamin 1995: 53f). Während Davis eine Militarisierung der Architektur und der öffentlichen wie privaten Sicherheitskräfte verzeichnet, finden gleichzeitig zunehmend subtilere Methoden der Kontrolle Anwendung, die die offene 'Aufstandsbekämpfung' ersetzen. Grund hierfür ist - neben der Demokratisierung - die fortschreitende Privatisierung.

### **2.1 Staatliche und private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum**

#### POLIZEI

Der wichtigste Bestandteil der meisten Sicherheitskonzepte sind noch immer die öffentlichen und zunehmend auch privaten Sicherheitsdienste. Es ist "eine gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen staatlichen und privaten Polizeidiensten" (Davis 1994: 289) entstanden, bei der die Privaten eine unterstützende Funktion haben und vor allem die arbeitsintensiven Funktionen wie Streifendienst in gesicherten Wohngebieten und Ladenpassagen, Besetzung von Kontrollposten und Überwachung von Videokameras übernehmen.

Die Polizei übernimmt hingegen die "Sicherheits-Makrosysteme" und verwaltet die großen Datenbestände und die (staatlichen) Gefängnisse, bekämpft die 'organisierte Kriminalität', den nationalen und internationalen Terrorismus und die Aufstände auf den Straßen, so Davis (ebd.). Die Grenzen zwischen privaten und staatlichen Diensten sind dabei längst verwischt, so gehen private und beamtete Bedienstete im selben Stadtteil Streife, und Gefängnisse werden zu privatwirtschaftlichen Einrichtungen. Diese Kooperationsbemühungen sowie die Arbeitsteilung stehen dabei auch in Europa zunehmend im Mittelpunkt der Entwicklung.

Davis beschreibt die Polizei in L.A., das *Los Angeles Police Department (LAPD)*, als extrem stark technologisch aufgerüstet, da sie schon seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts humanes durch technologisches Kapital ersetzt hat.<sup>37</sup> So macht sich das LAPD systematisch Militärtechnologie nutzbar: Hubschrauber überwachen einige als besonders kriminalitätsbelastet geltende Stadtteile neunzehn Stunden täglich, und um die Kooperation zwischen Streifenwagen und Hubschraubern zu erleichtern, wurden tausende von Dächern mit Straßenkennziffern versehen. Die Hubschrauber sind außerdem mit Infrarot und Flutlicht ausgestattet. Gleichzeitig verfügt das LAPD seit 1984 über ein *Emergency Command Control Communications System (ECCCS)*, das die Einsätze des LAPD koordiniert, die Daten über verdächtige BürgerInnen sammelt und verwaltet und die Geheimhaltung des Polizeifunks gewährleistet. Das Herz des ECCCS, das *Central Dispatch Center*, für alle Fälle von äußerlichen Störungen gerüstet, ist in einem 'erdbebensicherten' und 'sicherheitsgehärteten' Keller des Rathauses Ost untergebracht (vgl. ebd.: 291f).

All diese Überwachung und Aufrasterung aus der Luft, endloses Datensammeln der Polizei und die Zentralisierung der Kommunikation bedeuten eine unsichtbare 'Hausmannisierung' von Los Angeles. Man braucht kein freies Schußfeld für Kanonen, wenn man den Himmel kontrolliert; erst recht nicht muß man in jedem Block Spitzel bezahlen, wenn jedes Gebäude Überwachungskameras zieren. (Davis 1994: 292)

Diese starke Technologisierung liegt nicht nur an der großflächigen, zersiedelten Form der Stadt L. A., sondern auch an dem negativen Bild, das die Polizei von den EinwohnerInnen der Stadt hat, nach deren Ansicht sich die 'Guten' dadurch auszeichnen, daß sie sich in den privaten "Hochsicherheitssphären"(ebd.: 292) des Konsums aufhalten und die 'Bösen' auf der Straße herumlungern, wo sie rund um die Uhr vom "allwissenden Blick"(ebd.) des LAPD überwacht werden müssen, meint Davis. Die Überwachung des öffentlichen Raums und die präventive Aufstandsbekämpfung sieht Davis somit als Hauptaufgabe des LAPD, Sicherheit ist gleichbedeutend mit der Kontrolle der sich dort aufhaltenden Menschen, die von vorneherein als verdächtig gelten.

Dem entspricht das Verhalten einiger PolizistInnen gegenüber 'Verdächtigen'. Derzeit laufen Untersuchungen über eine Sondereinheit des LAPD gegen Drogenhandel und Straßengangs. Die Beamten werden beschuldigt, Unschuldige belastet und misshandelt zu haben, Beweise gefälscht, Meineide geleistet und mit beschlagnahmten Drogen gehandelt zu haben (vgl. Süddeutsche Zeitung 28.8.00). Dieser sogenannte *Rampart*-Skandal<sup>38</sup> bestätigte den negativen Ruf, den das LAPD insbesondere bei den ärmeren Bevölkerungsschichten und bei den Schwarzen und der hispanischen Bevölkerung hat. Brutales und rassistisches Vorgehen der Polizei halten etwa 3/4 der Schwarzen und Latinos / Latinas für normal, während nur die Hälfte

<sup>37</sup> Diese Entwicklung geht bis auf die 20er Jahre zurück, als das LAPD als erstes Fußstreifen durch Funkstreifenwagen ersetzt (Davis 1994: 290).

<sup>38</sup> Rampart ist ein *inner city* Stadtteil, der als 'Problemviertel' gilt. Der Polizeiskandal wurde von den Kronzeugenaussagen des ehemaligen Rampart-Polizeibeamten Perez ausgelöst (vgl. Süddeutsche Zeitung 28.8.00)

der Weißen dieser Meinung ist.<sup>39</sup> Gleichzeitig zeigten sich diese Gruppen am wenigsten von dem kriminellen Vorgehen der Polizei überrascht (vgl. L.A. Times 9.4.00). Zur Zeit wird gegen circa 70 Beamte ermittelt, 30 Beamte wurden bereits entlassen oder suspendiert, drei sitzen in Haft. Hundert Urteile, die auf Falschaussagen von PolizistInnen beruhen, wurden aufgehoben, 50 Verurteilte freigelassen und 3000 Fälle werden überprüft. Schadenersatzklagen in Millionenhöhe werden erwartet, so daß der Bürgermeister von L.A., Richard Riordan, vorsorglich 40,9 Millionen Dollar für Entschädigungszahlungen im nächsten Haushalt bereithält (vgl. Süddeutsche Zeitung 28.8.00).

Doch nicht nur in den USA werden die staatlichen Sicherheitskräfte mit militärischem *Knowhow* zu 'Kampfmaschinen' ausgerüstet, wie auf verschiedenen Großdemonstrationen in der BRD und anderen europäischen Ländern unschwer zu erkennen ist - die permanente Nachrüstung der Polizei ist längst politisches Konzept, so Rolf Gössner.<sup>40</sup> Zudem werden die Befugnisse der Polizei ständig erweitert, das neue Polizeigesetz in Bremen soll z.B. das 'verdachts- und ereignisunabhängige Anhalte- und Befragungsrecht' (Schleierfahndung) der Polizei festschreiben, das seit Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts bereits in anderen Bundesländern eingeführt wurde und sich in Niedersachsen, im Rahmen des Gefahrenabwehrgesetzes von 1997, nicht nur auf grenznahe Gebiete und Bahnhöfe bzw. Flughäfen bezieht, sondern auf den gesamten öffentlichen Raum des Bundeslandes (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 129). Begründet wird die Notwendigkeit der Schleierfahndung mit dem Wegfall der innereuropäischen Grenzen. Dieses Gesetz bedeutet nicht nur die Umkehr der Unschuldsvermutung für alle BürgerInnen, sondern trägt auch zur weiteren Kriminalisierung von AusländerInnen bei, wie selbst der Weser Kurier feststellt: Das neue Bremer Polizeigesetz werde negative Auswirkungen auf das "Lebensgefühl der Kontrollierten" haben, die vor allem Menschen mit ausländischem Aussehen sein werden (WK 17.5.00). Für diese werden bestimmte, häufig kontrollierte Gebiete innerhalb der Stadt so faktisch zu *No-Go-Areas*, deren Betreten für Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis die Abschiebung bedeuten kann. Auch Erfahrungen aus Bayern zeigen, daß die Schleierfahndung vor allem zur Feststellung von Verstößen gegen das Ausländerrecht benutzt wird; die Auswahl potentieller Verdächtiger wird dort ganz offiziell (und anscheinend ohne historisches Bewußtsein) als 'Selektion' bezeichnet.<sup>41</sup>

Neben der Videoüberwachung sollen durch das neue Bremer Polizeigesetz auch unbestimmte Aufenthaltsverbote legalisiert werden. Zwar sollen diese zeitlich begrenzt sein, doch wird diese Einschränkung nicht näher ausgeführt. Auch diese unbestimmte Erweiterung von kurzfristigen

---

<sup>39</sup> Eine telefonische Umfrage, die nach dem Rampart Skandal gemacht wurde, ergab folgende Zahlen: 81% der Schwarzen und 73% der hispanischen EinwohnerInnen von L.A. glauben, daß rassistische Äußerungen der Beamten des LAPD normal seien, aber 'nur' 58% der Weißen. 83% der Schwarzen, 72% der Latinos / Latinas und 43 % der Weißen gaben an, daß Polizeibeamte "commonly commit acts of brutality" (L.A. Times 9.4.00).

<sup>40</sup> Auf einer öffentlichen Veranstaltung zum geplanten Bremer Polizeigesetz am 5.7.00 im Kulturzentrum Schlachthof, Bremen.

<sup>41</sup> Gössner, Kulturzentrum Schlachthof, Bremen, 5.7.00 (s. o.).

und kleingebietigen Platzverweisen wurde nach niedersächsischem Vorbild gestaltet, wo 1996 im Rahmen der sogenannten 'Chaostage' vor allem gegen Angehörige der 'Punkszene' zahllose Aufenthaltsverbote ausgesprochen wurden. Das Gesetz, das der Verhinderung von Straftaten bei Verdacht dienen soll, schließt auch die Anwendung von Zwangsmitteln wie Bußgelder oder Verbringungsgewahrsam mit ein.

Aufenthalts-, Betretungs- und Raumverbote werden in vielen Städten erteilt, wobei Bremen zu den bundesdeutschen Städten gehört, in denen diese Praxis ganz besonders konsequent betrieben wird, mit entsprechend rassistischen Auswirkungen (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 151f). Durch Umwidmungen öffentlicher in private Räume mit Hausrechtsbefugnissen oder durch Sondererlasse und Gefahrenabwehrverordnungen werden unerwünschte Verhaltensweisen in öffentlichen Räumen zu Ordnungswidrigkeiten erklärt und kriminalisiert<sup>42</sup> und damit unerwünschte Personen 'entfernt'. Die Konstruktion 'gefährlicher Orte' zählt zu diesen polizeilichen Strategien. So sind in Berlin zwischen 23 und 35 'gefährliche Orte' ausgewiesen, an denen besondere Befugnisse der Polizei gelten. Damit kann die in privaten Räumen mittels des Hausrechts durchgesetzte "Strategie der Ausgrenzung" auch "im verbleibenden öffentlichen Raum angewendet werden" (Borries 2000: 17.). Auffällig ist, daß es sich bei den sogenannten 'gefährlichen Orten' in Berlin nicht nur um soziale Brennpunkte, sondern auch um "touristische Aushängeschilder" (ebd.) handelt, wie Teile der Friedrichstraße, den Kurfürstendamm und den Alexanderplatz. Außerdem zeigt dieses Beispiel, wie Sicherheit über eine Kontrolle des Raumes hergestellt werden soll (vgl. Borries 2000).

Eine 'Militarisierung' der Polizei (im eigentlichen Sinne des Wortes) stellt auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) dar, in Bremen (und einigen anderen Städten) unter dem Namen 'Aktion Sicherheitsnetz' bekannt. Das in Bremen im Sommer 1998 von den damaligen Bundesinnenminister Kanther und dem Bremer Innensenator Bortscheller initiierte Modellprojekt soll auf Grund der angeblichen Erfolge bei der 'Verbrechensbekämpfung' vorerst fortgeführt werden, so eine Presseerklärung von Innensenator Bernd Schulz vom 27.6.2000. Dabei gehen Polizei und BGS um den Bremer Hauptbahnhof sowie in der Innenstadt gemeinsam Streife. Ziel der Aktion Sicherheitsnetz ist eine sichtbare Präsenz von Sicherheitskräften im öffentlichen Raum, eine stärkere Zusammenarbeit auch mit privaten Sicherheitsdiensten und Präventionsräten und ein verstärktes Vorgehen gegen Bagatelldelikte wie Laden- und Taschendiebstahl oder auch Graffiti. Dadurch sollen im innerstädtischen Bereich 'Sauberkeit und Ordnung' (bekanntermaßen gute alte deutsche Tugenden) das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen wiederherstellen (vgl. Zero Tolerance / Kap. 1.3).

---

<sup>42</sup> Die Entkriminalisierung von Betteln und Landstreicherei, die erst in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts durchgesetzt wurde, wurde in den 90er Jahren in vielen Städten faktisch wieder rückgängig gemacht (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 156f).

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß, obwohl der BGS mit dem Wegfall der innereuropäischen Grenzkontrollen seinen Hauptaufgabenbereich verloren hat, seine Personalstärke und sein Finanzetat in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts weiter erhöht wurden (s. Ronneberger u.a. 1999: 131). 1992 übernahm der BGS die Aufgaben der Bahnpolizei und dehnte so seinen Einsatz auf das gesamte Bundesgebiet aus, was zuvor nur in Einzelfällen möglich war, z.B. bei Einsätzen auf Großdemonstrationen und bei der Terrorismusbekämpfung. Die Aktion Sicherheitsnetz bedeutet damit eine weitere Ausweitung der Einsatzbefugnisse einer Art 'Bundespolizei', die so im Grundgesetz nicht vorgesehen ist.

Auf die vielen anderen Gesetzesverschärfungen, die die Nutzung des öffentlichen Raums einschränken, soll in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie keine sozialverträglichen Lösungen für gesellschaftliche Probleme suchen, sondern die Betroffenen selbst als Problem identifizieren. Zwar betreffen die meisten der Gesetzeserneuerungen alle BürgerInnen, gerade wenn sie nicht an konkrete Straftatbestände gebunden sind. Jedoch fühlen sich die meisten BürgerInnen nicht betroffen, da die Gesetze tatsächlich fast nur gegen Randgruppen und Minderheiten angewendet werden, die über keine Lobby in der Gesellschaft verfügen (weshalb auch kaum mit Widerstand zu rechnen ist). Das Ergebnis ist deshalb die soziale Säuberung bestimmter urbaner Räume, Gössner spricht auch von einer Strategie der gesellschaftlichen Spaltung in schützenswerte und störende Bürger und Bürgerinnen.<sup>43</sup>

#### PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE

Die Entwicklung hin zu einem vermehrten Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum, die vor allem in den nordamerikanischen Metropolen fortschreitet, zeichnet sich auch in europäischen Großstädten ab (vgl. Voß 1997: 46). Schon gehen Kaufhäuser in Hannover dazu über, an den Eingängen Wachmänner in Uniform zu postieren (eine in den USA und anderen europäischen Länder, wie Großbritannien oder Spanien, seit langem gängige Praxis), sichern Wachdienste die Lloydpassage oder den Hauptbahnhof in Bremen oder fahren in den öffentlichen U- und S-Bahnen mit. Es gibt sie in fast allen *Shopping Malls*, Passagen und Einkaufszonen, in den Bahnhöfen und den U-Bahnstationen der urbanen Zentren.

Sind die Ladendetektive seit langem ein ebenso gängiger wie unauffälliger Bestandteil aller größeren Kaufhäuser, geht die Tendenz hier zu demonstrativer Sichtbarkeit. Während die Kaufhausdetektive noch ganz konkret Ladendiebstähle aufdecken (und natürlich auch präventiv wirken) sollen, sollen die Sicherheitsdienste vor allem einen reibungslosen Ablauf der

<sup>43</sup> Kulturzentrum Schlachthof, Bremen, 5.7.00 (s.o.).

Geschäfte sichern und so 'Sicherheit und Ordnung' garantieren. Die *Securities* haben in erster Linie die Aufgabe, durch ihre bloße ('wachsamer') Präsenz Autorität auszustrahlen, Bevölkerungsgruppen zu trennen und eine 'selektive Ausgrenzung nicht funktionsgerechter Personen' (ebd.) vorzunehmen, die von den WarenkonsumentInnen als Störung oder Belästigung empfunden werden (könnten), also wahlweise AlkoholikerInnen und Drogenabhängige, Obdachlose, bettelnde Personen oder Gruppen männlicher Jugendliche. Dies ergab auch eine Umfrage der Universität Frankfurt am Main: Die erwarteten Leistungen von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Bereich sind vor allem das 'Fernhalten unliebsamer Personen' (87,2%), die 'Abschreckung möglicher StraftäterInnen' (87,2%) und die 'Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der KundInnen und PassantInnen' (84,6% - alle Zahlenangaben zitiert nach Voß 1997: 46).

Inwiefern die private Kontrolle von quasi-öffentlichem (weil öffentlich zugänglichem) Raum - unter Rückgriff auf das Hausrecht - rechtlich gesehen angemessen ist oder nicht, darüber streiten sich JuristInnen allerdings (vgl. ebd.: 42). Fest steht, daß die Branche der privaten Sicherheitsdienste,<sup>44</sup> die auf dem freien und hart umkämpften Markt die Ware 'Sicherheit' verkaufen, seit Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts boomt. Die ersten 'Schwarzen Scheriffs' in der BRD traten allerdings schon 1973 auf dem Gelände der Münchner U-Bahn auf. Es folgten Diskussionen darüber, ob sie eine Herausforderung des staatlichen Gewaltmonopols darstellen, außerdem erregte ihr brutales Auftreten Proteste (vgl. ebd.: 39; Ronneberger u.a. 1999: 148). Anders als die staatlichen GesetzeshüterInnen sind die Privaten 'offen käuflich' und wenden neben den gesetzlichen Universalnormen von AuftraggeberInnen gesetzte Partikularnormen an, die als Verhaltensmaßstäbe bei der Kontrolle von Personen angesetzt werden (vgl. Voß 1997: 39).

In Verhalten und Kleidung ahmen sie durch entsprechende Uniformen und autoritäres Auftreten bewußt die staatlichen Sicherheitskräfte nach. Sie übernehmen scheinbar polizeiäquivalente Aufgaben, obwohl sie formal nur das 'Jedermannsrecht' genießen bzw. stellvertretend das Hausrecht vertreten. Andererseits sind sie im Gegensatz zur Polizei nicht an rechtliche Interventionsvoraussetzungen gebunden. Sie sind vor allem an der Verminderung von Profitrisiken ihrer AuftraggeberInnen interessiert, und Prävention bedeutet in diesem Sinne, alle devianzbegünstigenden Umstände, die eine Ertragseinbußen bedeuten könnten, von vorne herein auszuschließen:

Insofern sind Überwachung und Intervention eher nachrangig an Abweichungstatbeständen, vorrangig hingegen an Optimalentwürfen von Betriebssicherheit oder Verkaufsförderlichkeit orientiert. Konstrukte eines betriebsloyalen Normpersonals oder kaufkräftiger Normkunden werden zu einem positiven Normalitätsmaßstab, der einen höchst diffusen Devianzbegriff erzeugt. (Voß 1997: 48)

<sup>44</sup> Der hier betrachtete Anteil privater Sicherheitsleistungen im öffentlich zugänglichen Raum durch kommerzielle Sicherheitsdienste umfaßt dabei nur etwa 5 bis 15 % der gesamten Branche, ein großer Teil wird dagegen in abgeschlossenen Bereichen eingesetzt, z.B. als sogenannter 'Werkschutz' (vgl. Voß 1997: 38f).

Dabei sind die (in den USA bewaffneten) Wachschützer meist nur zu Niedrigslöhnen und in Teilzeitarbeit beschäftigt und kaum ausgebildet. So sind sie zu einem nicht unwesentlichen Beschäftigungsfaktor auf dem Dienstleistungssektor für ungelernete Arbeitskräfte geworden.<sup>45</sup> "Es ist leichter, bewaffneter Wachschützer zu werden als Friseur oder reisender Zimmerergeselle", schreibt Davis (1994: 288), und selbst verurteilte Mörder könnten in Kalifornien noch bei einem privaten Sicherheitsdienst arbeiten. In den höheren Manager-Ebene arbeiten hingegen viele ehemalige PolizistInnen, die auf Insider-Erfahrungen und gute Beziehungen zu den ehemaligen KollegInnen zurückgreifen können. Das eher zwielichtige Image der Sicherheitsdienste hat sich mit ihrer zunehmenden Etablierung gewandelt, so daß sie heute als verantwortungsvolle Sicherheitspartner betrachtet werden und zunehmend auch die Kommunen ihre kostengünstigen Dienste in Anspruch nehmen.

Die Nachfrage nach privaten Sicherheitsdiensten wächst mit den gesamtgesellschaftlichen Segregationstendenzen einerseits und der zunehmenden Privatisierung andererseits: Die "Verdichtung von Privateigentum" in den Städten ist "Bedingung für den steigenden Bedarf nach privater Sicherheit", so Voß (1997: 41). Umsatzeinbußen innerstädtischer Einzelhandelszentren und die wachsende Konkurrenz mit suburbanen *Shopping Malls* führen zu einer Aneignung privatwirtschaftlicher Maßstäbe für Sicherheit und Ordnung in den Innenstädten, die nur mit Hilfe von privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden können. Daß diese nicht an Interventionsvoraussetzungen gebunden sind bzw. keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, ist dabei von Vorteil. Die Ungleichbehandlung von Menschen bedarf keiner weiteren Begründung oder Entschuldigung, sondern ist ihre Hauptaufgabe.

Auch Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) - oft zwangsweise - dazu eingesetzt, für Sauberkeit und Ordnung auf den Straßen zu sorgen (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 161f). Sie stellen für die Kommunen eine kostengünstige Alternative zu den kommerziellen Sicherheitsdiensten und Reinigungskräften dar, gleichzeitig werden auf diese Weise angeblich Arbeitsplätze geschaffen, Arbeitslose in das Erwerbsleben eingliedert und das Serviceangebot für die Bevölkerung erweitert. Arbeitszwang, niedrige Löhne und der Mangel an Weiterqualifizierungsmöglichkeiten der ABM-Maßnahmen "deuten jedoch eher auf eine Instrumentalisierung der Erwerbslosen für eine kommunale 'law and order'-Politik hin, die auf diese Art kostengünstig umgesetzt werden kann" (ebd.: 162). Eine vergleichbare Kritik übt Zukin für New York: Dort werden Obdachlose von *Business Improvement Districts* (BIDs)<sup>46</sup> im Rahmen eines Programms mit dem

<sup>45</sup> Zu Arbeitsbedingungen und Löhnen s. z.B. Davis (1994: 288) und Ronneberger u.a. (1999: 49).

<sup>46</sup> *Business Improvement Districts*: Zusammenschlüsse von GeschäftsinhaberInnen und ImmobilienbesitzerInnen in den USA, die eine eigene Steuern erheben, mit denen Maßnahmen zur 'Verbesserung' des Geschäftsbezirks durchgeführt werden und die teilweise sogar über eine lokale Polizeigewalt verfügen (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 200).

beschönigenden Namen *'Pathways to Employment'* als *Security Guards* beschäftigt, zu Löhnen, die unterhalb des Mindestlohns liegen (vgl. Zukin 1995: 35f).

#### SICHERHEITSALLIANZEN / PRÄVENTIONSRÄTE

Um ihre Interessen besser durchsetzen zu können, schließen sich die EinzelhändlerInnen auch in Deutschland zu Allianzen zusammen.<sup>47</sup> Sie bringen sich in die lokalen Präventionsräte ein und arbeiten eng mit Behörden und Polizei zusammen. Nach amerikanischem Vorbild gehen sie gemeinsam gegen Kleinkriminalität und Drogenhandel, Bettelei, Schmutz und Unordnung vor, organisieren gemeinsam Lobbyarbeit und Sicherheitsaktivitäten. Schon um die vielen Sicherheitsakteure koordinieren zu können, braucht es übergeordnete Strukturen, so stellt die Koordination der verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen erklärtermaßen ein zentrales Ziel des Frankfurter 'Zeil Aktiv' Vereins dar (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 143):

Tatsächlich ist die Kontrolldichte der Frankfurter City in den letzten Jahren enorm angewachsen. Im Kernstadtbereich agieren neben den Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen, die entweder im Auftrag des Vereins oder für die Verkehrsbetriebe arbeiten, mehrere Dutzend bewaffnete Angestellte des städtischen Ordnungsamtes, Einheiten des Bundesgrenzschutzes, Polizeibeamte des dafür zuständigen Reviers sowie die "SoKo Mitte". (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 143)

Die 'kommunale Kriminalitätsprävention' und der Einsatz von Präventionsräten gehört zu den Allheilmitteln gegen die steigende städtische Unsicherheit (vgl. z.B. ILS 1993). Zwar sollen in diesen inzwischen in fast allen bundesdeutschen Städten gegründeten Gremien idealerweise die verschiedenen Akteure (VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Polizei, Einzelhandel, Verbänden und der BürgerInnen) gleichberechtigt miteinander kooperieren, doch zeigt die Realität meist ein starkes Machtgefälle:

Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedenfalls, daß die Präventionsräte vor allem im Sinne einer vorbeugenden sozialen Kontrolle tätig sind, von organisierten Interessengruppen instrumentalisiert werden und eine Ausweitung polizeilichen Handelns in klassische Felder der Sozialarbeit bedeuten. (Ronneberger u.a. 1999: 170)

Da Prävention, "um wirksam sein zu können, im Vorfeld gesetzlich definierten Unrechts ansetzen" muß und "von kaum kontrollierbaren informellen Gremien ausgeführt wird", besteht die Gefahr, daß Präventivräte zur "Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien" und zur Durchsetzung partikularer "Norm- und Wertvorstellungen durchsetzungsfähiger Gruppen" führen, so die Kritik von Ronneberger, Lanz und Jahn (1999: 170).

#### BÜRGERWEHREN

Einen weiteren Schritt in Richtung Privatisierung öffentlicher Sicherheitsleistungen stellt der Einsatz 'freiwilliger PolizistInnen' dar: In einem hessischen Modellprojekt sollen neunzig ehrenamtliche HilfspolizistInnen in Wiesbaden, Offenbach, Fulda und Marburg die Polizei

<sup>47</sup> So z.B. die 'AG City' (Berlin), 'Zeil Aktiv' (Frankfurt) und 'Wir im Viertel' (Bremen).

entlasten und das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen erhöhen. Bei einer 'Aufwandsentschädigung' von vierzehn DM sollen die HilfspolizistInnen nicht nur in der Öffentlichkeit auftreten ("wo immer sich Bürger unsicher fühlten" - FR 18.11.99), sondern auch Schreiarbeiten und Statistiken erledigen. Allerdings dürfen sie keine Waffen tragen und sollen möglichst "erfahrene Bürger" (ebd.) sein, die man z.B. unter pensionierten PolizistInnen und Sicherheitsbediensteten fände, so der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU).

Erfahrungen mit freiwilligen Helfern der Polizei gibt es bereits in Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen (vgl. FR 18.11.99; Ronneberger u.a. 1999: 165f). Zur Abwehr von Personen- und Sachschäden dürfen diese teilweise auch Identitäten feststellen und Platzverweise erteilen. Diese staatlich sanktionierten Bürgerwehren lehnen sich an das in den USA entwickelte Modell des '*Community Policing*'<sup>48</sup> an, das versucht, die StadtbewohnerInnen insbesondere in kriminalitätsträchtigen Gebieten aktiv in die Polizeiarbeit einzubinden. In Bayern und Brandenburg sollten sie überdies den unkontrollierten Zusammenschlüssen von Bürgern und Bürgerinnen, die das Recht in die eigenen Hände nehmen, entgegenwirken (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 166f).

Bezogen sich die bisherigen Ausführungen hauptsächlich auf die Stätten des Konsums, dienen die hier genannten hilfspolizeilichen Tätigkeiten auch der Kontrolle von städtischen Wohngebieten. Während in den sogenannten *Gated Communities* in den USA bezahlte Sicherheitsdienste allgemein üblich sind, gibt es diese in europäischen Wohngebieten bislang kaum. Dafür gibt es in Großbritannien beispielsweise die sogenannten '*Neighbourhood-* oder *Community Watch*'-Programme, von AnwohnerInnen privat organisierte Bürgerwehren, die mit Unterstützung der örtlichen Polizei handeln. Eine weitere Form der informellen Einbindung von Bürgern und BürgerInnen in die Kontrolle des städtischen Raums stellt das im folgenden Teil dieses Kapitels beschriebene Konzept der *Crime Prevention through Environmental Design* (CPTED) dar.

## **2.2 Architektur: 'defensible spaces', symbolische und reale Barrieren**

### CPTED / DEFENSIBLE SPACE

Angesichts der realen oder angenommenen Gefahren in den Städten ist Sicherheit bei der Planung und (Um-) Gestaltung öffentlicher Räume heute ein entscheidender Faktor. Eine oft unterschätzte Rolle bei der Kontrolle öffentlicher oder quasi-öffentlicher Räume (also Räume, die eine öffentliche Funktion beinhalten, aber faktisch in privater Hand sind oder aber privat

---

<sup>48</sup> *Community Policing* heißt gemeinschaftsbezogene Polizeiarbeit und bedeutet die Zusammenarbeit zwischen Polizei, BürgerInnen, Vereinen und anderen Initiativen. Dadurch soll gleichzeitig die Akzeptanz der Polizei in der Bevölkerung und das Gemeinschaftsgefühl sowie die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken.

verwaltet werden) spielt das architektonische Design.<sup>49</sup> Hierbei kommt unter anderem ein spezielles 'Sicherheitsdesign' (Zukin 1995: 24), das mitunter subtil auf Kontrolle und Überwachung bzw. Exklusion und Inklusion ausgerichtet ist, zum Tragen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, daß Architektur und Städtebau das Verhalten von Menschen beeinflussen und positive oder negative Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung haben können (s. Newman 1972):

Die Infrastruktur einer Stadt sowie ihre Siedlungs- und Baustrukturen können kriminalitätsermöglichende wie kriminalitätsverhütende Wirkungen haben. Die Frage nach dem Beitrag, den Stadtentwicklungspolitik bei der Prävention von Straftaten leisten kann, liegt also nahe. (Zühlke 1993: 6)

Zwar wurde 1992 auf einer Tagung zum Thema "Mehr Sicherheit in der Stadt" bemängelt, daß der Zusammenhang zwischen Städtebau und Kriminalität bzw. die Zusammenarbeit von Polizei und Stadtplanung innerhalb kriminalpräventiver Räte in Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten sei (vgl. Zühlke 1993), doch legten die verschiedenen Vorträge nahe, daß sich dies ändern sollte (s. ILS 1993). So machte der damalige Polizeipräsident von Dortmund eine Reihe von Anregungen zur städtebaulichen Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit, die erstaunlich genau zum CPTED-Konzept (*Crime Prevention through Environmental Design*) passen (vgl. Schulz 1993: 8f).

Dieses Konzept, das die gestalterischen Maßnahmen in ein größeres Projekt eingliedert, bezeichnet eine von amerikanischen KriminologInnen, ArchitektInnen, StadtplanerInnen und PolizistInnen in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte Strategie, durch eine bestimmte, zielgerichtete Gestaltung städtischer Räume Kriminalität vorzubeugen und das subjektive Sicherheitsempfinden zu stärken.<sup>50</sup> CPTED kann sowohl auf Wohngebiete, als auch auf Parks, Straßen, Büro- und Einkaufskomplexe angewendet werden. Die eingesetzten Mittel reichen von kleinen Veränderungen in der Gestaltung von Räumen bis hin zu '*target-hardening measures*'<sup>51</sup> wie die Errichtung physischer Barrieren oder technologischer Überwachungsmethoden (vgl. Blakely / Snyder 1999: 162). Zu den '*target-hardening measures*' zählen z.B. Sicherheitsschlösser, Sicherheitsglas, Gitter, Zäune, Mauern, Tore, Stacheldraht, Bewegungsmelder, Alarmanlagen, Videoüberwachung und Wachpersonal, die das Eindringen nicht befugter Personen erschweren oder verhindern sollen.

Die Betonung soll jedoch in erster Linie auf einer Beeinflussung des sozialen Verhaltens der Bevölkerung liegen - Architektur soll einen positiven Einfluß auf Menschen ausüben und die

<sup>49</sup> In den USA sollen Sicherheitsmaßnahmen deshalb fester Bestandteil des Lehrplans für Architektur werden (vgl. Village Voice 30.10.98).

<sup>50</sup> Vgl. Blakely/ Snyder (1999: 162ff), What is CPTED? 2000, sowie die Internetseiten des amerikanischen 'National Crime Prevention Council' (NCPC 2000).

<sup>51</sup> '*Target-hardening measure*': Ein militärischer Begriff für die Panzerung von sensiblen Punkten.

informelle soziale Kontrolle stärken. Dies geschieht zunächst, indem die Einsehbarkeit von Räumen gewährleistet wird, beispielsweise durch das Entfernen hoher Büsche und Mauern, das Vermeiden dunkler Ecken, bessere Beleuchtung, die strategische Platzierung von Fenstern und vieles mehr. Durch Grünstreifen, Farben, Schilder, ein bestimmtes Pflaster oder andere Markierungen sollen Grenzen klar erkennbar gemacht werden. Straßensperren, Parkbeschränkungen, eingeschränkte Öffnungszeiten, deutlich gekennzeichnete Ein- und Ausgänge, Kontrollhäuschen, Zäune, Grünanlagen, Kunstobjekte etc. sollen die Bewegungen der Menschen lenken - die Übergänge zwischen symbolischen und manifesten Maßnahmen sind also fließend.

Ein zentraler Punkt ist hier die Schaffung von *'defensible space'* durch eine physische Umwelt, die es den Menschen ermöglicht, einen Raum als ihren eigenen zu beanspruchen, um sich dann, wenn nötig, zu organisieren und den Raum zu 'verteidigen', so Blakely und Snyder. Der Begriff *'defensible space'* wurde vor allem von Oscar Newman (1972) geprägt, dessen Theorie auf drei Vorschlägen beruht: 1. *"territoriality"*: Menschen, die sich mit einem Raum identifizieren, werden ihn eher verteidigen; 2. *"natural surveillance"*: Je einsehbarer ein Raum ist und je mehr BeobachterInnen es gibt, um so eher werden Kriminelle von ihrer Tat abgehalten; und 3. *"image"* bzw. *"maintenance"*: Der jeweilige visuelle Eindruck begünstigt oder vermeidet unerwünschtes oder 'kriminelles Verhalten' (vgl.: Blakely / Snyder 1999: 162). Die CPTED-Strategie ist noch um die Punkte *"access control"* und *"activity support"* erweitert: Ersteres soll den Verkehr (sowohl Autos als auch FußgängerInnen) in die gewünschte Richtung lenken (*"the physical guidance of people coming and going"* (What is CPTED? 2000) und den Zugang beschränken, während letzteres durch 'natürliche Aktivitäten zu angemessenen Zeiten' die allgemeine Wachsamkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollen.<sup>52</sup>

Das ganze Konzept basiert, ähnlich wie die *Broken Windows* Theorie (s. Kap.1.3), auf der Annahme, daß Kriminalität nur dort stattfindet, wo sie unbemerkt bleibt und daß sie sich vorwiegend an vernachlässigten Orten ereignet. Kriminalität soll also indirekt und präventiv begegnet werden: Allgemeine Wachsamkeit und gegenseitige soziale Kontrolle sowie die Bereitschaft, im Notfall auch einzugreifen, sollen dazu führen, möglichen Straftaten vorzubeugen. Wichtig ist die Erkenntnis, daß ein bestimmtes Raumdesign dieses Verhalten begünstigen kann, für sich allein aber nicht ausreicht. CPTED besteht also, anders als der Name nahelegt, aus einer *Kombination* von personellen, architektonischen und auch technologischen Kontrolltechniken. Deshalb spielen jene Maßnahmen, die die Zusammenarbeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nachbarn stärken, auch eine besondere Rolle (vgl. Blakely / Snyder 1999: 164).

---

<sup>52</sup> "Encouraging legitimate activity in public spaces helps discourage crime" (NCPC 2000). "Activity support involves placing natural activities in an area at appropriate times to increase surveillance and enhance access control" (What is CPTED? 2000).

Diese sollen motivieren und der Anonymität innerhalb großer Städte entgegenwirken. Erst dann kann die soziale Kontrolle, die darauf abzielt, die Bewegung auf der Straße zu kontrollieren, greifen – um die Feinde zu erkennen, muß man zunächst einmal wissen, wer die Freunde sind. Nur zusammen mit sozialen Strategien können physische Veränderungen der Umwelt die gewünschten sozialen Mechanismen wie gegenseitige Kontrolle und Verantwortung auslösen, so Blakely und Snyder (ebd.). Dabei wird auf ein nostalgisches und romantisierendes Bild der amerikanischen Kleinstadtidylle zurückgegriffen:

Community-building CPTED tactics are intended to recreate the social order of the neighborhoods and small towns of decades past – neighborhoods where people knew each other and watched out for each other, where there were many eyes on the street and mischievous teenagers and malicious criminals found it hard to escape detection. Locks, fences, and gates remind people of danger and fear; but like the small town or stable city neighborhood of the fondly remembered past, a tightly knit community empowers, reassures, and improves the quality of life as it increases security. (Blakely / Snyder 1999: 166)<sup>53</sup>

Es werden also positive bürgerliche Werte wie Zivilcourage, Verantwortung, Gemeinschaftsgefühl, Solidarität und ein 'gesundes' Maß an sozialer Kontrolle und gegenseitiger Hilfe beschworen, gegen die zunächst wenig einzuwenden ist. Dabei kann jedoch leicht übersehen werden, daß nicht automatisch alle gleichermaßen in den Genuß von Solidarität und Hilfe kommen: Berechtig sind gewissermaßen nur jene, die 'dorthin' gehören, also beispielsweise Teil der Nachbarschaft sind. Fremde (seien sie nun tatsächlich fremd, weil sie nicht dort wohnen, oder einfach weil sie nicht ins Bild passen) hingegen werden argwöhnisch beobachtet, möglichst von vorneherein ferngehalten. Außer Acht gelassen wird auch, daß soziale Kontrolle auch ihre negativen Seiten hat und eine gewisse Anonymität ja gerade einer der Vorteile des Lebens in der Großstadt ist, wo man sich weniger den Konformitätsansprüchen der anderen zu unterwerfen hat.

Selbst durch scheinbar harmlose, die Gemeinschaft fördernde Maßnahmen wird nicht nur definiert, wer zur Gemeinschaft gehört, sondern auch, wer nicht dazu gehört, wer ausgegrenzt wird. Es wird definiert, welches Verhalten als sozial akzeptabel gilt, während Verhalten, das nicht der Norm entspricht, automatisch als kriminell abgestempelt wird ("mischievous teenagers", "malicious criminals"- ebd.: 166). Dabei werden bürgerliche Normalitätsansprüche zu Grunde gelegt, ohne daß diese konkretisiert werden, so daß sie willkürlich angewendet werden können ("legitimate activity", "appropriate times"- ebd.). Bezeichnenderweise bestehen die Gemeinsamkeit stiftenden Maßnahmen<sup>54</sup> neben kollektiven Verschönerungsaktionen vor

<sup>53</sup> Blakely und Snyder (1999) beziehen sich hauptsächlich auf Wohnquartiere bzw. konkret auf *Gated Communities*; dieses Zitat verdeutlicht, wie sehr bei den BewohnerInnen von *Gated Communities* der Wunsch besteht, das angeblich gefährliche und anonyme Großstadtleben gegen das vermeintlich sichere und geborgene Kleinstadtleben von früher einzutauschen.

<sup>54</sup> Die 'gemeinschaftsbildenden Maßnahmen' bedeuten nicht nur einen Zuwachs an (wenigstens vermeintlicher) Sicherheit und Verantwortungsbewußtsein, sondern auch eine Verbesserung der Lebensqualität. Voraussetzung dafür ist ein gewisses Maß an Partizipation, ein Mitspracherecht der AnwohnerInnen, in bezug auf die Gestaltung 'ihres' Stadtteils, so Blakely und Snyder (1999: 164).

allem aus *'block watches'*, *'resident patrols'* und Zusammenarbeit mit der Polizei, also *Law-and-order*-Maßnahmen, die eher an Selbstjustiz, Mißtrauen und Denunziation denken lassen als an nachbarschaftliche Kontaktpflege. Die exklusive Intention von CPTED ist um so gravierender, wenn es sich um innerstädtische Räume handelt, die nicht primär dem Wohnen dienen:

In contrast with earlier ideas of defensible space, such as those derived from Jane Jacobs's 'eyes on the street', which associated safety with residence, CPTED is oriented towards 'users' of a space, particularly customers. So CPTED differentiates 'the values of various users' in determining whether they should be given access to the space or excluded. (Christopherson 1997: 420f)

Eine solche Praxis ist, wenn es um öffentlichen Raum geht, höchst fragwürdig, soll dieser Raum doch prinzipiell allen offen stehen, nicht nur KundInnen, AnwohnerInnen oder sonstwie als dazugehörig Definierten. Zumal es nicht weiter erstaunlich ist, wenn bei diesen Formen der sozialen Kontrolle auf stereotype und rassistische Zuschreibungen zurückgegriffen wird, denn die Kriterien, nach denen entschieden wird, ob eine bestimmte Person bzw. Verhalten als verdächtig zu beurteilen sind oder nicht, leiten sich notwendigerweise von gesellschaftlichen Normen und Vorurteilen ab.

Blakely und Snyder (1999: 163) weisen darauf hin, daß *'target-hardening'* Ansätze allein (eine Situation, die man häufig in den suburbanen *Gated Communities* findet) nicht automatisch Solidarität bewirken, sondern auch kontraproduktiv sein können, wenn dadurch nicht die eigene Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft in den Mittelpunkt gerückt, sondern an technische Sicherheitsmaßnahmen oder bezahlte Sicherheitsdienste delegiert wird. Außerdem widersprechen sich viele dieser Maßnahmen gegenseitig: so versperren Mauern oder Zäune die Sicht auf die Straße, und das Sperren von Straßen für den Durchgangsverkehr, um Fremde fernzuhalten, den Raum überschaubarer zu machen und die Unfallgefahr zu verringern, führt dazu, daß diese Straßen leer und verlassen wirken und so ein neues Bedrohungspotential bilden. Andererseits mögen Fenster zwar das *'Herumlungern'* unerwünschter Personen verhindern, bieten aber gleichzeitig neue Anreize für Einbrüche. Außerdem sind *'target-hardening'* Maßnahmen kostspielig, gleichwohl bleiben sie zentraler Bestandteil der CPTED-Richtlinien:

Bars on windows and doors, alarm systems, cameras, gates, and other techniques were employed to protect people and property [...]. These measures still have a legitimate, even vital, role. (NCPC 2000)

Gleichzeitig macht die Rhetorik mit den aus der Militärsprache entliehenen Begriffen wie *'territoriality'*, *'defensible space'*, *'target-hardening measures'* und *'resident patrols'* deutlich, daß es hier um mehr geht als um einfache Maßnahmen, die das Leben für alle Beteiligten sicherer und angenehmer machen. Es geht darum, bestimmte Territorien abzustecken und rigeros zu verteidigen. Hierbei von einer (wenngleich unter Umständen subtilen) Militarisierung des städtischen Raums zu sprechen, scheint mir legitim.

### PACIFICATION BY CAPPUCCINO

Die städtische Sicherheitsmobilisierung (vor allem im nicht-privaten / privatisierten Bereich) beruht aber weniger auf *target hardening measures*, als auf dem *maintenance / image* Ansatz. Getreu dem Motto 'Unser Dorf soll schöner werden' hofft man, durch städtische Umstrukturierungsmaßnahmen die Lebensqualität der Städte zu steigern und gleichzeitig die Sicherheit zu erhöhen. Wenn zerbrochene Fensterscheiben und Unordnung zu mehr Kriminalität und Verwahrlosung führen, gilt umgekehrt, daß Ordnung und 'ansprechende' Gestaltung das Gegenteil bewirken - helle, freundliche und saubere Räume werden von den unerwünschten Personenkreisen gemieden, so die These. Außerdem mache nichts einen Ort so sicher wie die Anwesenheit vieler Leute, so William Whyte. Sein Ratschlag für die Gestaltung öffentlicher Plätze lautet deshalb: "The best way to handle the problem of undesirables is to make a place attractive to everyone else. The record is overwhelmingly positive on this score" (Whyte 1988: 158).

Anstatt Plätze durch ein defensives Design (hohe Mauern, wenig Sitzgelegenheiten usw.) möglichst unattraktiv zu gestalten, in der Hoffnung dadurch unerwünschte BesucherInnen fernzuhalten, sollte das Gegenteil geschehen: Durch eine ansprechende Gestaltung sollen vor allem 'normale' Leute wieder an diese Orte gelockt werden. Whyte warnt deshalb explizit vor einem aggressiven und abweisenden Design:

Walls are put up in the mistaken notion that they will make a space feel safer. They make it feel isolated and gloomy. (Whyte 1988: 128)

Places designed in distrust get what was anticipated and it is in them, ironically, that you will most likely find a wino. You will find winos elsewhere, but it is the empty places they prefer. It is in them that they look conspicuous - almost as if the design had been contrived to make them so. (Whyte 1988: 158)

Diese von Whyte empfohlene 'Verschönerungstaktik' wurde bei der Umgestaltung zahlreicher Parks in New York City angewendet, so beispielsweise Bryant Park in Manhattan, der von der BRYANT PARK RESTORATION CORPORATION als 'Prototyp des urbanen öffentlichen Raums' (Zukin 1995: 28) gestaltet wurde. Dazu wurde der Park zunächst wieder auf eine Ebene mit der Straße gebracht, die Höhe der Mauern verringert, dichte Büsche entfernt und neue Ein- und Ausgänge angelegt, um so den Park wieder für PassantInnen zu öffnen.<sup>55</sup> Um das eigentliche Zielpublikum, Angestellte der umliegenden Büros, vermehrt anzuziehen, wurden nicht nur eine regelmäßige Polizeistreife und ein privater Sicherheitsdienst eingerichtet, sondern auch ein kulturelles Unterhaltungsprogramm und ein kleines viktorianisches Café - weshalb Zukin (ebd.)

<sup>55</sup>Bryant Park im Herzen Manhattans, an der Fifth Avenue und 42<sup>nd</sup> Street. Der Park war 1934 gemäß der Olmstedtschen Vision so gestaltet worden, daß der Park als ländliche Idylle und Ort der Erholung bewußt vom Trubel der umliegenden Stadt isoliert wurde. Er war etwas erhöht angelegt, hatte wenige Eingänge und war von einem hohen Zaun und dichten Büschen umgeben. Seit 1975 steht der Park unter Denkmalschutz. Ende der 70er Jahre war der Park so zu einem geschützten Drogenumschlagplatz geworden, der von anderen gemieden wurde, so Zukin. Heute steht der Park unter der Obhut der BRYANT PARK RESTORATION CORPORATION, ein BID (vgl. Zukin 1995: 29f).

die Methode auch als "*pacification by cappuccino*" (ebd.) bezeichnet (vgl. Zukin 1995: 29ff; Whyte 1988: 156ff).

Die Umstrukturierungsmaßnahmen waren erfolgreich. Vor allem während der Mittagspause ist der Park heute von den erwünschten Angestellten bevölkert. Diese Befriedungsstrategie hat den Park tatsächlich zu einem neuen Ort der Erholung werden lassen und auch für Frauen wieder zugänglich gemacht. Doch das Ergebnis ist nicht ohne Ambivalenz. Unter den neuen NutzerInnen befindet sich nur eine bestimmte Klientel: es sind hauptsächlich gutgekleidete, berufstätige Weiße, die der Mittelschicht angehören – Schwarze oder Angehörige anderer Minderheiten, Arbeitslose oder Kinder befinden sich kaum darunter:

The cultural strategies that have been chosen to revitalize Bryant Park carry with them the implication of controlling diversity while re-creating a consumable vision of civility. (Zukin 1995: 31)

Bryant Park wurde zumindest teilweise im Interesse der Geschäftsleute aus der Umgebung restrukturiert und ist damit ein 'aggressives Beispiel für Privatisierung' (Zukin 1995: 29), wie sie repräsentativ für die Umstrukturierung öffentlicher Plätze in New York ist. Die eingesetzten Mittel können als *low-tech*-Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit bezeichnet werden, die nichtsdestotrotz sehr effektiv sind, wie das Ergebnis zeigt. Gerade weil dieser liberale Ansatz nicht offen auf Ausschluß setzt, ist es schwierig, ihn zu kritisieren. Deshalb ist diese Form der unauffälligen Einbeziehung von Sicherheitsaspekten in die Gestaltung öffentlicher Räume auch typischer für aktuelle Entwicklungen im urbanen Raum als die offene Militarisierung, die Davis (1994) beschreibt, obwohl die dahinter stehende Ideologie vergleichbar ist:

While Los Angeles may represent an extreme, high-tech example, [...] the design of Bryant Park gives evidence of a relatively low-tech but equally suggestive concern for public order. Indeed, Bryant Park may be a more typical public space than downtown Los Angeles because it has been "secured" within a democratic discourse of aestheticizing both cities and fear. (Zukin 1995: 39)

### PLAZAS UND PASSAGEN

Im allgemeinen sind *Business Improvement Districts* (BIDs) für die Veränderungen im Verständnis von privatem und öffentlichem Raum so bedeutsam, gerade *weil* sie nicht gänzlich privat sind, sondern auch auf öffentliche Leistungen und Infrastruktur zurückgreifen und in den urbanen Kontext eingebunden sind. Ein noch stärkeres Maß an Privatisierung stellen die sogenannten *Plazas* in den USA dar, privat finanzierte öffentliche Plätze, Passagen oder Einkaufszentren.<sup>56</sup> Diese von StadtplanerInnen als öffentlicher Raum gedachten Plätze sind nur auf dem Papier der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich - *de facto* können sie nicht von allen

<sup>56</sup> Angesichts der sich verdichtenden Bebauung fördert die Stadt New York seit 1961 durch Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen für private UnternehmerInnen diese 'öffentlichen' Plätze, die meistens im Eingangsbereich von Hochhäusern liegen (vgl. Wagner 1993: 286).

Bevölkerungssegmenten auf gleiche Weise genutzt werden, so der kritische Schluß Loukaitou-Sideris (1990; 1993), die Gestaltung und Nutzung von Plazas in L.A. empirisch untersucht hat. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kam auch Monica Wagner (1993), die Plazas in New York erforschte.

Da es sich vom Standpunkt der UnternehmerInnen (*Developer*) bei diesen Bauvorhaben primär um Prestigeobjekte<sup>57</sup> bzw. im Falle der *Shopping Plazas* um kommerzielle Interessen handelt, ergibt es sich von selbst, daß nicht das Wohl der Allgemeinheit im Vordergrund steht, sondern ein bestimmtes Zielpublikum angesprochen werden soll. Plazas greifen die Erfolgsgeschichte der amerikanischen *Mall* oder des *Shopping Center* auf und benutzen ähnliche designerische Elemente. Zwar soll die Architektur vor allem Distinktion zum Ausdruck bringen, jedoch verbinden gewisse gemeinsame architektonische Aspekte praktisch alle Plazas:

The design characteristics commonly present in urban plazas built under private auspices are introversion, fragmentation, escapism, orderliness, and design rigidity. These are congruent with private objectives for control, protection, social filtering, image generation, elimination of external distractions, and manipulation of user behavior. (Loukaitou-Sideris 1990: 50)

Im Unterschied zur, bei der Neugestaltung von Bryant Park erzielten, Einbindung in die Umgebung sind die Plazas im allgemeinen nach innen orientiert und bewußt als Kontrast zur Umgebung konzipiert, als helle, saubere und freundliche 'Oase' innerhalb der als grau, unsicher und unattraktiv wahrgenommenen Stadt. Wie bei städtischen Rekonstruktionsvorhaben allgemein wird vielfach auch hier versucht, durch historisierende Elemente ein Idealbild des europäischen öffentlichen Raums der Vergangenheit zu rekonstruieren, der sowohl für eine bürgerliche Öffentlichkeit als auch für eine (relative) Sicherheit steht (schon der Begriff *Plaza* verweist ja auf die Plätze des mittelalterlichen Europas). Hierbei, auch darauf weist Loukaitou-Sideris (1993: 153) hin, wird wiederum auf eine romantisiertere und idealisierte Vergangenheit zurückgegriffen, die es so nie gegeben hat.

In den Plazas soll eine bestimmte Wohlfühl-Atmosphäre erzeugt werden, die KundInnen anzieht: Einkaufen soll unterhaltsam und frei von den Störungen des öffentlichen Raums der modernen Innenstadt sein, also frei von Lärm, Schmutz, Gewalt und allem 'Häßlichen'. Dazu ist ein hohes Maß an Kontrolle notwendig, denn nichts soll dem Zufall überlassen werden. Neben 'harten' Kontrolltechniken wie Sicherheitsdiensten, Verhaltensvorschriften und Nutzungsanordnungen spielen in diesen privatisierten Räumen 'weiche' Kontrollmechanismen eine entscheidende Rolle:

Control is the operating principle in privatized spaces. [...] "Inducive" control focuses on symbolic restrictions through the lack of facilities that could appeal to certain people or encourage functions deemed undesirable (public restrooms, food vendors, sandboxes, etc.) and through the utilization of design cues that seek to achieve a "subtle closure" and a screening of the undesired elements. (Loukaitou-Sideris 1990: 49)

<sup>57</sup> Dies gilt insbesondere für die *Corporate Plazas*.

Auch die Plazas benutzen CPTED-Elemente, um den Zugang auf bestimmte BesucherInnen zu beschränken und sie zu schützen. Anders als in Wohngebieten geht es hier nicht um AnwohnerInnen, sondern um KundInnen, die geschützt und kontrolliert werden sollen. Dazu werden potentielle BesucherInnen gemäß ihrem Nutzen (für das Geschäft) bewertet und sortiert. Der Strom der BesucherInnen wird so gelenkt, daß sie an der größtmöglichen Zahl von Geschäften vorbeigehen. Gefördert wird Passivität statt spontaner Aktivität. Sitzgelegenheiten sind deshalb oft nur im Zusammenhang mit Cafes oder Restaurants vorhanden und somit zwangsläufig an Konsum und finanzielle Ausgaben gebunden. Ebenfalls eine Form von Zugangskontrolle stellt der Zugang über Parkstrukturen dar. Die Außenwände bestehen oft aus undurchdringlichen Schaufensterfronten oder gar kahlen Mauern, die keinen Bezug zwischen Innen und Außen bzw. Plaza und Straße zulassen - auch dies ist Teil der Abkapselungsstrategie (vgl. dazu auch Whyte 1988: 193-228).

Monica Wagner<sup>58</sup> erläutert ebenfalls, wie in Plazas (den "Vorgärten zu den Hochburgen des Kapitals" -Wagner 1993: 298) mit einer symbolischen Zeichensprache der Zutritt der Öffentlichkeit reglementiert wird und somit öffentliche zu pseudo-öffentlichen Räumen werden. Dabei hat sie sich mit dem Einsatz von natürlichen und künstlerischen Elementen beschäftigt. Natürliche Materialien wie Marmor und Granit symbolisieren Kostbarkeit, Beständigkeit und Macht. Wasser, vor allem in Form von künstlichen Wasserfällen, steht für Reinheit. Palmenhaine oder ähnliche immergrüne Bepflanzungen symbolisieren Exotik und Luxus. Um dem Bedürfnis nach Sauberkeit und damit Ordnung zu entsprechen, ist beim Einsatz von Natur-Elementen jedoch einiges zu beachten: Wasser muß durch chemische Zusätze frei von Algen gehalten werden, Pflanzen sollten möglichst immergrün sein, damit kein Laub anfällt und sind nahtlos in den Fußboden einzufügen, da Erde zu schnell mit Dreck assoziiert werden könnte - am besten eignen sich ohnehin Plastikbäume, allerdings müssen sie überzeugend sein, da sie sonst billig wirken. Innerhalb der Stadt wird Natur zum museumsreifen Ausstellungsstück und Luxusgut, daß sich nur wenige leisten können. Moderne Kunst, die für viele unverständlich ist, wird ebenfalls eingesetzt, denn sie gilt als elitär. Auch beim Einsatz von Kunst im öffentlichen Raum ist aber darauf zu achten, daß 'Irritationskraft' und 'Konfliktpotential' überschaubar bleiben.<sup>59</sup>

---

<sup>58</sup> Wagner erarbeitet das Verhältnis zwischen Kunst und Natur in den eingeschränkt öffentlichen Räumen der Plazas von Manhattan. Vergleichbar mit der strengen Anordnung der Gärten des französischen Absolutismus und der englischen Landschaftsgärten der Aufklärung, versteht sie die Plazas als zeitgenössisches "Pendant gegenwärtiger Herrschaftsformen" (Wagner 1993: 286).

<sup>59</sup> Graffiti sind selbstverständlich unerwünscht (es sei denn, es handelt sich um konservierte Teile der Berliner Mauer), aber selbst bei sogenannten Museumskunst ist Vorsicht geboten. So mußte die Skulptur 'Tilted Arc' von Richard Serra 1989 wieder von der Federal Plaza in Manhattan entfernt werden, da die rostige Wand zum unüberschaubaren Symbol für Verwahrlosung wurde und zahlreiche Proteste hervorrief: "Als Indiz der Verrottung bleibt der Rost einer Serra-Skulptur in der sterilen Umgebung eines Museums isoliert und damit kontrollierbar; im öffentlichen Raum dagegen wird er rasch zur Bedrohung" (Wagner 1993: 296).

So wird die Identifikation der 'richtigen' Personen und Ausschluß der 'falschen' ermöglicht. Durch Veredelung wird der öffentliche Raum nach sozialen Kriterien aufgeteilt und der städtische Raum so als der "einer begrenzten Öffentlichkeit" (ebd.: 295) charakterisiert. In Plazas finden also zwei unterschiedliche Formen der 'sanften' *low-tech*-Kontrolle statt. Die Sortierung der NutzerInnen läuft zum einen über die Bereitstellung einer bestimmten Infrastruktur bzw. deren Enthaltung (kostenlose Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, rollstuhlgerechte Zugänge, Sandkästen, etc.) und zum anderen über kulturelle Symbole, mit denen sich nur ein Teil der Bevölkerung identifizieren kann und die andere bewußt oder unbewußt meiden.

Beide Autorinnen kritisieren diese Form eines exklusiven und kommerzialisierten öffentlichen Raums. In keinem der von Loukaitou-Sideris untersuchten halböffentlichen Räume gab es Obdachlose (Loukaitou-Sideris 1993: 154), die Vielfalt der dort ausgeübten Tätigkeiten war sehr viel eingeschränkter als in vergleichbaren Räumen unter öffentlicher Obhut (ebd.: 155). Loukaitou-Sideris schreibt den ArchitektInnen hierbei einen Teil der Verantwortung zu; zwar seien diese nicht für allgemeine Privatisierungs- und Umstrukturierungstendenzen verantwortlich, jedoch hätten sie die Erkenntnis, daß Architektur nicht alle urbanen Probleme lösen kann, dazu mißbraucht, sich jeder sozialen Verantwortung zu entziehen ("The social role of the profession has been conveniently forgotten, in light of generous commissions by developers." - ebd. 1990: 50).

Auch in Deutschland sind (Einkaufs-) Passagen inzwischen zu einem integralen und zentralen Bestandteil städtischer Umstrukturierungsprojekte geworden: Bartetzko bemerkt ebenfalls kritisch den "sozialhygienischen Aspekt der neuen Passagenlust" (Bartetzko 1994: 1357) in der Bundesrepublik, "die aktuelle Neigung zu ausgrenzenden Binnenräumen" (ebd.: 1359), in die sich immer mehr das verlagert, "was als urbanes Leben gilt" (ebd.: 1355). Die postmodernen Passagen und Malls sind zunehmend autarke "real gewordene Wunschbilder eines neuen 'irdischen (Großstadt)Paradieses'" (ebd.: 1359), so Bartetzko, die die Außenwelt täuschend ähnlich nachahmen und dabei die "hermetischen Grenzen zur Außenwelt mittels transparenter Glaswände dementieren" (ebd.). Sie vollenden, was schon die historischen Passagen des 19. Jahrhunderts "partiell anstrebten - Schutzzonen einer von allen Widrigkeiten bereinigten Wunschwelt zu sein, worin die alamierte und schonungsbedürftige Seele derer, die sich die Teilhabe leisten können, Erholung findet" (ebd.):

Getrieben von überwiegend fiktiven Ängsten, rettet sich der privilegierte Teil der Stadtbewohner in die goldenen Käfige der Passagen und Malls. (Bartetzko 1994: 1359)

Während also einerseits Millionen von Steuergeldern dazu benutzt werden, um die Stadtlandschaft durch Straßenmöblierung, Parks und Kunst im öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten, wird auf der anderen Seite weiterhin alles dafür getan, die Straßen, Parks und Plätze so abweisend wie möglich für Arme, Obdachlose, Junkies oder Alkoholabhängige zu machen (vgl. Davis 1994: 269ff) - und damit natürlich auch für alle anderen. Um die Menschen davon abzuhalten, den öffentlichen Raum als 'Wohn- und Lebensraum' zu nutzen (dies wird als unrechtmäßige Zweckentfremdung betrachtet), lassen sich die Verantwortlichen einiges einfallen, um Menschen davon abzuhalten, sich für längere Zeit an einem öffentlichen Ort aufzuhalten: abgerundete Busbänke oder 'Sitzstangen', auf denen man kaum sitzen, geschweige denn schlafen kann, einzelne Sitzschalen statt durchgehender Bänke, Bänke, die zu kurz sind, um darauf zu schlafen, Mäuerchen, die mit Zacken oder Stacheldraht versehen oder gleich ganz eingezäunt werden (wie am Hamburger Hauptbahnhof geschehen) oder auch Rasensprenger, die zu unvorhersehbaren Zeiten anspringen und somit Parks und inzwischen auch Schaufensterfronten in L.A. 'unbewohnbar' machen. Eine weitere Maßnahme ist z.B. die systematische Abschaffung öffentlicher Toiletten, so daß Obdachlose noch nicht einmal Zugang zu sauberem Wasser zum Waschen und Trinken haben (vgl. ebd.). Dies gilt insbesondere für die ärmeren Stadtviertel, in denen öffentliche Plätze ohnehin unterproportional vertreten sind (vgl. Loukaitou-Sideris 1993: 158).

Auch in Bremen sind solche Strategien sichtbar: Die zahllosen Eisengitter vor Hauseingängen im Ostertor-/ Steintor-Viertel, der für die Öffentlichkeit gesperrte (vom Verein 'Stadtspark Ostertor' im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung gegründete und verwaltete) Park zwischen Körnerwall und Weberstraße, das wieder abgebaute Wartehäuschen der Straßenbahnhaltestelle 'Vor dem Steintor' sind nur einige der vielen sichtbaren Zeichen dieser Vertreibungspolitik (hier gegen Junkies). Öffentliche Toiletten gibt es kaum und wenn, dann sind sie nur gegen ein Entgelt von DM 1,- zu benutzen. Die halböffentlichen Toiletten in Cafes oder Restaurants sind nur für KundInnen (oder jene, die so aussehen) zugänglich, da man sich zur Benutzung oft erst einen Schlüssel oder einen Chip an der Theke abholen muß.<sup>60</sup>

Während die Straßen für die ohnehin unterprivilegierten Menschen immer abweisender werden, schützen amerikanische Restaurants und Feinkostläden ihre Lebensmittelabfälle durch kostenaufwendige Gitter und stacheldrahtbewehrte Zäune vor den Hungrigen.<sup>61</sup> Methoden dieser Art bezeichnet Davis auch als *low-intensity warfare* (Davis 1994: 270) gegen die Armen, sie sollen die Nutzung des öffentlichen Raums zu Überlebenszwecken gewaltsam unterbinden. Stattdessen werden Menschen ohne festen Wohnsitz in L.A. in einem bestimmten, klar

<sup>60</sup> So z.B. bei 'McDonalds' am Bahnhof oder im Cafe 'Piano' an der Straße Vor dem Steintor in Bremen.

<sup>61</sup> Zwar werden Lebensmittelüberreste durch gemeinnützige Vereine wie die z.B. 'Bremer Tafel' täglich tonnenweise an Jugendhäuser, Obdachlosenunterkünfte, AsylantInnenheime und auch bedürftige Einzelpersonen verteilt, sowohl in Deutschland als auch den USA. Kontrolle ist aber auch hier angesagt, die Abgabe muß kontrolliert geschehen.

umgrenzten Gebiet 'interniert' - im offiziellen Sprachgebrauch wird diese Taktik als "*containment*" (ebd.) bezeichnet.<sup>62</sup> Die Camps, in denen sich Obdachlose z.B. in New York selbst organisiert niederlassen, werden hingegen regelmäßig von der Polizei geräumt (s. Smith 1996).

Je feindseliger die Straßen werden, um so mehr besteht das Bedürfnis, einen sicheren Ersatz zu schaffen. In den USA wurden die ebenerdigen, öffentlichen Straßen deshalb zunehmend durch überirdische oder unterirdische Verbindungswege (*skyways* bzw. *tunnels*) ersetzt, die ganze Häuserblöcke untereinander verbinden (vgl. Whyte 1988: 193ff; Boddy 1996; Kap. 4.1). Diese schützen die Menschen nicht nur vor Schnee, Regen, Hitze und Straßenverkehr, sondern stellen auch eine Aufteilung der Stadt in verschiedene (räumliche wie soziale) Ebenen dar. Im Zusammenhang mit größeren Strukturen gesehen, kann das Ergebnis eine zweigeteilte Stadt sein, so Whyte: "Second-level systems can split a city: upper level for the middle class, street level for blacks and people who have to use busses"<sup>63</sup> (Whyte 1988: 314).

Auch in der Umstrukturierung der Innenstadt von L.A. sieht Davis ein weiteres Beispiel für "die Archismiotik des Klassenkrieges" (Davis 1994: 268). Im Zuge der *Downtown*-Sanierung wurde das Finanzzentrum vom ehemaligen Zentrum ein Stück nach Westen verschoben; die notwendige freie Fläche war vor allem durch den Abriß des ärmeren Wohnviertels Bunker Hill entstanden (vgl. Kap. 1.2). Schon für Haussmanns breite Boulevards wurden im 19. Jahrhundert in Paris ganze Armenviertel abgerissen und die BewohnerInnen an den Stadtrand verdrängt (vgl. Kasinitz 1995a: 14f).

#### DEFENSIVE ARCHITEKTUR

Die "neomilitaristische Syntax der Gegenwartsarchitektur" deutet "unterschwellig Gewalt an" (Davis 1994: 262) und beschwört damit zugleich eingebildete (und reale) Gefahren, so Davis. Eine defensive Architektur wird wohl am häufigsten bzw. eindeutigsten von Firmengebäuden und von staatlichen Einrichtungen wie Militäranlagen, Gefängnissen, Gerichten und Polizeiwachen genutzt, die Macht und Autorität ausstrahlen wollen. Macht und Angst bedingen sich gegenseitig. So schreibt Whyte über das FBI-Hauptquartier in Washington: "You feel guilty just looking at it." (Whyte 1988: 226). Gebäude, die ein aggressives Sicherheitsdesign nutzen, um damit Unverwundbarkeit auszudrücken, vermitteln zugleich den Eindruck, sich selbst in einem Belagerungszustand zu sehen und tragen damit zur wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung bei. Sie schüchtern aber nicht nur ein, sondern provozieren auch.

<sup>62</sup> Diese Strategie führte dazu, daß sich in diesen hundert Blocks in Skid Row/Central City East in L.A. ein Großteil der Gewalt konzentriert und viele Obdachlose alles daran setzen, diese Gegend zumindest nachts zu verlassen, so Davis (1994: 270).

<sup>63</sup> Allerdings sieht Whyte dies wie so oft optimistisch - die letzten NutzerInnen des Straßenraums befänden sich nämlich genau dort, 'wo das Leben spielt'.

Whyte weist darauf hin, daß viele Firmen ihr aggressives Design auch dann noch beibehalten, wenn sie die Stadt verlassen haben ('the corporate exodus') und in die Dienstleistungsparks der Vororte gezogen sind; ihr abweisendes Äußeres widerspricht dabei fundamental dem Anliegen der Firmen, Kunden anzuziehen:

Many of the new structures are curiously defensive in design, as if the problem were too many outsiders trying to get in rather than too few. [...] No bag ladies, no winos, no oddballs assault their landscaped ramparts, yet the companies seem every bit as obsessed with the threat of them as they were back in the city. [...] The companies say they want people to come. Their buildings say no. (Whyte 1988: 294)

Ähnlich wie die Plazas grenzen sich sogenannte *Megastructures*<sup>64</sup> in den USA bewußt von der Umwelt ab, in dem Bestreben einen geschlossener Kreislauf zu bilden, der 'vertrauensbildend' wirkt: Angestellte oder Kunden können so direkt vom eigenen Auto zum Büro zum Einkaufen und wieder zurück gelangen, ohne auch nur eine Sekunde mit der Straße in Berührung zu geraten. Dazu werden Parkhäuser so angenehm wie möglich gestaltet und mit Grünpflanzen und Gallerien geschmückt sowie mit Einkaufsgelegenheiten bestückt (vgl. Davis 1994: 272ff).

Whyte beschreibt die Funktionsweise dieser komplexen, in sich geschlossenen Systeme am Beispiel des *Houston Centers* in Houston, Texas, folgendermaßen:

Megastructures are for people who have cars. Essentially, they are an extension of the freeway culture, and while they provide access to downtown, they also provide an almost closed circuit insulated from it. At Houston Center you can drive your car in from the freeway to the center's parking garage, walk through a skyway to one tower and thence to another, work, shop, lunch, work some more, and then head back to the garage and the freeway without ever having to set foot in Houston at all.

And why should one? Save for vehicular portals the street façade below is solid blank wall. [...] The resemblance to fortresses is not accidental. It is the philosophic base. [...] These complexes abound with guards and elaborate electronic warning systems. Ports of entry from the outside are few in number and their design is manifestly defensive. (Whyte 1988: 206f)

Die 'Festungsmentalität' fällt auch bei dieser Beschreibung ins Auge, die Trennung von Straße und sicherem Innenraum läßt sich nur durch physische Sicherheitsmaßnahmen gewährleisten. Eine Erweiterung solcher als Einheit konzipierten Großkomplexe stellen die Tunnels und *Skyways* (über- und unterirdischen FußgängerInnenverbindungen) dar, die sich in den 60er Jahren in nordamerikanischen Städten wie Houston, Dallas, Minneapolis, Montreal und Calgary durchsetzten.<sup>65</sup> Die Angst vor dem öffentlichen Raum der Straße wird von der Architektur

<sup>64</sup> Lokaitou-Sideris erläutert die Entstehung dieser Megakomplexe folgendermaßen: "The urban form and character of the American city has changed dramatically after the 1960s. Urban renewal schemes fueled by public and private capital, have left significant imprints, especially in downtown commercial districts. Whole city blocks, once occupied by a multitude of different shops and small buildings, gave way to corporate megastructures. Diverse and animated streetlife was replaced by inward oriented buildings with blank facades and segregated land uses." (Lokaitou-Sideris 1990: 49)

<sup>65</sup> Die Tunnels oder *Skyways* wurden zwar erst in den 60er Jahren üblich, blicken aber auf eine lange Geschichte zurück: 1565 ließen die Medici in Florenz einen fast einen Kilometer langen privaten Verbindungsweg aus Passagen und Brücken zwischen dem *Palazzo Vecchio* und dem *Palazzo Pitti* bauen (der *corridoio vasariano*), der ursprünglich als Fluchtweg gedacht war, aber bald von verschiedenen Adelsfamilien als bequeme Möglichkeit genutzt wurde, um das 'Erlebnis Stadt' vom Fenster aus zu genießen, ohne mit dem Schmutz, den Geräuschen und den Menschen der eigentlichen Straßen in Kontakt zu kommen (vgl. Boddy 1996: 127f). Erst in der Architektur der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts bekam die Trennung von FußgängerInnen und Straße einen wesentlichen Stellenwert (insbesondere bei Le Corbusier). Diese wurde beim Wiederaufbau der europäischen Städte nach dem zweiten Weltkrieg zum Teil umgesetzt, allerdings nie in dem vollständigen und systematischen Zusammenhang, der den Vorstellungen des *Congrès Internationale d'Architecture Moderne* (CIAM) entsprochen

wiedergegeben, so Boddy: "With the new urban skyways and tunnels, fear has been rendered architectural" (Boddy 1996: 139).

Als ein weiteres Beispiel für die offene Zurschaustellung aggressiver Festungsmentalität kann man die 1984 von Frank Gehry entworfene FRANCES HOWARD GOLDWYN REGIONAL BRANCH LIBRARY in Hollywood betrachten:<sup>66</sup> Hohe Sicherheitsmauern aus verputztem Beton und ein gigantisches Stahltor schützen diese öffentliche Bibliothek nach außen, der versenkte Eingangsbereich, geflieste 'Graffiti-Wehre' und 'gefährlich weit oben angebrachten stilisierte Schilderhäuser' strahlen ein aggressives 'Macho-Gehabe' aus - tatsächlich ist die Bibliothek von einem Hochsicherheitsentwurf Gehrys für die US-Botschaft von Damaskus (1980) beeinflusst (vgl. Davis 1994: 277).

Die "bedrohlichste Bücherei, die je gebaut wurde" (ebd.) hat keine Fenster auf Straßenhöhe, die auf die Funktion des Gebäudes hindeuten oder zum Besuch einladen würden; keine Bänke oder Stufen, auf denen man sich ausruhen und unterhalten könnte. Somit verändert sich die traditionelle Bedeutung dessen, was ein öffentliches Gebäude sein sollte, nämlich ein Ort der Interaktion und Kommunikation. Stattdessen ist die Bibliothek 'vandalensicher' und spiegelt gleichzeitig den engen Zusammenhang zwischen Immobilienwert und Sicherheit wider (vgl. Christopherson 1994: 420). Auch DalCo, Forster und Arnold assoziieren den Bau mit einer militärischen Anlage, jedoch betonen sie den Kontrast zwischen Innen und Außen:

In einer städtebaulich vollkommen gesichtslosen Umgebung [...] entwarf Frank Gehry eine kleine Bibliothek, die sich zur Straße hin monumental präsentiert, im Inneren jedoch ganz überraschende Blickbezüge zum Himmel und den umliegenden Hügeln entwickelt. Der Bibliotheksbau ähnelt beinahe einer Oase. [...] zugleich entsteht aber auch das Erscheinungsbild einer aberiegelten militärischen Anlage. (DalCo u.a 1998: 256)

Da der alte Bau der Bücherei einer Brandstiftung zum Opfer fiel, waren die AuftraggeberInnen (die Samuel-Goldwyn-Stiftung und die Stadt Los Angeles) sehr auf Sicherheit bedacht. Anstatt aber, wie sonst üblich, das *High-Tech*-Sicherheitssystem dezent zu integrieren, stellte Gehry die Sicherheitfunktionen als Motiv in den Vordergrund (Davis 1994: 277). Die Goldwyn Library stellt für Davis jedoch keine radikale oder kritische Position dar (im Sinne einer Architektur des *Dirty Realism* nach Liane Lefaivre (1990)), sondern gerät zu einer 'neokonservativen Bestätigung der städtischen Verhältnisse', da sie nicht nur zur symbolischen, sondern auch zur realen Festung wird und so die Gentrifizierungs- und Sicherheitsstrategien einerseits und die Resignation der AnwohnerInnen andererseits unterstützt. Davis sieht in Gehrys

---

hätte. In den 60er Jahren begann in den USA ein Boom von über- und unterirdischen FußgängerInnenverbindungen, der bis heute anhält (vgl. Boddy 1996: 132-134; vgl. auch: Ingersoll 1990).

Die mehrstöckige Stadt wurde allerdings nie durchgängig verwirklicht, sondern ist eine vor allem fiktive Vision geblieben, z.B. in den Filmen "Metropolis" von Fritz Lang, "Things to Come" von Vincent Korda, oder in "Das fünfte Element" von Luc Besson.

<sup>66</sup> Frank O. Gehry, amerikanischer Architekt kanadischer Herkunft, geboren 1929 (zum Gesamtwerk siehe z.B. DalCo/ Forster/ Arnold 1998). Zur 'Goldwyn Library' s. ebd (256f), sowie Davis (1994: 275-178) oder Christopherson (1994: 420).

architektonischem Design ein Beispiel für den makabren Zynismus eines elitären Architekten angesichts der trostlosen Realität der Stadt, das in 'deprimierender Eindeutigkeit' die 'Repressions-, Überwachungs- und Ausschlußverhältnisse' offenlegt, nach denen Los Angeles umstrukturiert wird (vgl. Davis 1994: 277).

Auch andere Entwürfe Gehrys spiegeln die 'offene Aggressivität im Namen der Sicherheit' (Zukin 1993: 237) bzw. die Festungsmentalität 'stummer Kästen mit Tarnmauern' (Davis 1994: 276) wieder.<sup>67</sup> In allen Fällen bildet sich eine Antithese zwischen einem gegen eine feindliche Umgebung (ein reizloses Viertel, die Wüste, eine Autobahn...) befestigtes Äußeres und einem üppigen und vielversprechenden Inneren, und die Bauten können somit auch als Metaphern "für den Rückzug von der Straße und die Wendung des Raumes nach innen" (ebd.) interpretiert werden.

Für DalCo, Forster und Arnold ist die Architektur Gehrys (konkret das Danziger-Studio von 1964) "in erster Linie der Versuch, eine neue urbane Architektursprache und eine neue Haltung zum Straßenraum zu definieren. Es ging darum, einen zeitgemäßen Weg zu finden, wie man [...] einen Beitrag zum städtischen Umfeld leisten und sich darin eingliedern kann" (DalCo u.a 1998: 79). Zwar besteht auch für Davis eine von Gehrys Stärken in der Fähigkeit, Stadtlandschaften aufzunehmen und "ihre schroffsten Kanten und Trümmer" seinen Arbeiten als "figurative Elemente" 'einzuverleiben' (Davis 1994: 275). Fraglich ist jedoch, ob dieser 'urbane Realismus' (ebd.) auch auf weniger Privilegierte noch interessant oder gar verspielt wirkt. Davis kritisiert:

Die Funktion wird nicht durch die Form getarnt; ganz im Gegenteil, Gehry tut sich keinen Zwang an. Wie spielerisch oder sarkastisch man die sich daraus ergebende Wirkung findet, hängt davon ab, wo man steht. Die Goldwyn Library bezieht sich unerbittlich auf einen teuflischen Anderen (Brandstifter, Sprüher, Eindringling), den sie auf die Straßen und auf die Menschen auf den Straßen in der Umgebung zurückspiegelt. Sie trinkt ihre unmittelbare Umwelt, die schäbig, aber nicht besonders feindselig ist, mit ihrer eigenen arroganten Paranoia. (Davis 1994: 277f)<sup>68</sup>

<sup>67</sup> So z.B. das *Danziger Studio* (1964-65), die *American School of Dance* (1969 - nicht ausgeführt) und das *Gemini G.E.L.* (1976-79), alle in Hollywood, sowie das Stadtzentrum für Cochiti Lake / New Mexico (1972-73), das Gehry mit 'eisblauen Wällen von imponierender Strenge' umschloß und die *Loyola Law School* von 1984 (Davis 1994: 275f) oder der *Santa Monica Place* (1972-80), ein Einkaufszentrum (Zukin 1993: 237). Über den Wohnbereich des Danziger-Studio heißt es bei DalCo, Forster und Arnold (1998: 79-80), daß der Garten "durch seine Umfassungsmauern von der Straße gut abgeschirmt ist. Außer einem Schlitz in der Außenwand der Küche gibt es zur Straße hin keine Fensteröffnung in Augenhöhe. Alle Fenster sind entweder sehr versteckt oder sehr hoch in der Außenwand angeordnet. Die zweischaligen Wände wirken schallisierend, ebenso wie die hier verwändeten schalldämmenden Türen." (ebd.: 79) Da es sich bei diesem Projekt um das Privathaus und Atelier eines bekannten Graphikdesigners handelt, "gehört Privatheit, Ruhe und Sicherheit zu den klar festgelegten Entwurfzielen" (ebd.).

<sup>68</sup> Während Einkaufszentren, Büro- und Wohnhäusern immer mehr modernen Festungen gleichen, werden gleichzeitig einige Gefängnisse in L. A. als schicke Designobjekte getarnt; als Beispiel dafür nennt Davis das *Metropolitan Detention Center* vom Architekturbüro WALTON BECKET ASSOCIATES in L.A.. Das zehnstöckige Gefängnis gleicht anderen postmodernen Bürohäusern und Hotels in der Umgebung: es ist auch im Innern pastellfarben gestrichen, mit modernen Freizeitbereichen, Grünpflanzen und gitterlosen Fenstern ausgestattet, und die WärterInnen tragen modisch geschnittene Blazer als Uniform (vgl. Davis 1994: 296).

### ABGRENZUNG DURCH ARCHITEKTUR

Inwieweit ergänzen oder widersprechen sich nun diese Ansätze, urbane Räume durch architektonische Mittel sicherer zu gestalten? Eine Gemeinsamkeit besteht darin, daß in allen Beispielen Sicherheit über eine Kontrolle des menschlichen Verhaltens erreicht werden soll: "At every design scale, from building to business improvement district, there is emphasis on the control and regulation of human behaviour" (Christopherson 1997: 412).

Darüber hinaus reflektieren sie das Bedürfnis von Teilen der Bevölkerung nach abgetrennten Bereichen, in denen sie unter 'ihresgleichen' sein können und vor unerwünschten Begegnungen geschützt sind. Diese Segregation oder Segmentierung wird mit Sicherheit gleichgesetzt und ist auch eine Reaktion auf die wachsende städtische Verunsicherung. Im öffentlichen Raum scheint es demnach ein Bedürfnis nach Privatheit und Sicherheit zu geben, das allerdings keineswegs neu ist, wie Christopherson für die USA feststellt:

The success of the shopping centre as a model for American urban space reflects the continuing preference for private, segregated space that has always animated US urban design. (Christopherson 1997: 417)

Die genannten Strategien erscheinen wenigstens auf den ersten Blick als durchaus legitime Methoden, den öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten und einer größtmöglichen Bevölkerungsmehrheit zu erschließen. Während die zuletzt genannten Beispiele die unterschiedlichen Ausschlußmechanismen relativ offen darlegen und Architektur teilweise einen spielerischen Umgang mit diesen übt, sind die zu Beginn genannten Mechanismen weniger leicht zu durchschauen. Auf den zweiten Blick jedoch stellt sich die Frage, ob die damit verbundenen Veränderungen wirklich im Interesse der Gesellschaft sind und ob die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppierungen moralisch zu rechtfertigen ist bzw. als 'kleineres Übel' akzeptiert werden muß. Schließlich verändert die gebaute Umwelt auch unsere Vorstellung vom öffentlichen Raum.

Dabei verliert die Straße (bzw. der öffentliche Raum im traditionellen Sinne) als Übergangs- und Begegnungsraum zunehmend an Bedeutung, sie wird entweder den Armen überlassen und vernachlässigt ("abandoned to the unhoused, the poor and undesirable, the unprofitable" - ebd.: 421) oder im Rahmen von *Business Improvement Districts* oder Umstrukturierungsmaßnahmen in kommerzielle Projekte eingegliedert. In den meisten Fällen bedeutet dies, daß bestimmte Menschen ausgeschlossen werden, und dies sind insbesondere die Armen. Zwar richten sich kommerzielle Interessen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zielgruppen, jedoch ist es naheliegend, daß bestimmte Personengruppen aus diesem Raster völlig oder zumindest verstärkt herausfallen. Für diese Menschen verschwindet deshalb der verfügbare Raum zusehends mit der zunehmenden Privatisierung.

### **3. Stadt unter Beobachtung - Technologische Überwachung im öffentlichen Raum**

Einer besonderen Bedeutung zur Herstellung von Sicherheit im öffentlichen Raum kommt der technologischen Überwachung und Kontrolle (insbesondere Videoüberwachung) zu. Die technischen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten und insbesondere den letzten Jahren sowie der Einsatz von Computertechnologie haben hier zu völlig neuen Möglichkeiten geführt, was den Umfang der Überwachung für große und unüberschaubare Räume betrifft, und der Fortschritt auf diesem Gebiet ist ungebrochen. Trotz teilweise sehr hoher (Anfangs-)Kosten ist die technologische im Vergleich zur personellen Überwachung relativ kostengünstig, wenig arbeitsintensiv und kontinuierlich. Im Gegensatz zu architektonischen oder städtebaulichen Überwachungsmethoden braucht der städtische Raum hierfür nicht sichtbar verändert werden. Dennoch, so argumentiere ich, verändert sich in der Folge die Nutzung des öffentlichen Raums und damit auch der Raum an sich. Fast alle hier beschriebenen Technologien wurden ursprünglich für militärische Zwecke entwickelt und tragen auch im zivilen Einsatz zu einer Militarisierung der Städte bei.

#### **3.1 Die technischen Möglichkeiten der Überwachung des öffentlichen Raums**

##### VISUELLE ÜBERWACHUNG

Weit besser, zuverlässiger und ausdauernder als das menschliche Auge ermöglichen technische Geräte heute die visuelle Überwachung und Kontrolle von Menschen. Elektromagnetische Kameras oder niedrig dosierte Röntgenstrahlen 'blicken' unter die Oberfläche und können so z.B. erkennen, welche Gegenstände eine Person bei sich trägt, und das noch aus einer Entfernung von circa fünfzehn Metern. Infrarotsichtgeräte, wie sie beispielsweise an der amerikanisch-mexikanischen Grenze oder den EU-Außengrenzen eingesetzt werden, können kleinste Temperaturunterschiede erkennen und so praktisch 'durch Wände sehen'. Eine dänische Stroboskopkamera macht in wenigen Sekunden mehrere hundert Photographien und kann so problemlos in kürzester Zeit alle Personen einer großen Menschenmenge aufnehmen. Mikrokameras mit weniger als drei Zentimetern Durchmesser sind überall erhältlich, können mit Videorekordern, Fernsehkanälen oder dem PC verbunden werden und ermöglichen so per Internet die Online-Überwachung (vgl. Whitaker 1999: 104; 109f). Ein in China entworfener "Überwachungsteppich" macht (mittels eines Sensors und einer Kamera) unauffällig Fotos von

allen, die ihn betreten und löst Alarm aus, wenn jemand auf dem Bild zu sehen ist, der oder die nicht auf der BesucherInnenliste steht.<sup>69</sup>

Die technischen Möglichkeiten der Videoüberwachung reichen von einfachen Übersichtskameras über die üblichen beweglichen Kameras mit Infrarot- (zur Nachtsicht) und Zoomfunktion bis hin zu Kameras, die in Verbindung mit entsprechenden Datenbanken oder auch über einen eingebauten Chip selbständig Gesichter erkennen und zuordnen können (sollen). Gute Kameras, wie sie überall im Handel erhältlich sind, können auf hundert Meter Entfernung die Aufschrift auf einer Zigarettenpackung lesen. Andererseits berichtet z.B. der Leipziger Polizeisprecher Günther Pusch, die zur Überwachung des öffentlichen Raums in Leipzig eingesetzten Kameras lieferten lediglich Übersichtsbilder, und selbst nach dem Heranzoomen ließen sich einzelne Handlungen kaum erkennen (Jungle World 9.2.00) – das mag die Kameras zwar weniger bedenklich erscheinen lassen, stellt aber auch den eigentlichen Zweck der Überwachung in Frage. Und selbst wenn die gegenwärtig gebräuchlichen Kameras technisch noch nicht ganz ausgereift sind, wird die Entwicklung solche Mängel in Kürze ausgleichen. So werden in den USA derzeit Aufnahmegeräte entwickelt, die selbst unter schwierigsten Bedingungen wie Bewegungsunschärfe und veränderlichen Lichtverhältnisse, z.B. bei Schnee oder Regen, noch fünfmal genauer arbeiten als bisher gebräuchliche Kameras (vgl. Woche 26.11.99).

Internetkameras, sogenannte *Webcams*, übertragen Bilder von überall auf den hauseigenen PC: als Marketingstrategie der Tourismusbranche vom Bremer Marktplatz,<sup>70</sup> zur Beruhigung besorgter Eltern aus amerikanischen Kindergärten, zu kommerziellen Zwecken aus weiblichen Wohngemeinschaften, oder einfach nur 'zum Spaß' von einer beliebigen Haltestelle, Straßenkreuzung oder aus dem eigenen Zimmer. Aber auch zur verdeckten Ermittlung und Beobachtung der Nachbarn eignen sich die Kameras, die schon für weniger als DM 100,- zu erhalten sind.<sup>71</sup> Zwar ist die Bildqualität noch schlecht, sind die Modems langsam, übertragen die Kameras nur Einzelbilder im Minutenabstand, doch die Leistungsfähigkeit steigt selbstverständlich auch hier.

Satellitenbilder aus dem All ergänzen die optische Überwachung und liefern Bilder aus allen Gegenden der Welt. Ursprünglich für militärische Zwecke und Spionagetätigkeiten entwickelt, werden sie seit dem Ende des Kalten Krieges auch zu zivilen und kommerziellen Zwecken genutzt; das amerikanische Satelliten-Navigationssystem GPS kann die genaue Position von Objekten auf der Erdoberfläche bestimmen, wenn diese mit einem entsprechenden

<sup>69</sup> Dies berichtete die Nachrichtensendung "Tagesschau" (ARD) am 20.6.2000 (vgl. Körner 2000: 21).

<sup>70</sup> Andere Kameras in Bremen übertragen Bilder vom Bahnhofsvorplatz, der Schlachte, der Signalstation in Vegesack, der Universität, der UNIVERSUM-Baustelle oder Radio Bremen (vgl. WK 16.5.2000).

<sup>71</sup> Laut Weser Kurier verkauft z.B. der Elektronikfachhandel CONRAD ELEKTRONIK in Bremen pro Woche zwei Internetkameras (vgl. WK 16.5.00).

Empfangsgerät ausgestattet sind (vgl. Whitaker 1999: 112f).<sup>72</sup> Neue Satelliten sollen in der Lage sein, Objekte, die weniger als einen Quadratmeter groß sind, zu orten. Satellitenbilder von jedem beliebigen Fleck der Erde sollen künftig auch kommerziell über das Internet zu erwerben sein, bislang scheiterten Versuche, kommerzielle Satelliten in Umlauf zu bringen, jedoch noch an technischen Fehlern.<sup>73</sup>

Die Zukunft hält weit mehr bereit. Zudem ist das Potential für die Übermittlung von Informationen mit Hilfe digitaler Datentechnik und für global vernetzte Echtzeit-Kommunikationssysteme wahrhaft ehrsüchtig - oder schreckenerregend. Beispielsweise können Systeme zur Verfolgung von Einzelpersonen, die sich immer wieder aus den Bereichen örtlicher Überwachungsrastrer entfernen und in andere überwechseln, direkt von Satelliten aus gesteuert werden. Das Ergebnis wäre eine global flächendeckende Erfassung.

Zugegeben, noch ist kein allgegenwärtiger Großer Bruder in Sicht, der in der Lage wäre, all diese Möglichkeiten zu bündeln. Doch selbst unregelmäßige und zufällige Netze können sich zu einer totalen Erfassung addieren... (Whitaker 1999: 115f)

#### AUDITIVE ÜBERWACHUNG

Bereits praktiziert wird auch die akustische Überwachung durch Mikrophone, teils in Verbindung mit Videoüberwachung. So werden in Monte Carlo die Parkhäuser mit insgesamt 740 Kameras bewacht, die nachts von einem Abhör- und Geräuschanalysesystem ergänzt werden, das Töne selektiert und bei verdächtigen Geräuschen, beispielsweise einem Schrei oder Schüssen, automatisch Alarm auslöst (vgl. Leuthardt 1996: 83).<sup>74</sup> Ähnliche Systeme werden auch im amerikanischen Sozialwohnungsbau eingesetzt. Andere Formen der akustischen Überwachung sind neben herkömmlichen Wanzen und Richtmikrofonen Mikrophone, die, auf ein Fenster gerichtet, mit Hilfe der Lasertechnik Vibrationen übertragen und so Gespräche und Geräusche übertragen; durch die Digitalisierung ist es möglich, sämtliche Störgeräusche auszuschalten.

Dazu kommt das Abhören von Telefonen und gleichzeitig aller anderen Formen der Telekommunikation, wie Fax, Fernschreiben, E-mail und sonstige Internetkommunikationsmöglichkeiten. Neben dem altbekannten Anzapfen von Leitungen<sup>75</sup> wird die gesamte per Satellit übertragene Kommunikation (dazu zählen teilweise auch Ortsgespräche) abgefangen

<sup>72</sup> Dies wird z.B. von amerikanischen Bauern für die Präzisionslandwirtschaft genutzt, um die Verteilung von Kalium im Boden oder die Wirkung eines Pestizids zu beurteilen, könnte aber auch zur Lokalisierung von Personen benutzt werden (vgl. Whitaker 1999: 113).

<sup>73</sup> So versagte 'EARLY BIRD 1' (gestartet 1997), der weltweit erste kommerzielle Satellit, nach nur kurzer Zeit aus unbekanntem Gründen den Dienst (vgl. Whitaker 1999: 113), und 'IKONOS 1' (gestartet 1999), stürzte nach nur acht Minuten ab (vgl. Spiegel 27/ 99a: 121f).

<sup>74</sup> In Monte Carlo werden außerdem auch Lautsprecher verwendet, die in der FußgängerInnenzone bei Bedarf zur Ordnung aufrufen können, so werden z.B. FahrradfahrerInnen aus der Einsatzzentrale heraus ermahnt, abzusteigen (vgl. Leuthardt 1996: 83).

<sup>75</sup> Aufgrund der Fernmeldeverkehrs-Überwachungsverordnung (FÜV) von 1995 und dem Telekommunikationsgesetz von 1996 und 1998 müssen alle Telekommunikationsanbieter in Deutschland den Verkehr unverschlüsselt an die Polizei weiterleiten, auf eigene Kosten Abhörstellen einrichten, den Direktzugriff auf Kundendateien ermöglichen und Telekommunikationserkennungen wie E-Mailadressen, Internetnamen etc. weitergeben. Zu weiteren Informationen siehe Ruhmann (1998: 28-35).

und überprüft. Hier ist der Einsatz moderner Computertechnologie unerlässlich, um mit der Unmenge von Daten fertig zu werden und sie automatisch z.B. nach bestimmten Stichwörtern zu filtern. So entstand ECHELON, ein Netzwerk von Abhörstationen unter der Vorherrschaft der amerikanischen NSA (*National Security Agency*) und Beteiligung von britischen, neuseeländischen, kanadischen und australischen Geheimdiensten.<sup>76</sup> Mobiltelefone, die ebenfalls sehr einfach mit frei im Handel erhältlichen Abhörgeräten abzuhören sind, bieten darüber hinaus die Möglichkeit, den genauen Standort des Trägers / der Trägerin anzugeben, sofern sie eingeschaltet sind. In England werden diese Positionsbestimmungen aufgezeichnet und zwei Jahre lang aufbewahrt, um sie den Strafverfolgungsbehörden zugänglich zu machen (s. Whitaker 1999: 124), in Deutschland sind es immerhin 48 Stunden (vgl. WK 27.10.00).

Diese Abhör- und Überwachungsmöglichkeiten finden aber hauptsächlich im privaten Raum bzw. im virtuellen Raum des Internets ihre Anwendung, so daß sie hier nicht näher behandelt werden sollen. Das selbe gilt für andere Möglichkeiten der Kontrolle des Internets durch Identifizierung von NutzerInnen und Speicherung von Daten.<sup>77</sup>

#### INTELLIGENTE KAMERAS, DATENBANKEN UND VERNETZUNG

Noch in der Entwicklung befinden sich die sogenannten 'intelligenten Kameras'. In Princeton / USA wird in einem teilweise geheimen Pilotprojekt unter deutscher Regie (durch die Siemens Tochterfirma SCR) an einer Roboterkamera gearbeitet, die selbstständig analysieren und 'auffällige' Bewegungen erkennen und zuordnen können soll, z.B. Gewalttaten und Überfälle.<sup>78</sup> Solche Kameras sollen gleichzeitig so klein sein, daß sie "unauffällig in architektonische Elemente eingebaut werden können und vor mutwilliger Zerstörung geschützt sind" (Woche 26.11.99). "Wir nähern uns einer Technologie, die interpretieren kann, was Leute tun" (ebd.), so ein Forscher aus Princeton. Auch die automatische Identifizierung eines aus einer Menschenmenge herausgegriffenen Gesichts anhand von Datenbanken soll bis 2004 problemlos möglich sein, meint eben dieser Forscher - ein solches '*Facial recognition System*' ist in Großbritannien bereits versuchsweise im Einsatz (s.u.).

Ein '*Vehicle Recognition System*', wie es in und um London<sup>79</sup> eingesetzt wird, kann selbständig die Nummernschilder von Fahrzeugen erkennen, speichern und mit Datenbanken über gesuchte

<sup>76</sup> ECHELON entstand aus dem Abhör-Netz UKUSA: "Nach dem Ende des Kalten Krieges stand eine Abschaffung dieses globalen, hochtechnisierten und investitionsintensiven Nachrichtendienstes überhaupt nicht zur Debatte. Die strategisch platzierten Himmelsstaubsauger sammelten trotz der Bedenken einiger Kritiker und sogar Abtrünniger aus Kreisen der Geheimdienste einfach weiterhin die weltweiten Telekommunikationsinhalte" (Whitaker 1999: 120). Die bislang genauesten Informationen zu diesem streng geheimen Projekt bietet ein Buch von Nicky Hager (1996). Siehe auch Monde Diplomatie (15.1.1999) oder Whitaker (1999: 120-122).

<sup>77</sup> Zur 'De-anonymisierung' des Internets und den damit verbundenen Gefahren siehe beispielsweise Jungle World 25.10.00.

<sup>78</sup> Ein solches Programm wurde in den USA 1997 patentiert (vgl. Whitaker 1999: 108).

<sup>79</sup> Ähnliche Systeme sind in Sydney, Dublin, Shanghai, Singapur und Kuala Lumpur installiert (vgl. Cuthbert 1995: 294).

Fahrzeuge abgleichen und jedes Fahrzeug mit Hilfe eines computerisierten geographischen Informationssystems und zahllosen Kameras durch die Stadt verfolgen. Eigentlich sollen diese Systeme die Verkehrskontrolle erleichtern und z.B. Staus rechtzeitig erkennen, inzwischen aber werden sie auch zu Sicherheitszwecken eingesetzt und sind Teil eines *'ring of steel'* um London, der alle Fahrzeuge, die an einem beliebigen Tag die Stadt einfahren oder verlassen, speichert und kontrolliert und vor allem dem Schutz vor Anschlägen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) dienen soll. Ein ähnliches Verkehrskontrollsystem wurde - sehr erfolgreich - von der chinesischen Regierung nach den StudentInnenprotesten 1989 am Tiananmen Platz zur Identifikation von DissidentInnen benutzt. Auch für den Einsatz in Lhasa / Tibet hat China ein solches System erworben, obwohl es dort überhaupt keine Verkehrsprobleme gibt (vgl. Wright 1998). Andererseits wurde 1985 in Hongkong die Einführung eines elektronischen Systems zur Erhebung von Straßengebühren abgelehnt, gerade weil damit die Bewegungen aller VerkehrsteilnehmerInnen hätten überwacht werden können, was als Verstoß gegen die Menschenrechte gewertet wurde (vgl. Cuthbert 1995: 294). Und die deutsche Firma ZN GmbH<sup>80</sup> akzeptiert nach eigenen Angaben nur Kunden mit "demokratischer Gesinnung" (Welt 11.10.00) und hat bereits Anfragen aus Pakistan, dem Iran, Südafrika und der Türkei abgelehnt (vgl. ebd.).

Ein Gesichtserkennungssystem ist im Londoner Stadtteil Newham probeweise im Einsatz, das von VISIONICS entwickelte Programm 'FACEIT' scannt dort die Gesichter aller PassantInnen und löst bei einer mindestens achzigprozentigen Übereinstimmung mit dem Fahndungsfoto einer Datenbank Alarm aus. Allerdings funktioniert dies zur Zeit nur, wenn die Betroffenen direkt in den Fokus schauen (vgl. Spiegel 27/ 99b: 124), schon eine große Sonnenbrille bringt das System aus dem Konzept, weil dadurch der Augen-Nase-Abstand falsch berechnet wird (vgl. Welt 11.10.00). Der auf der Essener 'Security Messe' im Jahr 2000 vorgestellte 'PERSONSPOTTER' der ZN GMBH dagegen läßt sich dank Infrarot selbst durch eine Gummigesichtsmaske nicht mehr täuschen. Er erfaßt 1700 physiognomische Merkmale und kann diese Daten von derzeit 1000 Personen speichern und in Sekundenschnelle mit Videomaterial abgleichen (vgl. ebd.). Das heißt, es ist nicht mehr notwendig, daß unerwünschte oder verdächtige Personen gegen die öffentliche Ordnung verstoßen oder sich auch nur auffällig verhalten, sie müssen, einmal in eine Datenbank aufgenommen, lediglich noch in das Blickfeld der Kamera geraten, um erfaßt und identifiziert zu werden.

#### DATENSPUREN, MULTIFUNKTIONALE CHIPKARTEN, BIOMETRIE UND DIGITALE SIGNATUR

Datenspuren hinterläßt der moderne Mensch schon jetzt zahlreich; ganz normale Kredit- und Servicekarten mit Magnetstreifen, wie Telefonkarte, EC-Karte, Krankenkassenkarte,

<sup>80</sup> Die deutsche ZN GMBH, sowie die beiden amerikanischen Unternehmen VISIONICS und LAW TECHNOLOGIES gehören zu den weltweit führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Gesichtserkennung (vgl. Welt 11.10.00).

Bibliotheksausweis, Bahncard, Mensacard, elektronisches Straßenbahnticket, usw. ermöglichen es, ein aufschlußreiches Bewegungsbild eines Menschen zu zeichnen. Vor allem wenn diese Informationen gekoppelt werden, z.B. durch eine digitale Verknüpfung verschiedener Datenbanken oder durch multifunktionale Chipkarten, die mehrere Funktionen vereinen, ergänzen sich die einzelnen Informationen zu einem umfassenden Bild. Wer wann wo was gekauft, welche Bücher ausgeliehen, mit wem telefoniert oder in der Mensa gegessen hat, wird dann auf einen Blick ersichtlich, wenn die Daten nach bestimmten Mustern verknüpft werden. Diese Informationen können nicht nur ein recht genauen Eindruck davon ergeben, wer mit wem verkehrt und sich wann wo aufgehalten hat, sondern auch, wofür sich eine Person interessiert und sogar was sie denkt. Zwar handelt es sich hierbei um Möglichkeiten, die bislang kaum realisiert werden, jedoch sind die technischen Voraussetzungen hierfür gegeben.

Um den Gebrauch einer Karte eindeutig einer bestimmten Person zuzuordnen zu können bzw. Mißbrauch vorzubeugen, speichern sogenannte 'intelligente Karten' (Chipkarten) außerdem unveränderliche körperliche Merkmale wie Finger- oder Handabdruck, Netzhautmuster, Stimme, Gesichtszüge oder den 'genetischen Fingerabdruck'. Diese elektronische Identifizierung durch biometrische Systeme ist eng verbunden mit der panoptischen Technik und hat den großen Vorteil, fälschungssicher zu sein. Außerdem ersetzt sie das lästige Merken verschiedener PIN-Codes und Paßwörter und ist so besonders nutzerInnenfreundlich. Zusätzlich sorgt die digitale Signatur, eine elektronische Unterschrift, die mit der asymmetrischen Verschlüsselung arbeitet, dafür, daß auch Transaktionen, die eine rechtsgültige Unterschrift erfordern, wie ein Kaufvertrag oder ein rechtsgültiges Formular, über das Internet abgeschlossen werden können. Sogenannte *Trust Center*, Unternehmen, die die digitale Signatur zertifizieren, stellen hier den Knotenpunkt zwischen öffentlichem Schlüssel und personenbezogenen Daten dar. Die ersten rechtlichen Voraussetzungen für letzteres wurden mit dem Deutschen Signaturgesetz von 1998 geschaffen, das die digitale Signatur mit der eigenhändigen Unterschrift gleichsetzt (vgl. *Jungle World* 25.10.00: 15). Gerade für den Handel über das Internet (E-Commerce) ist die digitale Signatur von wirtschaftlicher Bedeutung und wird den bestehenden Markt noch einmal radikal verändern. Doch auch die öffentlichen Verwaltungen wollen ihren Nutzen daraus ziehen.<sup>81</sup>

Der öffentliche Handel nutzt auch jetzt schon die Daten von KundInnenkarten zur Erstellung von VerbraucherInnenprofilen, die Aufschluß über Verhaltensmuster und Einkaufsgewohnheiten geben und so die direkte Werbung ermöglichen. Für den Staat bedeutet

---

<sup>81</sup> Ein Modellprojekt, das die Verbreitung von digitaler Signatur fördern und die Probleme und Risiken der neuen Technologie erforschen soll, ist der Städtewettbewerb MEDI@KOMM, bei dem die Kommunen 'integrative Konzepte' erarbeiten sollten, um multimediale Dienste und ihre wirtschaftlichen Potentiale zu erproben. Sieger des Wettbewerbs waren die Städte Bremen, Nürnberg und Esslingen. Öffentliche Verwaltungsvorgänge sollen in diesen Kommunen demnächst über das Internet abgewickelt werden. Studierende, die als 'technikkompetent' und 'innovationsfreudig' gelten, stellen in Bremen die erste 'Versuchsgruppe' dar, Teil des Bremer Konzepts ist deshalb eine signaturfähige, multifunktionale Chipkarte anstelle des alten Studierendenausweises, auf die später evtl. eine 'Bürgerkarte' folgen soll (vgl. *Jungle World* 25.10.00: 15f).

die Entwicklung dieser Technologien eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen: Sie sollen bürokratische Abläufe beschleunigen, vereinfachen und verbilligen, Arbeitskräfte einsparen und außerdem dem Mißbrauch sozialer Leistungen entgegenwirken. Polizei, Geheimdienste und Verfassungsschutz nutzen die Überwachungs- und Ortungsmöglichkeiten der Bewegungsbilder auf ihre Weise, so benutzt der NSA jetzt schon die Datenbank des internationalen Flugverkehrs, um Bewegungsbilder von Fluggästen zu zeichnen (vgl. Whitaker 1999: 130f). Mit ECHELON und EUROPOL verläuft die Vernetzung von Datenbanken auch heute bereits transnational.

Insgesamt bedeuten die technologischen Entwicklungen nicht nur einen Innovationssprung quantitativer Art - die Erfassung wird immer besser, billiger, einfacher und allgegenwärtiger, sondern auch qualitativer Art - durch automatische Identifizierung und digitalisierten Datenaustausch kann aus dem passiven Aufzeichnen und Beobachten ein aktives Identifizieren und Lokalisieren werden (vgl. Whitaker 1999: 105).

### **3.2 CCTV - Die Überwachung der Innenstädte**

#### VERBREITUNG

Die visuelle Überwachung ist in vielen Städten der Welt zum Alltag geworden. Großbritannien gilt weltweit als Vorreiter in der Videoüberwachung, aber viele Länder folgen dem Trend, darunter die USA, Australien, Schweden, Norwegen und Deutschland, während sie beispielsweise in Dänemark bislang noch grundsätzlich verboten bleibt (vgl. Privacy International 1995). Auch Monaco, Hongkong, Shanghai, Kuala Lumpur und Singapur gelten als "Überwachungs-Hochburgen" (Weichert 1998: 3; Cuthbert 1995: 294). In Großbritannien überwachen schätzungsweise eine Million Kameras die BürgerInnen (Observer 2.5.1999), 300 000 bis 400 000 davon an öffentlichen Orten, und jede Woche kommen 500 neu hinzu. Auch in Frankreich soll es mehr als eine Million Videoüberwachungsanlagen geben, 150 000 davon an öffentlichen Orten (Monde Diplomatique 3/ 98). In Deutschland sollen es 300 000, vielleicht auch 400 000 Kameras sein, die aber überwiegend in Bereichen operieren, die sich in Privatbesitz befinden (Spiegel 27/ 99a: 113). Zwar wird die Überwachung öffentlicher Plätze hier noch diskutiert, aber gleichzeitig auch schon praktiziert (wenn auch noch in sehr kleinem Rahmen, vergleicht man die Situation mit Großbritannien).

Die Geschichte der optischen Überwachung in der Bundesrepublik Deutschland geht zurück auf das Jahr 1958, als die Münchner Verkehrsleitzentrale an siebzehn Verkehrsschwerpunkten stationäre Kameras anbringen und bewegte Bilder übertragen ließ. 1976 wurden in Hannover die ersten fünfundzwanzig ferngesteuerten und schwenkbaren Kameras mit Zoomfunktion errichtet. Ergänzung fand die stationäre Überwachung durch mobile Anlagen, die auf LKWs

oder Hubschrauber montiert wurden. Seit 1976 verwenden die eigens dafür ausgebildeten Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps auch kleine Handvideokameras auf Demonstrationen (vgl. Weichert 1998).

Obwohl hinlänglich bekannt ist, daß beispielsweise Banken und Geschäfte aus Sicherheitsgründen mit Videokameras ausgestattet sind, ist den meisten Menschen das zwischenzeitlich erreichte Ausmaß der Überwachung nicht bewußt. Überwacht werden so ziemlich alle der Öffentlichkeit zugänglichen Räume wie Geldautomaten, Tankstellen, Supermärkten, Einkaufszentren, aber auch Büros und Fabriken sowie öffentliche Einrichtungen wie Bahnhöfe (am Frankfurter Bahnhof sollen 150 Kameras im Einsatz sein), Polizeiwachen, Rathäuser und Gerichte, Krankenhäuser und Schulen, sowie Telefonhäuschen, Taxis, Busse, Züge, Parkplätze und sogar öffentliche Toiletten und Umkleidekabinen. Die Entwicklung ging von privaten über privatisierte hin zu öffentlichen Räumen. Daß heute in zunehmendem Maße auch öffentliche Straßen, Plätze und Wohngebiete videoüberwacht sind, deutet auf eine zunehmende Normalisierung und Akzeptanz dieser Form der Überwachung hin.

#### RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER VIDEOÜBERWACHUNG

Ein entscheidender Unterschied zwischen Großbritannien oder den USA und der Bundesrepublik Deutschland besteht in der derzeitigen juristischen Lage; laut den Datenschutzbeauftragten der Länder ist eine flächendeckende und verdachtsunabhängige Speicherung von Videobildern öffentlicher Räume und deren Speicherung in Datenbanken bislang nicht erlaubt. Deshalb bleibt es, wie auch in Frankreich, vorerst bei Kameras an sogenannten Kriminalitätsschwerpunkten: Dort darf nach einem Gesetz von 1995 nur dann an öffentlichen und öffentlich zugänglichen Orten überwacht werden, wenn diese Orte besonders stark von tätlichen Übergriffen oder Diebstählen betroffen sind, die Öffentlichkeit von der Überwachung informiert wird und die Speicherung auf einen Monat begrenzt ist, es sei denn es läuft ein Strafverfahren, in dem bestehendes Videomaterial Verwendung findet. Außerdem herrscht Genehmigungspflicht und das Recht auf Einsichtnahme (vgl. Monde Diplomatique 3/98). Eine ähnliche Handhabung zeichnet sich für die BRD ab, allerdings sind Lösungsfristen und Definition von 'Kriminalitätsschwerpunkten' weiterhin umstritten (vgl. FR 6.7.00).<sup>82</sup>

Solange keine bundesdeutsche Regelung gefunden ist, bedarf es in den einzelnen Bundesländern derzeit noch einer Gesetzesänderung, die in Niedersachsen (1995) und Sachsen (1996) bereits durchgeführt wurde und in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Brandenburg und Bremen<sup>83</sup> derzeit vorbereitet und in Berlin diskutiert wird. In Halle (Sachsen-Anhalt) wird

<sup>82</sup> "So kehrt die Konstruktion des gefährlichen Ortes als audiovisuelle Sondermaßnahme wieder" (Jungle World 5.4.00).

<sup>83</sup> Siehe z.B. den Weser Kurier vom 17.5.00 zum Streit über das neue Bremer Polizeigesetz: Der Einsatz der Videoüberwachung soll "offen und erkennbar" für die BürgerInnen erfolgen und "die Aufnahmen nicht, wie in anderen Bundesländern, aufgezeichnet werden" (WK 17.5.00).

gefilmt, obwohl eine gesetzliche Grundlage fehlt: das Hallenser Verwaltungsgericht lehnte eine Einstweilige Verfügung im Januar 2000 mit der Begründung ab, es werde 'nur beobachtet', aber 'nicht aufgezeichnet', so daß die Persönlichkeitsrechte nicht gefährdet seien (Jungle World 9.2.00). Die Videoüberwachung des öffentlichen Raums bleibt verfassungsrechtlich äußerst bedenklich, so widerspricht die Aufzeichnung, Speicherung und Weitergabe visueller Daten dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, wie Datenschutzbeauftragte immer wieder zu bedenken geben. Die Bevölkerung hingegen stimmt der zunehmenden Videoüberwachung mehrheitlich zu. Dafür sorgen nicht zuletzt spektakuläre Presseberichte wie der eines mehrfachen Vergewaltigers, der im Dezember 1999 innerhalb von Stunden gefaßt wurde, nachdem Bilder einer versteckten Videokamera veröffentlicht wurden (Hamburger Abendblatt 19.1.00).

Sachverständige des Innenausschusses des deutschen Bundestages forderten zusätzlich eine rechtliche Regelung der visuellen Überwachung von öffentlich zugänglichen Privaträumen, die derzeit nur über das Hausrecht geregelt ist (vgl. FR 6.7.00). Auch die Übergabe der von privaten Sicherheitsdiensten aufgezeichneten Bänder an staatliche Behörden findet – ohne jede rechtliche Grundlage – regelmäßig statt, und die Kamerasysteme der Deutschen Bahn AG werden ganz selbstverständlich vom Bundesgrenzschutz (BGS) mitgenutzt (vgl. z.B. Jungle World 9.2.00).

In Großbritannien und den USA hingegen ist die rechtliche Lage weitgehend ungeklärt, was bedeutet, daß die Überwachung öffentlicher Räume dort kaum Beschränkungen unterliegt. Unklar ist die Rechtslage auch in bezug auf die Speicherung und Weitergabe der Daten. Einen gewissen Schutz vor Datenmißbrauch soll seit Mitte 1999 in Großbritannien der *Data Protection Act* bieten, der festlegt, daß Bilder einer Person genauso geschützt sind wie geschriebene Informationen und somit nur zur Verbrechensbekämpfung weitergegeben werden dürfen (vgl. Norris/ Armstrong 1999: 228f).

Steht die Polizei noch unter einer gewissen demokratischen Kontrolle, so gilt dies für private Überwachungssysteme (in Einkaufszentren, am Arbeitsplatz, etc.) nicht, die unrechtmäßige Weitergabe von Daten wird hier kaum kontrolliert. Einigen BürgerInnen dürfte dies nach der Ausstrahlung von Videoaufzeichnungen zur allgemeinen Unterhaltung im privaten Fernsehen bewußt werden; Sendungen wie "*Life! Total Verrückt*", "*Police Camera Action*" oder "*Britains Most Wanted*" zeigen für die Betroffenen peinliche Szenen zum Amüsement und zur Unterhaltung der ZuschauerInnen - 1995 wurde sogar der Selbstmordversuch eines jungen Mannes im britischen Fernsehen gezeigt, allerdings sollte das neue Gesetz solche Ausstrahlungen dort in Zukunft unterbinden.

Unter dem Begriff *closed circuit television* (CCTV) werden britische Innenstädte seit den frühen 90er Jahren des 20. Jahrhunderts flächendeckend überwacht. Der Trend begann Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, als erstmals streikende MinenarbeiterInnen und randalierende Fußballfans in Stadien per Video kontrolliert wurden. 1985 wurde auch die erste CCTV-Anlage im öffentlichen Raum installiert (angeblich gegen Vandalismus), im südensüdlischen Bournemouth. 1995 waren es bereits über neunzig Kommunen (vgl. Guardian 22.3.1995, nach Fyfe/ Bannister 1996: 37), Ende 1996 war in jeder zweiten britischen Stadt eine öffentlich-rechtlich CCTV-Anlage in Betrieb, und jedes Jahr werden mehr als 300 000 Kameras verkauft, mit wachsender Tendenz (vgl. Weichert 1998: 3). Laut Clive Norris, Kriminologe an der Universität Hull, sind zur Zeit über eine Million Kameras im Vereinigten Königreich im Einsatz (Observer 2.5.99).<sup>84</sup>

Überwacht werden nicht nur Großstadtbereiche, sondern auch Vororte und ländliche Kleinstädte, die Überwachung reicht von einzelnen Kameras vor Geschäften bis hin zu großen Netzwerken, die meist in Kooperation mit der Polizei geführt werden. Einige Versicherungen sind dazu übergegangen, Rabatte von bis zu 30% für Geschäfte anzubieten, die mit CCTV ausgerüstet sind. Außerdem wurde die Notwendigkeit einer Planungserlaubnis für die Errichtung von CCTV-Systemen abgeschafft (vgl. Oc/ Tiesdell 1997: 131). Wer in einer beliebigen britischen Großstadt die private Wohnung verläßt, wird an einem Tag durchschnittlich von 300 Kameras aufgenommen, die zu dreißig verschiedenen Netzwerken gehören. In London wird er/sie etwa alle fünf Minuten von einer Kamera erfaßt, oft kann die Polizei eine Person über Meilen von einer Kamera zur nächsten verfolgen (vgl. Norris/ Armstrong 1999: 40ff).

Einige spektakuläre Fälle, in denen Gewaltverbrechen mit Hilfe von Videoaufzeichnungen aufgeklärt werden konnten, haben enorm zur allgemeinen Popularität von CCTV beigetragen. 1993 verschwand der zweijährige James Bulger aus einem Einkaufszentrum bei Liverpool und wurde wenig später tot aufgefunden. Die Aufzeichnungen einer Videokamera des Einkaufszentrums führten zur Festnahme von zwei zehnjährigen Jungen, die anschließend zu lebenslänglich für die Entführung und Ermordung verurteilt wurden. Ebenfalls 1993 wurden terroristische Anschläge in London innerhalb von Stunden aufgeklärt, nachdem Videoaufnahmen einer Überwachungsanlage im Fernsehen übertragen wurden. Auch die rassistischen und homophoben Nagelbombenanschläge 1999 in den Londoner Stadtteilen Brixton, Brick Lane und Soho wurden anscheinend schließlich durch die Videoaufzeichnungen

---

<sup>84</sup> Als Erklärung dafür, daß Großbritannien weltweit zu den Vorreitern beim Einsatz der Videoüberwachung in Innenstädten zählt, wird im Allgemeinen die Angst vor Anschlägen der IRA genannt und die damit verbundene Bereitschaft, Sicherheitsmaßnahmen aller Art in Kauf zu nehmen.

aus Soho aufgeklärt.<sup>85</sup> Selbst vehemente KritikerInnen wie Clive Norris sagen über CCTV-Systeme:

They can be effective in limited circumstances – in car parks, for instance. And with the new generation of less primitive speed cameras, we have a chance to reduce pedestrian deaths in urban areas. Their use on railway crossings seems eminently sensible, and when cameras allow the police to locate a bomber, a rapist or a murderer then none of us could say it wasn't a social good. (Clive Norris, zitiert in Guardian 8.12.99)

#### FUNKTION UND EFFEKTIVITÄT

Fast alle Studien, die sich mit Sinn und Unsinn der Videoüberwachung beschäftigen, kommen aus Großbritannien. Verdrängungseffekte, Scheinsicherheit, unverhältnismäßig hohe Kosten, das Recht auf informelle Selbstbestimmung und Datenschutzprobleme sind Kritikpunkte, die immer wieder im Zusammenhang mit Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum genannt werden, auch in der Diskussion in Deutschland.

Durch weithin sichtbar angebrachte Kameras und durch Schilder mit Aufschriften wie "This area is protected by City Watch" (vgl. Fyfe/ Bannister 1996: 39) wird an vielen Orten ausdrücklich auf die Überwachung aufmerksam gemacht – den PassantInnen soll der Eindruck vermittelt werden, daß sie ununterbrochen beobachtet werden, ohne daß sie dies verifizieren können - die Kameras haben so vor allem präventiven Charakter. Zwar sollen die Kameras auch ein schnelles Eingreifen der Sicherheitskräfte ermöglichen, jedoch spielt diese Funktion eine untergeordnete Rolle (95% der Effektivität soll Abschreckung sein - vgl. Oc/ Tiesdell 1997: 132).<sup>86</sup> Das bedeutet, CCTV ist vorrangig ein Instrument sozialer Kontrolle, das darauf baut, daß sich die Menschen im 'vorausseilenden Gehorsam' konform verhalten, es soll Disziplin produzieren. Hierbei geht es ganz offensichtlich nicht nur um das Vermeiden von erklärten Straftaten, sondern auch um die sogenannten '*incivilities*', unhöfliches oder unanständiges Verhalten wie Biertrinken, Rumgrölen oder Urinieren in der Öffentlichkeit, je nachdem was eine Gesellschaft gerade als unangemessen bewertet. Daneben soll CCTV als zuverlässiges und neutrales Mittel der Beweissicherung dienen und so zur Aufklärung von Straftaten beitragen.

Über die reine Kriminalitätsbekämpfung hinaus soll CCTV das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und so die Attraktivität der Innenstädte vergrößern. Trotz der nicht unerheblichen Kosten – in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden mehrere Milliarden Pfund für Aufstellung und Betreuung von Kameras ausgegeben – soll die öffentliche Videoüberwachung auch einen finanziellen Nutzen für die Kommunen und die Wirtschaft haben. Die *Glasgow Development Agency* (GDA) warb bei lokalen Geschäftsleuten um eine finanzielle Beteiligung am innerstädtischen CCTV-Programm mit folgenden, auf einer Umfrage beruhenden Zahlen:

<sup>85</sup> Genaugenommen verschwand das Interesse der Medien schlagartig, nachdem die mutmaßlichen Täter festgenommen waren - weitere Ermittlungen wurden meines Wissens bislang nicht bekannt.

<sup>86</sup> Auch den kleinen James Bulger haben die Videoaufzeichnungen nicht gerettet, denn weder konnte der Sicherheitsdienst die Situation richtig einschätzen, noch griffen die Umstehenden, die den Fall beobachteten, ein - diese wurden von der Presse später als "Liverpool 38" tituliert (vgl. Guardian 16.12.1999).

225 000 zusätzliche Besuche der Innenstadt pro Jahr, 1 500 neue Arbeitsplätze und vierzig Millionen Pfund zusätzliche Einnahmen (vgl. Fyfe/ Bannister 1996: 40).

Der sowohl von John Major als auch Tony Blair unterstützte Boom von CCTV in Großbritannien (aber auch in anderen Ländern) begründet sich hauptsächlich darauf, daß CCTV als Wunderwaffe gegen Kriminalität gehandelt wird, zugleich ist das Projekt aber höchst umstritten. BefürworterInnen sprechen von sensationellen Erfolgen, so zeigt beispielsweise eine Untersuchung für Airdrie, daß im ersten Jahr nach der Einführung von CCTV die Kriminalitätsrate um 75% sank. Einbrüche in Geschäfte und Autos bzw. Autodiebstähle sanken dabei um 94%, Vandalismus um 84%, Verstöße gegen die öffentliche Ordnung gingen um 42% zurück und körperliche Angriffe um 50% (Scottish Office 1994, zitiert nach Oc/ Tiesdell 1997: 130).<sup>87</sup>

KritikerInnen bezweifeln die Aussagekraft solcher Statistiken, da oftmals die Vergleichszeiträume unzureichend ausgewählt sind, Verdrängungseffekte außer Acht gelassen werden oder rückläufige Zahlen in den Kriminalitätsstatistiken auf ganz andere Faktoren zurück zu führen sind, wie z.B. die sinkenden Arbeitslosenzahlen Anfang der 90er Jahre. Auch die Krise der Innenstädte hat nur zum Teil mit realer Kriminalität bzw. Kriminalitätsfurcht zu tun, so daß es höchst fragwürdig ist, ob CCTV hier eine Umkehr der Entwicklung bewirken kann. Dennoch gelten die Kameras inzwischen als Allheilmittel gegen städtische Probleme:

CCTV is very quickly becoming an internal part of crime control policy, social control theory and community consciousness. It is promoted by police and politicians as primary solution for urban dysfunction. (Bogonikolos 1999: 2.1)

Im Gegensatz dazu stehen auch Vermutungen, daß die Kameras zum einen durch ihre Signalwirkung die Furcht vor Kriminalität steigern, und zum anderen die Passivität und Gleichgültigkeit der PassantInnen vergrößern, die davon ausgehen, daß ein Vorfall ja im Kontrollraum beobachtet wird und 'schon jemand' eingreifen wird. Dieser Eindruck kann jedoch irreführend sein: Zum einen ist nicht gewährleistet, daß ein Bildschirm im entscheidenden Augenblick auch tatsächlich beobachtet wird (die BeobachterInnen im Kontrollraum haben immer mehrere Bildschirme vor sich, die meist Standbilder im 'time-laps' Modus zeigen und erst per Hand auf Echtzeitübertragung umgestellt werden müssen). Zum anderen werden auch 'blinde' Kameras zur Abschreckung angebracht. So berichten Oc und Tiesdell (1997: 132) von Frauen, die unter der scheinbaren Überwachung von Videokameras angegriffen wurden, ohne daß etwas passierte. Denn selbst wenn ein Vorfall hinter dem Bildschirm beobachtet wird, heißt

<sup>87</sup> Fyfe und Bannister (1996: 41) zitieren folgende Zahlen aus einer Polizeistatistik: Nach der Einführung von CCTV sanken in Airdrie die Zahlen für Autoeinbrüche pro Jahr von 480 auf 20, Autodiebstähle von 185 auf 13, Vandalismus von 207 auf 36, Geschäftseinbrüche von 263 auf 15 und körperliche Angriffe immerhin auch von 39 auf 22 (jeweils für den Vergleichszeitraum 1981/82 und 1992/93).

das noch lange nicht, daß auch eingegriffen wird: Eine Studie von Clive Norris und Gary Armstrong zeigte, daß von insgesamt 888 gezielten Beobachtungen nur 45 zu Einsätzen der Polizei führten, und nur 12 davon führten wiederum zu Verhaftungen (vgl. *The Usual Suspects* 2000). Die Sicherheitsleute haben ihre eigenen Anordnungen, und oftmals fällt es ihnen schwer, einen Einsatz gegenüber der Polizei oder dem Sicherheitsdienst zu rechtfertigen, wenn sie keine klaren Beweise haben.

In der Tat hat eine zweijährige Studie, die unter der Leitung von Jason Ditton, Kriminologe an der Universität von Sheffield, für die schottischen Behörden in Glasgow durchgeführt wurde, ergeben, daß CCTV weder die Straßen sicherer gemacht, noch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen verbessert hat. Eher das Gegenteil ist der Fall – im ersten Jahr nach der Einführung von CCTV stiegen die Kriminalitätsrate und die Furcht vor Kriminalität leicht an, obwohl EinwohnerInnen *vor* der Einführung geäußert hatten, daß sie sich durch CCTV in der Stadt sicherer fühlen würden. Gleichzeitig sank die Aufklärungsrate der Polizei um 4 % - trotz dieser Ergebnisse plant die britische Regierung weiterhin die Ausweitung von CCTV (vgl. *Guardian* 15.7.99).

### **3.3 'The friendly eye in the sky' – die Neutralität der Technologie? Gefahren der technologischen Überwachung**

Eine Kritik an CCTV bezieht sich aber nicht nur auf die Effektivität; Kameras, die BürgerInnen ganz ohne konkreten Verdacht auf Schritt und Tritt beobachten, gefährden das individuelle Recht auf Privatsphäre und können so als Verletzung der allgemeinen Menschenrechte interpretiert werden. Meist wird diese Kritik durch den Hinweis auf das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder auf Sicherheit im öffentlichen Raum gekontert, das über den bürgerlichen Freiheitsrechten der/des Einzelnen stehe. Kritik an den Kameras wird häufig mit der Behauptung außer Kraft gesetzt, daß, wer sich rechtschaffen verhält, auch nichts zu befürchten habe und daß die individuellen Freiheitsrechte von StraftäterInnen in diesen Fällen nicht maßgeblich seien. Die von den Kameras ausgeübte Kontrolle wird zur Notwendigkeit der Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit erklärt.

Norris und Armstrong warnen nicht nur vor den Gefahren des Mißbrauchs von CCTV durch einen totalitären Staat. Die Befürchtung ist berechtigt, daß sich Menschen von legalen Aktivitäten wie Demonstrationen abhalten lassen, wenn sie wissen, daß sie dabei von Kameras aufgezeichnet und in Datenbanken erfaßt werden (obwohl dies wenigstens in Deutschland durch

die Dokumentationstrupps der Polizei ohnehin gang und gebe ist<sup>88</sup>). So schreiben Oc und Tiesdell (1997: 134), daß CCTV in Birmingham gerade dann eingeführt wurde, nachdem das Stadtzentrum Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zu einem beliebten Zentrum für Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen aller Art wurde. Und auch in Leipzig (das in Deutschland zur Zeit an der Spitze der öffentlichen Überwachung steht) wird neben dem Bahnhofsgebiet und der Innenstadt nun auch das Connewitzer Kreuz mit einer Kamera überwacht, ausgerechnet der Stadtteil, der als Zentrum der Leipziger alternativen Szene gilt.

#### VERNETZUNG

Bedenklich wird die Videoüberwachung aber vor allem, wenn eine Vernetzung mit anderen Datenbanken und elektronischen Identifizierungssystemen stattfindet. Skeptiker wie Davis, Norris und Wright sehen im Anlegen von Bilddatenbanken über die Bevölkerung eine logische Konsequenz aus dem Vorhandensein der technischen Möglichkeiten:

The revolution in urban surveillance will reach the next generation of control once reliable face recognition comes in. It will initially be introduced at stationary locations, like turnstiles, customs points, security gateways, etc., to enable a standard full face recognition to take place. However, in the early part of the 21st century, facial recognition on CCTV will be a reality and those countries with CCTV infrastructures will view such technology as a natural add-on. (Wright 1998)

Tatsächlich hat die britische Polizei bereits einige Bilddatenbanken über verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Hooligans, BankräuberInnen, DemonstrantInnen und angeblich illegale ImmigrantInnen angelegt, und weitere werden folgen (vgl. *The Usual Suspects* 2000). So werden z.B. alle Paßbilder in Großbritannien digitalisiert und in einer Datenbank gesammelt. Auch die europäischen Datenschutzbestimmungen sind in diesem Bereich unzureichend; in einem Arbeitspapier für das Europäische Parlament stellt Steve Wright deshalb die Forderung, rechtzeitig strenge Richtlinien für die Nutzung neuer Technologien zu erarbeiten:

It is important to set clear guidelines and codes of practice for such technological innovations, well in advance of the digital revolution making new and unforeseen opportunities to collate, analyze, recognise and store such visual images. Such regulation will need to be founded on sound data protection principles and take cognizance of article 15 of the 1995 European Directive on the protection of Individuals and Processing of Personal Data. (Wright 1998)

Doch auch strengere Datenschutzrichtlinien sind keine Garantie, die vor Mißbrauch schützt; schon jetzt speichern deutsche VerfassungsschützerInnen Daten länger als erlaubt, landet z.B. in Bayern jeder zehnte Bürger, jede zehnte Bürgerin in den Akten, viele davon ganz ohne Tatverdacht, und Zusätze wie 'Ansteckungsgefahr' und 'geisteskrank' sind in Polizeicomputern neben den persönlichen Daten gespeichert (vgl. Spiegel 27/ 99a: 117). Welche Datenbanken nichtstaatliche Stellen anlegen, kann sowieso nicht kontrolliert werden. "Jeder Bundesbürger über 18 Jahren ist durchschnittlich in 52 kommerziellen Datenbanken erfaßt" (ebd.: 116), die Angaben über Konsumverhalten, Reisen, Krankheiten, Versicherungen, ArbeitgeberIn,

<sup>88</sup> Dies läßt sich auf jeder etwas größeren Demonstration unschwer beobachten.

Schulabschlüsse, Wohnverhältnisse, Bankkonten und vieles mehr enthalten, hinzu kommen die öffentlichen Datenbanken von Meldeämtern und anderen Behörden:

Solange die Datenbanken hübsch getrennt bleiben und die Datenschutzgesetze beachtet werden, hat keiner Grund zur Besorgnis. Menschengruppen allerdings, die unter Sonderbeobachtung des Staates stehen, wie Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber, Prostituierte, Vorbestrafte und Extremisten, müssen damit rechnen, daß ihre Daten vernetzt werden. (Spiegel 27/ 99a: 116f)

Deshalb prophezeit auch Simon Davis von der *London School of Economics* und Direktor der Bürgerrechtsorganisation *Privacy International*:

"[D]er nächste Schritt werden Identifikationsstellen in Kaufhäusern oder am Eingang von Geschäftszentren sein" [...]. "Und warum sollte man bei den Dieben aufhören?" [...] "Warum soll man Obdachlose in einer Geschäftsstraße dulden? Oder Fixer in der Innenstadt?" (Spiegel 27/ 99b: 124)

### RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND AUSGRENZUNG

Ein Argument *für* CCTV ist die angebliche Neutralität der Überwachungstechnologie; die Kamera kennt keine Vorurteile und beobachtet alle Menschen gleich (vgl. z.B. Oc/ Tiesdell 1997: 131). Doch auch ohne Vernetzung dient Videoüberwachung dazu, ganz bestimmte Menschen zu kontrollieren und auszugrenzen; das 'freundliche Auge am Himmel' bzw. das 'wachsame Auge des großen Bruders' fällt eben nicht mit gleichbleibendem Wohlwollen auf alle Menschen, sondern funktioniert im Interesse bereits bestehender Herrschaftsstrukturen und Ausschlußmechanismen:

It may be a technological feature of the surveillance camera that enables it to identify a person's race, but it is a racist society that wants that information and that turns it into knowledge ... (Fiske 1998: 85)

Die Neutralität gilt zwar für die Kameras an sich (zumindest solange sie nicht selbständig Menschen identifizieren können), nicht aber für die Menschen hinter den Bildschirmen, die die Bilder auswerten, die Kameras steuern und gegebenenfalls die Polizei oder den Sicherheitsdienst alarmieren. Diese müssen zwangsläufig aufgrund von äußerlichen Merkmalen werten und auswählen, wer genauer beobachtet werden soll:

"In a busy street," says Norris, "there are hundreds of issues to focus on. So how do you decide who's a likely trouble-maker and who's not? The answer, in all cases, is that it's based on crude stereotypes." The targets are men rather than women, young men rather than middle-aged or elderly men, black men before white men. If you're a young black man in a baseball cap, then your every move is likely to be under observation. "Older men are largely ignored," Norris says, "and when women are looked at, it's for voyeuristic reasons." (Guardian 8.12.99)

Einsätze der Polizei oder des privaten Sicherheitsdienstes, die auf Hinweise aus dem Kontrollraum folgen, treffen deshalb überproportional ohnehin marginalisierte Menschen, ohne daß diese sich dazu gesetzeswidrig oder auch nur auffällig verhalten müssen. Norris und Armstrong (1999) haben untersucht, *wer* von den öffentlichen CCTV-Kamerasystemen beobachtet wurde; dazu haben sie 600 Stunden lang die Arbeit von Videooperatoren in drei unterschiedlichen Kontrollräumen untersucht. Die Kriminologen kamen zu dem Ergebnis, daß 40% der gezielten Kamerabeobachtungen auf Menschen abzielen, die bestimmten

subkulturellen Gruppen angehören, ohne daß diese sich in irgendeiner Weise auffällig verhalten. Die Wahrscheinlichkeit für Schwarze, Gegenstand einer intensiveren Beobachtung zu werden, war dabei 1 \_ bis 2 \_ mal größer als bei Weißen. Ebenso wurden alle jene verstärkt beobachtete, die aufgrund der individuellen Einstellung der TechnikerInnen als 'nicht ins Straßenbild passend' gewertet wurden. Eine von zehn Frauen wurde laut der Studie allein aus voyeuristischen Gründen beobachtet. Die Schlußfolgerung der beiden Kriminologen lautet deshalb, daß CCTV bestehende Ungleichheiten verstärkt, anstatt soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen:

The gaze of the cameras does not fall equally on all users of the street but on those who are stereotypical predefined as potentially deviant, or through appearance and demeanour, are singled out by operators as unrespectable. In this way youth, particularly those already socially and economically marginal, may be subject to even greater levels of authoritative intervention and official stigmatisation, and rather than contributing to social justice through the reduction of victimisation, CCTV will merely become a tool of injustice through the amplification of differential and discriminatory policing. (The Usual Suspects 2000)

Oc und Tiesdell kommen zu einem ähnlichen Ergebnis und weisen darauf hin, daß die Macht, die von den Kameras ausgeübt wird, leicht zu unterschätzen ist und die räumliche Bewegungsfreiheit bestimmter Menschen einschränken kann:

CCTV systems can give relatively unregulated individuals or agencies considerable and largely invisible powers to decide who merits closer scrutiny and control, and who has unhindered access to an area. Such powers may inevitably be based on their prejudices about appearances and associations rather than by evidence (Oc/ Tiesdell 1997: 140).

Wie rassistisch visuelle Überwachung auf die Betroffenen wirkt, versucht Fiske (1998) zu schildern. Ein schwarzer Professor berichtet, wie das Bewußtsein darüber, daß er als Schwarzer an den überwachten Eingängen der *Gated Communities* argwöhnisch beobachtet wird, dazu führt, daß er es vermeidet, dort lebende Freunde und Kollegen zu besuchen. Dieses Bewußtsein (und das Wissen darüber, daß Weiße dieser Form der Überwachung nicht ausgesetzt sind) wird als Teil rassistischer Diskriminierung erlebt. Die daraus entstehenden Vermeidungsstrategien schränken die Betroffenen in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich ein. Andere müssen sich einem bestimmten Verhaltenskodex unterwerfen oder gewisse Kleidung (nicht) tragen, um an bestimmten Orten nicht angehalten und durchsucht oder abgewiesen zu werden (vgl. Fiske 1998: 81f). Überwachung trägt so dazu bei, kulturelle Unterschiede unsichtbar zu machen und kulturellen oder politischen Dissens zu verhindern:

Surveillance is a technology of normalization that identifies and discourages the cultural expression and behavior of social formations that differ from those of the dominant, and thus chills any display of public difference. (Fiske 1998: 83)

Die Macht, die hinter dem Auge der Kamera steht, ist abstrakt und unsichtbar im Sinne des Bentham'schen Panoptikons 'sehen ohne gesehen zu werden'; dennoch sind ihre Auswirkungen alles andere als unsichtbar. Die Kameras wirken nicht nur mittelbar durch den Einsatz von Sicherheitskräften, sondern signalisieren bestimmten Menschengruppen ganz direkt: 'Du hast hier nichts zu suchen'. Sie wirken so als Ausschlußmechanismen, die keineswegs zufällig, sondern durchaus erwünscht sind und stellen somit eine (rassistische) Ordnung des öffentlichen

städtischen Raums dar: "Surveillance is a technology of whiteness that racially zones city space by drawing lines that Blacks [!] cannot cross and whites cannot see" (ebd.: 69).

Der Bürgermeister von Newham, Robin Wales, der den Ostlondoner Stadtteil mit einer restriktiven *law-and-order*-Politik und 250 Videokameras sowie einem Gesichtserkennungssystem von einer 'gesetzfreien Zone' in einen "Hochsicherheitstrakt, in dem Disziplinlosigkeit und Aufruhr nicht mehr geduldet werden" (Spiegel 27/ 99b: 123), verwandelt hat, so der Spiegel, hat damit überwiegend Beifall von den AnwohnerInnen geerntet. Auf die Ergebnisse der Studie von Armstrong und Norris reagiert er mit Gleichgültigkeit, da es ihm gar nicht um Kriminalitätsbekämpfung geht, sondern allein darum, daß sich der (für ihn) entscheidende Teil der Bevölkerung sicherer fühlt. Daß andere dafür diskriminiert und ausgegrenzt werden, ist völlig unerheblich (vgl. ebd.).

Auch die Hoffnung, durch das neutrale CCTV-System Übergriffe der Polizei aufzuklären und so zu mehr sozialer Gerechtigkeit beizutragen, ist fragwürdig, solange die Polizei selbst im Besitz des Beweismaterials ist: Zwar speichern die Kameras nicht nur etwaige Straftaten, sondern auch beispielsweise die Reaktion der Polizei, doch gibt es immer wieder Meldungen von unterschlagenem Videoaufnahmen.<sup>89</sup> Und verhindern können die Kameras staatliche Gewalt ebenfalls nicht. Die einzigen, die niemals Ziel der Kamerabeobachtung wurden (es sei denn zu ihrer eigenen Sicherheit), waren Menschen in Uniform, so die Untersuchung von Armstrong und Norris (vgl. *The Usual Suspects* 2000).

Deutlich geworden sein sollte, daß Überwachungstechnologien nicht neutral sind, sondern bestehende Hierarchien perpetuiert und Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus und soziale Marginalisierung fortsetzen. Anstatt tatsächlich vorhandene Probleme zu lösen, werden eine Reihe neuer Probleme geschaffen. Bei genauerer Betrachtung dient Videoüberwachung weniger der individuellen Sicherheit, als vielmehr dem ungestörten Konsum und wachsenden Umsätzen: Sicherheit als Standortfaktor bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl der *KonsumentInnen* als Standortfaktor. Sicherheit meint in diesem Zusammenhang vor allem, vor unangenehmen Begegnungen geschützt zu sein (vgl. Kap. 1.3), die Überwachung der Innenstädte geschieht meiner Meinung deshalb in erster Linie im Interesse der Geschäftsleute. In Monte Carlo, wo alle 'neuralgischen Punkte' (dazu zählen Fußballstadien und Parkhäuser, Banken und Juweliere, Boutiquen und Apotheken) umfassend überwacht werden, meinte ein Verantwortlicher ganz offen: "Wir überwachen diese Orte, damit die

---

<sup>89</sup> So hatte die Londoner Polizei ein möglicherweise wichtiges Beweismaterial enthaltendes Video 'verloren', nachdem der zwanzigjährige Ricky Reel 1997 in einem Kanal ertrunken war – der junge Asiate war spät abends zusammen mit drei Freunden von weißen Rassisten beschimpft worden und später verschwunden. Die Polizei hatte die Anrufe der Eltern ignoriert und nach dem Auffinden der Leiche eine Woche später den Tod als Unfall deklariert. 1999 wurde dieses Urteil von einer Untersuchungskommission aufgehoben und drei Beamte für die Vernachlässigung ihrer Dienstpflicht verurteilt (s. *Guardian* 9.11.99).

Personen, die da ein und aus gehen, völlig ungestört bleiben und nicht belästigt werden" (Zitat aus Leuthardt 1996: 82).

Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, daß das subjektive Gefühl der Bedrohung vieler Menschen in den Städten (egal wie begründet oder unbegründet) nicht ernstzunehmen sei. Die Frage, ob Videoüberwachung ein angemessenes Mittel ist, mit diesen Problemen umzugehen, ist dennoch berechtigt. Und auch wenn man diese Frage mit ja beantwortet, schließt sich daran die Frage an, ob etwaige Nachteile und Gefahren dafür in Kauf zu nehmen sind. Die häufigste Antwort darauf ist, daß im Einzelfall abzuwägen ist, was schwerer wiegt.

Wie soll abgewogen werden, ob eine versteckte Kamera in Umkleidekabinen gerechtfertigt ist, wenn dadurch möglicherweise Diebstähle verhindert werden? Ob eine Kamera im Innenstadtbereich gerechtfertigt ist, wenn sich dadurch die alte Dame sicherer und der junge Immigrant diskriminiert fühlt, oder wenn mit dieser auch Privatwohnungen eingesehen werden können? Oder wenn eine Kamera auf der Toilette zwar möglicherweise hilft, Vergewaltigungen aufzuklären, gleichzeitig aber das Recht auf Intimsphäre verletzt? Wenn mit Kameras, die den Verkehr regeln sollen, auch DemonstrantInnen oder DissidentInnen denunziert werden? Wenn Kameras an sogenannten 'gefährlichen Orten' diese erst als solche stigmatisieren? Was wiegt schwerer, das subjektive Sicherheitsgefühl der Mehrheit oder die reale Ausgrenzung von Minderheiten?

Hierbei wird schnell vor allem eins deutlich: Die Antwort wird unterschiedlich ausfallen, je nachdem, welche soziale Rolle eine Person innehält: ob Mann oder Frau, alt oder jung, GeschäftsinhaberIn oder Kunde/Kundin, legaleR StaatsbürgerIn oder illegalisierteR ImmigrantIn, Schwarz oder Weiß, AngehörigeR einer 'sozialen Randgruppe' oder des etablierten Mittelstands, angepaßt oder nicht, politisch aktiv oder nicht... die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Glaubt man aber den Studien, die besagen, daß CCTV gar nicht zur Sicherheit beiträgt, womöglich nicht einmal das Sicherheitsgefühl stärkt, dann werden diese Fragen, zumindest in Bezug auf Videoüberwachung im öffentlichen Raum, ohnehin obsolet.

#### FRAUEN UND VIDEOÜBERWACHUNG

Gerade Frauen werden in diesem Zusammenhang gerne als Begründung benutzt, um Überwachungsmethoden durchzusetzen (auffällig ist diese Argumentationsstruktur auch bei der Einführung von Gen-Datenbanken). Ganz selbstverständlich wird immer davon ausgegangen, daß Videoüberwachung im Interesse von Frauen ist und zu ihrer Sicherheit bzw. zur Verbesserung ihres Sicherheitsgefühls beiträgt. Dagegen spricht, daß Frauen im allgemeinen nicht als potentielle Kriminelle gelten und deshalb auch kaum zu den beobachteten Personen gehören - obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, machten Frauen nur 7% der

gezielt beobachteten Personen aus, so die Studie von Norris und Armstrong (1999: 127). Aber auch als potentielle Opfer sind Frauen nahezu unsichtbar: Während 600 Beobachtungsstunden wurde nur *eine* Frau an einem Geldautomaten zu ihrem eigenen Schutz beobachtet (ebd.). Und selbst wenn beobachtet wurde, daß eine Frau Opfer männlicher Gewalt wurde, hatte dies keine Konsequenzen, wenn der Akt als '*domestic violence*' eingestuft wurde (vgl. Norris/ Armstrong 1999: 127-130).

Daß Videoüberwachung nicht zwangsläufig dem Schutz von Frauen dient, zeigt auch Sheila Brown (1998) in einer Untersuchung. Während das patriarchale Gesellschaftssystem erhalten bleibt und Frauen noch immer überwiegend im privaten Raum männlicher Gewalt ausgesetzt sind (vgl. Schlör 1994: 1345) - von Männern aus dem eigenen Bekannten- und Familienkreis - sollen sie nun durch Videokameras im öffentlichen Raum geschützt werden. Dadurch werden Frauen einerseits auf ihre Rolle als passive und hilflose Opfer festgelegt, während andererseits suggeriert wird, es gäbe sichere (dies sind die privaten) und gefährliche Räume (die Öffentlichkeit) für Frauen. Videoüberwachung unterstützt so die Reproduktion bürgerlich-patriarchaler Werte. Zusätzlich gilt, daß nur ganz bestimmte Männer zu Tätern stilisiert werden; der inländische 'Durchschnittsman' und sein ganz 'normales' sexistisches Verhalten Frauen gegenüber wird nicht in Frage gestellt.

Interessant in diesem Zusammenhang ist folgendes Ergebnis der Studie von Brown: Während die Gefahr, tatsächlich tätlich angegriffen zu werden, gerade für Frauen im öffentlichen Raum gering ist (2% für Frauen, im Vergleich zu 20 % für Männer), gaben 45 % der Frauen an, innerhalb des vergangenen Jahres 'angestarrt' worden zu sein und 38 % wurde in eine Art und Weise 'hinterher gerufen', die ein Gefühl des 'Unwohlseins' bei den betroffenen Frauen hervorrief (Brown 1998: 212).<sup>90</sup> Das, wovon Frauen sich am häufigsten im öffentlichen Raum belästigt und bedroht fühlen, nämlich taxierende Blicke, diskriminierende Bemerkungen sowie generell gewaltätiges Auftreten von Männern, bleibt durch CCTV unangetastet. Gleichzeitig werden Frauen durch Videoüberwachung (und das hauptsächlich männliche Überwachungspersonal) einmal mehr Objekt voyeuristischer männlicher Phantasie (s.o., sowie Brown 1998: 218).

Sicherlich gibt es gerade für Frauen viele zu recht angstbesetzte Räume in den modernen Städten, z.B. die oft genannten 'dunklen Unterführungen', doch es bleibt höchst fraglich, ob ausgerechnet Videoüberwachung eine sinnvolle Lösung dieses Problems darstellt. Andere Möglichkeiten wären das grundsätzliche Abschaffen solcher Räume, die darauf basieren, daß

<sup>90</sup> Von den Männern, die zugaben, Frauen im öffentlichen Raum der Innenstadt zu belästigen - durch Blicke (45%), Bemerkungen (27%), verbale (8%) oder physische Bedrohung (5%) und Angriffe (4%) - glaubten 62%, daß dies den Frauen schmeichelt oder Spaß macht, während mehr als ein Drittel sich so verhielten, *obwohl* sie glaubten, daß es Frauen Angst macht oder sie zumindest beunruhigt (Brown 1998: 212f).

sich die Menschen dem Autoverkehr unterzuordnen haben und nicht umgekehrt (ein Relikt aus der modernen Stadtentwicklung der Nachkriegszeit), eine bessere Beleuchtung (siehe dazu Townshend (1997) über die oft unterschätzte Rolle der Beleuchtung für das subjektive Sicherheitsgefühl), mehr weibliches Wachpersonal bzw. Polizistinnen auf Fußstreife, Frauen-Nachttaxis oder öffentliche Transportmittel nur für Frauen.<sup>91</sup>

Viele Angsträume werden dadurch erst konstruiert, daß immer wieder Bilder der ihrer Handtasche beraubten Oma oder des unbekanntes Vergewaltigers benannt werden. Mit Sicherheit ist es verkürzt zu behaupten, Videoüberwachung geschähe ausschließlich zum Vorteil von Frauen, und es entsteht für mich der Eindruck, daß es sich hierbei um einen Vorwand in doppelter Hinsicht handelt: Es wird suggeriert, daß die reale Bedrohung von Frauen vermindert würde und gleichzeitig lassen sich umstrittene und kostspielige Technologien auf diese Weise durchsetzen.

### **3.4 Vom Panopticon zum 'gläsernen Menschen'**

#### SICHTBARKEIT / UNSICHTBARKEIT

Die Fähigkeit, Dinge oder Menschen sowohl sichtbar als auch unsichtbar zu machen, ist ambivalent: Sie läßt sich als Machtinstrument einsetzen, kann aber auch ein Mittel der Befreiung sein. Die Boulevardpresse lebt davon, Privates zu veröffentlichen. Aber immer mehr Menschen veröffentlichen ihr Privatleben ganz freiwillig oder setzen sich der Überwachung durch Fernseh- oder Internetkameras rund um die Uhr aus. Nichts scheint heute zu peinlich für eine Talk- oder Reality-Show - das Zurschaustellen der eigenen Gefühle und Ängste, selbst des eigenen Versagens, vor einem möglichst breiten Publikum ist lustvoll, weil es das Individuum aus der anonymen Masse heraushebt und noch der größten Unbedeutsamkeit Beachtung zumißt. Dadurch verschwinden die Grenzen zwischen öffentlich und privat immer mehr. Wichtig bei dieser Selbstdarstellung ist jedoch, *wer* die Macht hat, über die Veröffentlichung von Privatem zu entscheiden. So lange es sich hierbei um die freiwillige Entscheidung der Betroffenen handelt, kann die Wirkung eine positive, heilende und selbstverwirklichende sein (etwa beim öffentlichen *coming-out* von Schwulen und Lesben):

That unstable boundary between the private and the public is so deeply fascinating to us because controlling the movement across it determines whether the private functions as a zone of containment or of freedom: it determines whether making public is a violation of privacy or an assertion of one's rights to a presence in public space. (Fiske 1998: 77f)

Die Macht besteht darin, darüber zu entscheiden, was öffentlich/sichtbar und was privat/unsichtbar bleibt. Gerade darin besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der *Big*

<sup>91</sup> In Bombay z.B. gibt es, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, in allen Nahverkehrszügen Abteile (und zu bestimmten Zeiten ganze Züge) nur für Frauen. Die Vorteile liegen auf der Hand, denn in den zu den Hauptverkehrszeiten überfüllten Zügen ist sexuelle Belästigung an der Tagesordnung. Zu Nachtzeiten ziehen jedoch viele Frauen die gemischtgeschlechtlichen Wagons den oft völlig verwaisten Frauenabteilen vor. Zudem betrachten es manche Männer als 'sportliche Herausforderung', die Frauenabteile trotz Verbots zu benutzen.

*Brother*-Fernsehshow und öffentlicher Videoüberwachung. Unsichtbarkeit ist ebenso wichtig wie Sichtbarkeit. Die Macht zu haben bedeutet auch, Bestimmtes aus der öffentlichen Wahrnehmung (und auch wortwörtlich von den Videobändern) zu löschen.

Invisibility is managed in part by techniques of erasure, by which the operation of power and the doings of the powerful are rendered unseeable; in part by techniques of containment, by which the ghetto or the the obscene may be refused public visibility; and, conversely, by refining the techniques of surveillance so that the unavoidably invisible (the private realm of the disempowered) may be seen, known and disciplined. (Fiske 1998: 78f)

Deshalb ist auch die Gegenüberwachung eine wichtige Widerstandsform, wie sie von Gruppen wie 'Copwatch' in den USA oder 'Undercurrents' in Großbritannien eingesetzt wird, um das Verhalten der Polizei bei Einsätzen zu dokumentieren. Auch die Boulevardpresse beteiligt sich in einem gewissen Sinne an dieser Gegenüberwachung, wenn es um das Aufdecken von Skandalen geht. Der wohl spektakulärste Fall dieser Art war der von Rodney King, der im März 1991 von amerikanischen Polizisten zusammengeschlagen wurde, ein Vorfall, der zufällig von Videokameras aufgezeichnet und dann in den Medien veröffentlicht wurde. Im Juli 2000 kam es in Philadelphia zu einem ähnlichen Vorfall, der von TV-Kameras aus Hubschraubern<sup>92</sup> heraus gefilmt wurde (vgl. Focus 33/00: 56).

#### DIE DEZENTRALISIERUNG DER MACHT

Betrachtet man den gegenwärtigen Stand des Einsatzes von Überwachungstechnologien und speziell von Videoüberwachungssystemen, dann wird sehr oft die Metapher vom '*Big Brother*' bemüht, denn der wissende Blick der Kamera scheint vielerorts allgegenwärtig. Dennoch ist der naheliegende Vergleich nicht ganz richtig gewählt, denn es geht nicht um einen zentralistischen Überwachungsstaat im Sinne von George Orwells Roman '1984', sondern um viele 'kleine Brüder' mit sehr unterschiedlichen, oftmals kommerziellen, Interessen:

In Orwells "1984" ist klar, wer die Menschheit überwacht; in der Welt von 1999 ist nicht mehr klar, wer wen wann warum überwacht; klar ist nur, daß die Überwachung heute totaler ist, als Orwell sie sich Ende der vierziger Jahre ausmalen konnte.

Die Staatsdiener haben ihr Überwachungsmonopol verloren und konkurrieren mit Unternehmern und Gangstern, mit Terroristen und Spannern um den besten Blick durchs Schlüsselloch. Nicht ein Auge, nicht tausend Augen, Hunderttausende Augen bewachen die Menschheit. Das beunruhigt die einen und beruhigt die anderen. (Spiegel 27/ 99a: 122)

Anstelle des Überwachungsstaats droht vielmehr die *Überwachungsgesellschaft*. Das soll nicht bedeuten, daß der Staat nicht seine eigenen Interessen verfolgen würde, wenn es etwa um die Verfolgung von sogenannten Staatsfeinden wie 'illegalen ImmigrantInnen', angeblichen 'kriminellen AusländerInnen', 'TerroristInnen' oder 'Autonomen' geht, oder um das Aufrechterhalten der 'öffentlichen Ordnung' bzw. der 'Inneren Sicherheit'. Doch (post-) moderne Städte wie New York oder London, Hongkong oder Los Angeles werden gleichzeitig von Stadtverwaltung, Polizei, Verkehrsbehörden, privaten Sicherheitsdiensten und

<sup>92</sup> Eine gängige Praxis in den USA: Dort kreisen permanent Hubschrauber mit Fernsehkameras über den Großstädten, nicht nur zur Verkehrsberichterstattung sondern auch um live über spektakuläre Verfolgungsjagden der Polizei o. ä. im *Reality-TV* zu berichten (vgl. z.B. Jungle World 4.10.00: 16).

Einzelhandelsvereinigungen überwacht. Kennzeichnend für die Überwachungsgesellschaften ist auch das Zusammenspiel von staatlichen und privaten Interessen. Staat und Kapital kooperieren oder nutzen dasselbe System.

Das drückt sich z.B. in der Finanzierung von Videoüberwachungssystemen aus: Während in Manhattan 90 % der Überwachungskameras von Privatfirmen installiert werden (vgl. Woche 26.11.99), sind es in Großbritannien meist privatwirtschaftlich-öffentliche Partnerschaften, die die Videoüberwachungssysteme bewirtschaften. In Deutschland gibt es private Zuschüsse zur öffentlichen Überwachung (in Dresden stiftete ein Kaufhaus 100 000 DM für eine Kamera - vgl. Spiegel 46/ 99: 77), dazu kommt die gemeinschaftliche Nutzung und gegenseitigen Weitergabe von Daten, z.B. bei der bereits erwähnten Nutzung des Kamerasystems der Deutschen Bahn AG durch den BGS (s. Kap. 3.2). Oftmals ergänzen sich staatliche und privatwirtschaftliche Interessen ohnehin, beispielsweise wenn es um die Vertreibung unerwünschter Personen aus Einkaufszonen oder Bahnhöfen geht.

Gleichzeitig ist die Überwachungstechnologie ein lukratives Geschäft: Die amerikanische Branchenvereinigung SECURITY INDUSTRY ASSOCIATION prognostiziert für 1999 Gewinne von zwölf Milliarden Dollar, eine Steigerung von 22 % zum Vorjahr (Woche 26.11.99). Vorschläge, die Überwachung in den USA einzuschränken, wurden 1991 und 1993 durch eine Lobby von 12500 Firmen verhindert (Village Voice 30.10.98). Dabei, so Davis, produziert das Angebot von Sicherheitseinrichtungen seine eigene Nachfrage, das Geschäft belebt sich selbst (Davis 1994: 260).

Videüberwachung, so wurde gezeigt, dient unter anderem der Kontrolle und Normierung menschlichen Verhaltens. Die neuen technologischen Entwicklungen stellen dabei eine erhebliche Ausweitung dieser Kontrolltechnik dar, die nicht nur den öffentlichen, sondern möglicherweise auch den privaten Raum zunehmend betreffen wird. Die Fähigkeit zu sehen, Unsichtbares sichtbar zu machen, dient der Durchsetzung und Sicherung kultureller Hegemonie:

The power to produce the normal may be the ultimate social power, but its effectiveness depends upon its ability to extend the normal over the entire social domain. To achieve this, power needs to be able to see what it has categorized as the abnormal, for the abnormal is where the threat to the established order originates; it is, therefore, where social change originates. The abnormal is where power needs to concentrate its disciplinary mechanisms, and to the extent that the private is where abnormality may occur, we may expect it to be increasingly disciplined by surveillance. (Fiske 1998: 82)

Unterscheidet man die Videoüberwachung nach ihren erklärten Zielen (Prävention und Strafverfolgung), so ergibt sich folgendes Bild: Die präventive Videoüberwachung, die auf Sichtbarkeit setzt, stellt eine Fortführung alter Disziplinartechniken dar. Nachdem im 17. und 18. Jahrhundert mit Entstehung der höfischen Gesellschaft die auf bestimmten Verhaltensmaßnahmen beruhende Selbstbeherrschung und -kontrolle gesamtgesellschaftlich

durchgesetzt wurde (wie von Norbert Elias beschrieben - vgl. Monde Diplomatique 13.3.98), wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts das 'passende Individuum' durch panoptische und disziplinar-technische Dispositive produziert. Eingesperrt in Institutionen wie Schule, Fabrik oder Krankenhaus, eignet sich das Individuum (nach Foucault) selbst "die Zwänge der Macht" (ebd.) an. Macht ist hier aber schon nicht mehr auf den Staat beschränkt, sondern durchzieht, netzwerkartig, die gesamte Gesellschaft.

Das von Foucault beschriebene Panopticon von Bentham (vgl. Kap. 1.2) stellt dabei "ein verallgemeinerungsfähiges Funktionsmodell" dar, anhand dessen sich "die Beziehungen der Macht zum Alltagsleben der Menschen definiert" (Foucault 1994: 263), auch wenn es sich ursprünglich auf den modernen Strafvollzug bezog. Die "zentralen Strukturen der Macht" (Wunderlich 2000: 85) dieses 'abstrakten Schemas' sind Sichtbarkeit, Individualisierung, Internalisierung und Anonymität der Macht (vgl. ebd.): "In der hierarchisierten Überwachung der Disziplinen ist die Macht keine Sache, die man innehat, kein Eigentum, das man überträgt; sondern eine Maschinerie, die funktioniert" (Foucault 1994: 228f).

In der Mitte des 20. Jahrhunderts haben die alten Disziplinarmaßnahmen weitgehend ihre Wirkung verloren, seit dem befinden sich die Institutionen in der Krise. Die Videoüberwachungstechnologie stellt nun den Versuch einer Modernisierung der alten panoptischen Dispositive dar, so André Vitalis (vgl. Monde Diplomatique 13.3.98). Im Gegensatz zu früher ist die Kontrolle heute weder räumlich noch zeitlich begrenzt. Die panoptische Wirksamkeit der Videoüberwachung schließt auch den öffentlichen Raum mit ein, bzw. "Nicht-Orte" (Marc Augé - vgl. ebd.) wie Flughäfen und Einkaufszentren, an denen die Identität der Individuen nur noch partiell oder anonym zum Ausdruck kommt:

Die allgemeine Funktion, "gesehen zu werden, ohne je selbst zu sehen", die bislang geschlossenen Räumen vorbehalten blieb, wird nun auch auf offene Räume ausgedehnt, in denen sich die zunehmend mobilen Individuen bewegen. (Monde Diplomatique 13.3.98)

Entscheidend hierfür ist, daß sich die Individuen der Überwachung bewußt sind: Die "Schaffung eines bewußten und permanenten Sichtbarkeitszustandes" stellt "das automatische Funktionieren der Macht" (Foucault 1994: 285) sicher und ist damit ein Hauptwirkungsmechanismus der panoptischen Macht, so Foucault. Gerade deshalb werden Kameras heute oft gut sichtbar angebracht oder durch Hinweisschilder gekennzeichnet (dies hat allerdings auch datenschutzrechtliche Gründe). Aber auch wenn dies nicht der Fall ist, gibt es in einigen Räumen (z.B. Kaufhäusern) ein entsprechendes Bewußtsein darüber, daß Kameras vorhanden sind oder sein könnten. Selbst wenn tatsächlich niemand hinter dem Bildschirm sitzt (oder keine Kamera vorhanden ist), funktioniert so die Verhaltenskonditionierung, ganz wie schon in Benthams Panopticon. Nach Paul Virilio betrifft diese Konditionierung nicht nur potentielle StraftäterInnen, sondern alle Individuen: "Videoüberwachung ist Befehlsgewalt über

Verhaltensweisen. Sie schreckt Straftäter ab, verändert aber gleichzeitig auch die Verhaltensweisen aller Menschen" (Paul Virilio, zitiert nach Monde Diplomatique 13.3.98).

Der Prozeß der Überwachung ist dabei schon an sich eine Form der Machtausübung. Besonders wirksam ist diese Macht, weil die repressiven Funktionen immer hinter den allgemeinnützigen, wohltätigen und fortschrittlichen verborgen bleiben. Wie schon das benthamsche Gefängnis als humane, reformistische Institution gedacht war, mit dem 'gütigen Auge Gottes' im Zentrum, so steht bei den Diskussionen um Videoüberwachung immer der Nutzen für die Allgemeinheit im Vordergrund und verdeckt die negativen Folgen.

Einige Formen der Videoüberwachung versetzen das Individuum gleichzeitig auch noch in die Rolle der/des Überwachenden, wenn z.B. in Wohnkomplexen die Bilder von gemeinschaftlich genutzten Räumen wie Eingangsbereich, Flur oder Spielplatz über das Sicherheitssystem in das hauseigene Fernsehprogramm eingespeist werden oder wenn die Aufnahmen von Überwachungskameras über das Internet frei zugänglich sind. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt die "ständige Umkehrung der Machtrelationen" (Wunderlich 2000: 90), nur weil die jeweiligen Positionen von jedem / jeder zu jeder Zeit besetzt werden können (also alle zugleich ÜberwacherIn und ÜberwachteR sind), wie Wunderlich impliziert. Zum einen haben nicht alle gleichen Zugang zu den entsprechenden Vorrichtungen (z.B. Internet), zum anderen bleiben die Interventionsmöglichkeiten geprägt von Hierarchien. Zudem wird das, was als erlaubt oder normal gilt, auch weiterhin durch Machtstrukturen geprägt, so daß bestehende Machtverhältnisse insgesamt unangetastet bleiben.

Die zweite Funktion der Videoüberwachung (Strafverfolgung) stellt für Vitalis eine neue Form der Kontrolle dar: Indem eine anonyme, unsichtbare, bürokratische und abstrakte Maschinerie Informationen über das Individuum sammelt, wird es "auf einen Informationsgegenstand reduziert" (Monde Diplomatique 13.3.98) - hier liefert die Videoüberwachung lediglich weitere, visuelle Informationen zu bereits bestehenden Datenbanken, hier kommt auch die Kombination mit technologischen Identifizierungsmethoden, digitaler Signatur und 'Datenspuren' ins Spiel. Gegebenenfalls greift eine Kontrollinstanz dann ein. Doch auch privatwirtschaftliche Interessen stehen hinter dieser Entwicklung. Vor allem das Internet stellt einen Raum dar, in dem eine lückenlose Überwachung der Individuen leicht realisierbar ist (vgl. Jungle World 25.10.00).

Das Individuum wird so zum 'gläsernen Menschen', die Videoüberwachung und andere technologische Überwachungsmethoden erhöhen die ohnehin schon vorhandene Transparenz der Bevölkerung in modernen, bürokratischen Gesellschaften. Dadurch kann es zu Übergriffen auf die persönlichen Freiheitsrechte kommen: das Recht, sich unbeobachtet in der Öffentlichkeit zu bewegen, das Recht auf Privatsphäre und das Recht am eigenen Bild. Letztlich stehen wieder

Freiheitsrecht und das Recht auf Sicherheit gegeneinander. Kompromisse zu finden ist schwierig, zwar können strengere Datenschutzrichtlinien dazu beitragen, die persönlichen Freiheitsrechte so weit wie möglich zu schützen, doch bleiben Interessenkonflikte, gesellschaftliche Ungleichgewichte und Herrschaftsstrukturen bestehen.

Auch Deleuze sieht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine grundsätzliche Neuerung der Herrschaftsformen gegeben. Die Krise der Institutionen markiere das Ende der sogenannten Disziplinargesellschaften, die ihrerseits von den Kontrollgesellschaften abgelöst werden (vgl. Deleuze 1993). Die Entwicklung hin zu einer Überwachungs- und Kontrollgesellschaft verdeutlicht einmal mehr, daß Herrschaft und Macht nicht an einem Ort zu lokalisieren sind, sondern ein vielschichtiges Netzwerk innerhalb der Gesellschaft darstellen.

Unterdrückungsverhältnisse werden immer wieder reproduziert und durchziehen alle Gesellschaftsschichten, und auch die Kontrolle geht nicht mehr von einzelnen Institutionen aus. Vor allem die Arbeitsplätze der Dienstleistungsgesellschaft zeigen, daß freiwillige Selbstkontrolle und Konkurrenzdenken (unter dem Deckmantel der Teamarbeit) zu den wirkungsvollsten Disziplinierungstechniken der Kontrollgesellschaft gehören, während gleichzeitig externe Kontrollinstanzen (z.B. Videoüberwachung am Arbeitsplatz) und hierarchische Strukturen bestehen bleiben. Diese Dezentralisierung der Macht erschwert sowohl den Widerstand dagegen als auch die Möglichkeit, verborgene Strukturen zu erkennen (vgl. BGR 2000; Deleuze 1993).

## 4. Konsequenzen für den urbanen Raum

### 4.1 Islands of Civility - Islands of Control?

#### FUNKTIONALE BESCHRÄNKUNG DER STADT

Seit den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde versucht, den städtischen Raum ansprechender zu gestalten und der Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken und so der Stadt ihre urbanen Qualitäten zurückzugeben. Gleichzeitig jedoch, so Zukin (1995), fand eine 'Institutionalisierung' der Angst statt, die sich als kontraproduktiv erwies - die Gesellschaft setzte auf Ausschluß (Einsperren) und Militarisierung des städtischen Raums. Damals, so die Autorin, hätte die Gesellschaft die Möglichkeit gehabt, Armut zu beseitigen und ein integratives Gesellschaftsmodell zu verwirklichen: "Instead, they chose to *buy protection*, fuelling the growth of the private security industry" (Zukin 1995: 39; Hervorh. nicht im Original). Zukin spricht deshalb von einer 'Ästhetisierung' der Angst (ebd.).<sup>93</sup>

Die oft menschenfeindliche Gestaltung von städtischen Räumen hat somit nicht selten den (oft gar nicht intendierten?) Effekt, die städtische Bevölkerung, die ja den wichtigsten Bestandteil der Stadt darstellt, davon abzuhalten, ihre Stadt auch zu nutzen - und trägt damit zur wachsenden Verunsicherung bei. Daraus ergeben sich für Whyte ganz konkrete Maßgaben für die Gestaltung öffentlicher Räume, die darauf abzielen, den Stadtmenschen ein größtmögliches Ausmaß an Freiheiten und Wahlmöglichkeiten zu geben. Dennoch wird häufig das Gegenteil angestrebt, es wird den Menschen vorgeschrieben, wo sie langgehen, wo sie sitzen dürfen, wo sie stehen bleiben können und vor allem, wo sie all dies nicht sollen. Die Menschen (und Whyte meint hier unterschiedslos alle Menschen) werden gelenkt, genötigt und schließlich vertrieben. "It is difficult to design a space that will not attract people. What is remarkable is how often this has been accomplished" (Whyte 1988: 109).

Ein Grund dafür ist, daß der städtische Raum weniger als vielfältiger Lebensraum angesehen, als vielmehr auf seine Funktion als Wirtschaftsstandort beschränkt wird, der in erster Linie einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte garantieren soll. Überregional und international sehen sich die Städte in einem wachsenden Konkurrenzkampf untereinander, der von der Globalisierung des Kapitals und Dezentralisierung der Produktion noch verstärkt wird. Die strukturellen Veränderungen auf makro-ökonomischer Ebene haben durchaus konkrete Folgen

<sup>93</sup> Mike Davis beschreibt die Inszenierung und Ästhetisierung von Angst für Los Angeles in aller Ausführlichkeit in seinem neuesten Buch "Ökologie der Angst" (1999).

für die lokale städtische Planung und Politik; das verdeutlichen z.B. Investitionsprojekte wie der SPACE- oder OCEAN PARK im Land Bremen oder die EXPO 2000 in Hannover. Dieses Wettbewerbsdenken gilt aber auch für die Innenstädte, die sich von der Konkurrenz der privaten Einkaufszentren bedroht sehen und versuchen, sich diesen anzugleichen. Nicht selten wird die Forderung nach Sicherheit heute deshalb mit Standortpolitik begründet, und nicht etwa mit den Bedürfnissen der BürgerInnen/NutzerInnen der Stadt.

Die Umgestaltung der Stadt zu einem idealen Wirtschafts- und/oder Tourismusstandort erfordert die Erfüllung bestimmter Kriterien. Die Kommunen sehen sich deshalb verstärkt in der Pflicht, sich den privatwirtschaftlichen Anforderungen nach einem "konsumfreundlichen 'Umfeld'" anzupassen, das den "Sauberkeits- und Ordentlichkeitsmaßstäben der unterstellten Normkunden" (Voß 1997: 42) entspricht. Konsequenterweise werden auch aus den Innenstädten alle anderen Funktionen verdrängt. Als Ort für politische Veranstaltungen und Demonstrationen dienen sie (in der BRD) höchstens noch außerhalb der Ladenöffnungszeiten, als sozialer Treffpunkt für marginalisierte Gruppen oder Jugendliche am besten gar nicht mehr. Für viele ist das Stadtzentrum aber ein wichtiger Zufluchtsort und Versammlungsraum, mitunter sogar der einzige verbliebene Aufenthaltsraum. Die Funktion der Innenstädte wird jedoch zunehmend auf die von Konsum- und Vergnügungszentren reduziert:

Städte treten gleichsam als Lieferant und Garant für eine konsumfreundliche Infrastruktur auf, glauben, nur auf diese Weise das große Kapital zu Investitionen animieren zu können. Daraus folgt vielfach eine kommunale Sicherheitspolitik und eine Inanspruchnahme privater Dienste durch die Stadt, die den Sicherheitsstrategien des Privatgewerbes gleichen. (Voß 1997: 42)

Was passiert, wenn öffentliche Räume auf ihre Konsumfunktionen reduziert werden, zeigt sich besonders deutlich an den amerikanischen *Shopping Plazas* und *Malls*, die dort in zunehmenden Maße den traditionellen öffentlichen Raum ersetzen. Zielgruppenorientiert soll eine bestimmte Wohlfühlatmosphäre kreiert werden, *Shopping* wird zum *Event*, zum Erlebnis und somit zum Selbstzweck, der Raum selbst zur Ware.<sup>94</sup> Aktivitäten, die das Konsumverhalten negativ beeinflussen könnten, müssen dazu so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Als 'exzentrisches', nicht-tolerierbares Verhalten gilt dabei schon, sich dem Konsum zu entziehen ("persistent non-buying" -Whyte 1988: 208). Ältere Leute, für die Innenstädte oder Einkaufszentren eine Möglichkeit sind, der Einsamkeit der eigenen Wohnung zu entkommen, nehmen alle möglichen Strategien an, so Whyte, um in den *Malls* nicht aufzufallen und ungestört zu bleiben, wie unter anderem das Mitbringen von gefüllten Einkaufstaschen - jedoch nur eine, denn sonst könnten sie in den Verdacht geraten, obdachlos zu sein (vgl. ebd.: 208ff).

<sup>94</sup> Postmoderne Architektur eignet sich dabei besonders gut dazu, die konsumorientierte Funktionalisierung des städtischen Raums zu fördern, so Loukaitou-Sideris: "Chic architecture, stylish and highly ornamental materials intend to attract, impress and at the same time promote the feeling of affluence in a materialistic, capitalist society. Many new shopping plazas are dressed with a postmodern costume. The stylishness, superficiality and impression of affluence that postmodernism seeks to achieve blend well with the purposes of commercial enterprises [...] This type of design treats space as a commodity to be consumed [...] A fantasy-oriented design is created through design to support the shopping-as-entertainment theme" (Loukaitou-Sideris 1990: 50).

Eine ähnliche Entwicklung gilt aber auch für die BRD in bezug auf Teile der Innenstädte und andere zentrale Orte wie Bahnhöfe, die zur "Mall mit Gleisanschluß" (FR 1.7.00) werden sollen und damit weder als Aufenthaltsraum noch als Ort für politische Äußerungen fungieren dürfen.<sup>95</sup> Auch hier ist festzustellen, daß die traditionellen öffentlichen Räume sich verändern: Bis 2001 sollen 35 bundesdeutsche Bahnhöfe zu Ladengalerien ausgebaut werden, "[d]ie Ladengalerien fressen die letzten öffentlichen Plätze"(ebd.), so die Frankfurter Rundschau. Einkaufs- und Unterhaltungskomplexe wie das Oberhausener CENTRO oder der Potsdamer Platz in Berlin funktionieren als attraktiver Anziehungspunkt, die entsprechenden, als notwendig erachteten Sicherheitsvorkehrungen und Ausgrenzungsmechanismen werden dabei als selbstverständlich angesehen.

[E]ine Vielzahl von [deutschen] Städten [hat] in den letzten Jahren eine Politik verfolgt, deren Ziel die Verdrängung aller jener sozialer Aktivitäten ist, die dem Klischee von der sauberen und sicheren Stadt widersprechen. Auffallend an den verschiedenen Kontrollpraktiken ist die Expansion von substrafrechtlichen Partikularnormen ... (Ronneberger u.a. 1999: 152).

In den USA sowie in Europa ziehen urbane Aufwertungsprozesse wie Umstrukturierung der Innenstadt und Gentrifizierung einzelner Stadtteile deshalb Vertreibungsprozesse nach sich oder schließen sie mit ein. Besonders stark von der städtischen Vertreibungspolitik betroffen sind Angehörige sogenannter 'Randgruppen'; dies sind in Bremen beispielsweise Junkies, drogenabhängige Prostituierte und als 'Dealer' klassifizierte Männer schwarzer Hautfarbe, in New York werden die Obdachlosen als Hauptproblem gesehen.<sup>96</sup> Generell gilt dies jedoch für alle als 'fremd', 'anders' oder 'unwürdig' begriffenen Menschen. In New York und anderswo werden solche Menschen von den öffentlichen Parks und Plätzen vertrieben, indem diese in 'zu verteidigende Räume' umgewandelt werden. Mit leichten lokalen Variationen gilt diese Vertreibungspolitik weltweit.

Armut und Elend werden zwar nicht beseitigt, sollen aber aus dem Blickfeld verschwinden und werden dazu buchstäblich an den (Stadt-) Rand gedrängt. Dies geschieht im Einklang mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaats und der herrschenden, konservativen Einstellung, daß jede Form der sozialen Transferleistung der Aufrechterhaltung von Armut dient. Dazu geht die Rhetorik so weit, ein Gegenbild der Vertreibung aufzubauen: (Sichtbare) Armut wird dabei zu einem Problem nicht für die Betroffenen, sondern für die übrigen BürgerInnen, die Opfer so zu TäterInnen gemacht, die die Lebensqualität der anderen herabsetzen und den Wirtschaftsstandort gefährden.

<sup>95</sup> So erhielten Ende September 2000 zehn Personen, die am Bremer Hauptbahnhof mit einem Transparent gegen die Tagung von IWF (Internationaler Währungsfond) und Weltbank in Prag demonstrierten, nach fünfzehn Minuten ein einjähriges Bahnverbot (s. Taz 30.9.00).

<sup>96</sup> In den USA sind gegen Ende des 20. Jahrhunderts viele Parks und Straßen zum Wohnraum für eine wachsende Zahl von Obdachlosen geworden. Darunter befinden sich viele psychisch kranke Menschen, die durch die Deinstitutionalisierungsbewegung in den 70er Jahren wohnungslos wurden, sowie Menschen, die dem Rückgang an staatlich geförderten Wohnraum in den 80er Jahren zum Opfer fielen (vgl. Zukin 1995: 27).

Welche [unerwünschten] Praktiken im einzelnen gemeint sind, führt der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft des Einzelhandels an anderer Stelle aus: Die besten Verkaufslagen würden ruiniert, "indem dort sogenannte Exoten, wie Obdachlose, Bettler, Punker und Drogenabhängige im Pulk ihre Lager aufschlagen und über aggressives Betteln, Anpöbeln und Drogenexzesse die Passanten aus den Innenstädten vertreiben." (Ronneberger u.a. 1999: 141)

Privatisierung, so scheint es, stellt eine effiziente Umgehungsweise mit dieser Form der 'Bedrohung' dar. Wo städtische Gebiete unter privatwirtschaftliche Kontrolle geraten (durch Privatisierung oder *public-private-partnerships*<sup>97</sup>), gelangen sie auch zunehmend unter Aufsicht privater Sicherheitsdienste. Videoüberwachung findet ebenfalls vor allem an privatisierten Orten statt bzw. an solchen, an denen der Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Raum verschwindet, in Bremen sind dies neben dem Bahnhof z.B. die Einkaufszonen der Innenstadt.<sup>98</sup> Auch die Konstruktion 'gefährlicher Orte', wie sie aktuell bei der Rechtfertigung für Videoüberwachung im öffentlichen Raum stattfindet, kann im Zusammenhang mit dieser Verdrängung sozialer Probleme aus dem öffentlichen Raum gesehen werden; die Innenstädte sollen sauber und befriedet wie Einkaufszentren erscheinen.

Aber nicht nur die bloße Anwesenheit sogenannter 'Randgruppen' gehört zu den unerwünschten sozialen Aktivitäten, auch offene Marktstände, Wohltätigkeitsbasare, kulturelle Veranstaltungen wie die *Love Parade* (die deshalb inzwischen im Berliner Tiergarten stattfindet) oder die *Christopher-Street-Day-Paraden* von Schwulen und Lesben sind nicht erwünscht, es sei denn, sie lassen sich von der Politik vereinnahmen. In Bremen soll die Nutzung des Marktplatzes auf Veranstaltungen beschränkt werden, "die das 'soziale und kulturelle Leben der Stadt in besonderem Maße widerspiegeln' " (Taz 10.5.00), auch wenn völlig unklar bleibt, welche Veranstaltungen darunterfallen. Deutlich wird jedoch, daß hiermit nur die lokale hegemonielle Kultur gemeint ist, und daß den EntscheidungsträgerInnen in der Verwaltung letztlich freie Hand gelassen wird, darüber zu entscheiden, welche Veranstaltungen künftig an so einem zentralen Ort wie dem Marktplatz verboten oder erlaubt werden können.

Die einseitig kommerzielle Ausrichtung privatisierter und öffentlicher Räume bedeutet also nicht nur die Verdrängung bestimmter Menschen aus zentralen öffentlichen Räumen, sondern auch eine Einschränkung der Möglichkeitsvielfalt städtischen Lebens insgesamt. Andererseits weist die Autorin Christopherson darauf hin, daß auch Privatisierung nicht zwangsläufig eine

---

<sup>97</sup>Unter '*public-private-partnerships*' versteht man die Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik mit der Privatwirtschaft (z.B. durch Verwaltung öffentlicher Gebäude, Organisation sozialer und kultureller Ereignisse und Einrichtungen oder auch Übernahme der Trägerschaft städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen durch die Privatwirtschaft), die immer eine Orientierung an kommerziellen Kriterien bedeutet (vgl. Ronneberger u.a. 1999: 31).

<sup>98</sup> Eine Bremer Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kameras im öffentlichen Raum (Objektsicherung, Verkehrsüberwachung und *Webcams*) in Bremen zu kartographieren. Bisher identifizierte 'Überwachungsräume' sind z.B. die Obernstraße, Sögestraße und Katharinenpassage und die Domsheide (vgl. Aktuelle Kamera 2000).

funktionale Einschränkung bedeuten *muß*, wie das Beispiel der 'Rockefeller Plaza' in Manhattan, New York aus den dreißiger Jahren mit dem bis heute beliebten Eislaufing zeigt (vgl. Christopherson 1997: 419).

#### MACHT UND RAUM

Maßnahmen, die im Namen der Sicherheit im öffentlichen Raum vorgenommen werden, dienen also vielfach der Durchsetzung sozialer Unterscheidungen. Dies ist jedoch keineswegs widerstandslos zu erreichen, angesichts einer langen Tradition von Bürgerrechtsbewegungen und Demokratisierung, so Zukin (vgl. 1995: 38). Sie weist in diesem Zusammenhang auf die historische Entwicklung von zentralen, symbolisch aufgeladenen Räumen hin: An der Geschichte des *Central Parks* in New York läßt sich ablesen, daß die Definition darüber, wer und wer nicht Zugang zu solchen Räumen hat, einem kontinuierlichen Wandel unterliegt. Die Demokratisierung des öffentlichen Raums war schon immer mit der Frage nach Sicherheit verbunden. Dennoch wurde im Zuge der allgemeinen Demokratisierung auch der Zugang zu Parks für immer mehr Menschen möglich, und seit die konstitutionell festgelegte Gleichberechtigung eine offene Diskriminierung von Menschengruppen verbietet, sind auch die Ausschließungsmechanismen subtiler geworden (vgl. ebd: 25f; 39). Dennoch läßt sich feststellen:

Central Park, Bryant Park, and the Hudson River Park show how public spaces are becoming progressively less public: they are, in certain ways, more exclusive than at any time in the past 100 years. Each of these areas is governed, and largely or entirely financed, by a private organization, often working as a quasi-public authority. These private groups are much better funded than their corresponding public organization. (...) A heightened concern for security inspires the most visible features... (Zukin 1995: 28)

Eine Funktion der räumlichen Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung besteht im Herrschaftserhalt: Um den wachsenden Abstand zwischen den Klassen bzw. verschiedenen sozialen Gruppierungen durchzusetzen und zu legitimieren, wird, so Ronneberger, Lanz und Jahn (1999), heute die soziale und ökonomische Krise wieder als moralische verhandelt, als Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Eine neue moralische Ordnung soll das Auseinanderbrechen der Gesellschaft verhindern. Indem die sozialen Trennungslinien räumlich festgelegt werden, tragen sie zur Aufrechterhaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung bei:

Ein übergeordnetes Ziel der gegenwärtigen Kontrollpolitik besteht darin, die Hierarchisierung und Fragmentierung des sozialen Raums territorial zu fixieren und segregierte Zonen abzusichern, die sich jeweils durch eine spezifische soziale Homogenität auszeichnen sollen. Bei der Herrschaft über den Raum handelt es sich zweifellos um eine der privilegiertesten Formen der Machtausübung, da die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen sich als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst durchsetzen läßt. (Ronneberger u.a. 1999: 198)

Menschenansammlungen bergen immer die Gefahr, zu einer unkontrollierbaren Massenbewegung zu werden. Für Davis geht es deshalb auch um die "Kontrolle von Menschenmengen" (Davis 1994: 297) ganz allgemein. Die Angst vor unkontrollierbaren Menschenmengen drückt sich auch auf staatlicher Ebene aus, wenn Versammlungs- und

Demonstrationsverbote ausgeweitet werden und Platzverbote sowie Vorbeugehaft zur polizeilichen Alltagspraxis gehören. Schon in den rasant wachsenden Städten des 19. Jahrhunderts diente die Rede vom scheinbaren Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung dem Herrschaftserhalt, so Schlör:

[...] Ausbrüche aus der Ordnung [...] gefährden die Herrschaft, Abweichungen von den vorgeschriebenen Wegen stellen ihre alleinige Zuständigkeit für die Organisation des Lebens in der Stadt in Frage. Die Herrschaft über die Straße muß mehr und mehr von Agenten, Sendboten des Ordnungsprinzips, geleistet werden; ihre Aufgabe besteht darin, die Funktionsvielfalt der Straße einzuschränken, Strategien der Herstellung von Übersichtlichkeit und ordnungsschaffender Raumaufteilung durchzusetzen. In den zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen den Agenten der Ordnung und den Stadtbewohnern, die neue Wege für sich entdecken, bildet sich eine Topographie aus Flucht- und Verfolgungswegen, aus Räumen der Sicherheit und der Unsicherheit heraus. (Schlör 1994: 1339)

Diese These besitzt auch heute noch Gültigkeit. Nur daß die Grenzen zwischen Herrschenden und Unterdrückten heute weniger klar denn je zu zeichnen sind (vgl. Kap. 3.4). Und was für die einen Räume der Sicherheit sind, sind für die anderen Räume der Gefährdung und Verfolgung.

Während noch in den 80er Jahren die Abgrenzungspolitik der Mittelschicht vor allem horizontal verlief (als Distinktion verschiedener 'Geschmacksmilieus'), so Ronneberger, Lanz und Jahn (1999), verläuft sie heute vermehrt als Abgrenzungs- und Vermeidungsstrategie gegenüber den 'unteren' Klassen bzw. Marginalisierten. Es geht darum, den Kontakt zu diesen soweit wie möglich zu vermeiden und sich räumlich von ihnen zu distanzieren. Daß diese Marginalisierten dennoch gerade in den Zentren und Wohnvierteln der Eliten und der Mittelschicht anwesend sind, wird dann als Kontrollverlust über die Stadt wahrgenommen. Konsequenterweise ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Zurückeroberung des öffentlichen Raums, der "städtischen Territorien" (ebd.: 199). Dies ist die 'revanchistische' Politik (revanchistisch im Sinne von Rückeroberung, aber auch Rache), die der Stadtsoziologe Neil Smith für New York beschreibt und die sich dort im *Frontier*-Diskurs niederschlägt.<sup>99</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, wird auch die Beschränkung der individuellen Grundrechte als moralische Notwendigkeit akzeptiert, da ein übergeordnetes Allgemeinwohl auf dem Spiel zu stehen scheint:

Die repressive Ausgrenzung von Menschen, die als nichtkonform definiert werden, läßt sich erfolgreich damit legitimieren, daß es sich dabei um die Rettung der räumlichen Kontrolle und die sozial-kulturelle Hegemonie der Gemeinschaft der sogenannten 'Wohlanständigen' gehe. (Ronneberger u.a. 1999: 200)

Was hier als zwanghafte Form der Machtausübung und Disziplinierung beschrieben wird, hat jedoch auch eine andere Seite: Denn was von einigen als repressive Ordnungspolitik und

<sup>99</sup> Smith sieht im '*Frontier*'-Diskurs und der revanchistischen Politik der 90er Jahre eine Parallele zur Eroberung des amerikanischen Westens in den beiden letzten Jahrhunderten: Die (weiße, männliche) Mittel- und Oberschicht befindet sich in einer Identitätskrise, weil Minderheiten zunehmend an Einfluß gewinnen, und versucht vor allem durch Gentrifizierungsprozesse die 'städtischen Territorien' zurückzugewinnen. Dies äußert sich in einem reaktionären Revanchismus gegen Obdachlose, Feministinnen, MigrantInnen und Homosexuelle, der durch den '*Frontier*'-Diskurs legitimiert wird. Dabei handelt es sich um einen grundlegenden Wandel in der politischen Kultur und nicht um eine vorübergehende Phase (vgl. Smith 1996).

Ausgrenzung oder Diskriminierung erfahren wird, ist für die anderen Teil einer freiwilligen Selbstkontrolle, wird nicht als Unterdrückung, sondern als Notwendigkeit erfahren.

#### ZENTREN FREIWILLIGER SELBSTKONTROLLE

Um die gesellschaftliche Herrschaftsordnung aufrechtzuerhalten und gewisse "Normalitätsstandards" (Ronneberger u. a. 1999: 199) durchzusetzen, werden (vorwiegend zivilgesellschaftliche) "Sicherheitsgemeinschaften" (ebd.: 200) gebildet, die neben den staatlichen Institutionen die Sicherheit der Dazugehörigen gewährleisten sollen. Zu diesen Gemeinschaften gehören in den USA z.B. die *Business Improvement Districts*, sowie die *Gated Communities*, aber auch Themenparks wie DISNEY WORLD. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie ihren Mitgliedern, KundInnen bzw. NutzerInnen bestimmte Regeln auferlegen und sie zu bestimmten Verhaltensweisen verpflichten und dafür als Gegenleistung Sicherheit versprechen. Dabei sind die Übergänge zwischen den Praktiken gesellschaftlicher und freiwilliger Disziplinierung fließend. So wird beispielsweise das 3-S-Programm der Deutschen Bahn AG (s. Kap. 1.2) offensiv als Werbestrategie genutzt: "Offensichtlich geht man davon aus, daß die Bahnkunden ihre permanente Kontrolle als positiven Beitrag der neuen Servicekultur auffassen." (Ronneberger u.a. 1999: 145).

Insbesondere die amerikanischen *Gated Communities* sind Beispiele dafür, wie sich Menschen freiwillig rigiden Verhaltensmaßregeln unterwerfen und ihre eigene umfassende Kontrolle als positive Bereicherung auffassen. Sowohl äußerlich (z.B. in der Gestaltung der Häuser) als auch im Anspruch an die Gemeinschaft (Zusammenhalt; Wunsch nach sozialer Kontrolle) zeichnen sich die *Communities* durch ihre vielen Vorschriften aus. Das nostalgisch-verklärte Idyll der amerikanischen Kleinstadt soll dadurch mitten in oder am Rande der Großstadt aufrechterhalten werden und wird gegen alle 'Angriffe' von außen *und* innen (zur Not auch gewaltsam) verteidigt. Die '*rules and regulations*' sollen die BewohnerInnen vor allem vor unerwünschten Veränderungen und unvorhersehbaren Erneuerungen schützen. Die ständige Bevormundung erlaubt keine individuellen Bedürfnisse und keine Zufälle und bietet dafür Sicherheit und Struktur in einer Welt, in der Gewißheiten scheinbar zu verschwinden drohen. Durch das hohe Maß an Kontrolle werden Irritationen vermieden und den BewohnerInnen dadurch ein Gefühl von Geborgenheit gegeben, das den vermeintlichen Sicherheiten einer Kleinstadtidylle oder Großfamilie entspricht. Dabei ist das Vertrauen in die soziale Kontrolle jedoch begrenzt: Jede Kleinigkeit wird festgeschrieben und notfalls per Strafandrohung und Gerichtsbescheid durchgesetzt. Extrem ist hierbei der Wunsch nach einer homogenen Umgebung. Besonders die sogenannten *Lifestyle Communities* (z.B. für RentnerInnen oder GolfspielerInnen) sind hierfür bezeichnend: Hier finden sich Gruppen zusammen, die sich nicht nur sozial und ökonomisch ähneln, sondern darüber hinaus einen gemeinsamen Lebensstil- oder inhalt teilen (vgl. Kap. 1.2).

### HOMOGENISIERUNG UND SEPARIERUNG

Weitgehende Homogenität funktioniert hier als Garant für das Gefühl von Sicherheit. Der Zusammenhang zwischen Homogenisierung und Separierung ist evident: Um die Menschenmenge zu homogenisieren muß sichergestellt werden, daß sich nur Menschen mit einem ähnlichen finanziellen Hintergrund, Interesse und sozialen Status in einem bestimmten Raum aufhalten. Dazu werden 'unerwünschte Personen' aus bestimmten Einkaufszentren oder Wohnvierteln herausgehalten, indem ihnen architektonische, technologische oder personelle Barrieren entgegengesetzt werden. Auf der anderen Seite werden die Menschen so selber in bestimmte Gebiete, Gebäude oder Gebäudekomplexe eingeschlossen: Sie "zäunen sie ein und steuern ihre Bewegung mit behavioristischer Brutalität" (Davis 94: 297), indem sie sie mit einem ausgeklügelten System von visuellen Reizen locken, einlullen und dirigieren (vgl. ebd.: 296ff).

Durch dieses System von Ausschluß und Homogenisierung werden die Menschenmassen (oft konsumorientiert) gelenkt, und ihnen wird damit ein Gefühl von Sicherheit gegeben - eine Technik, die vor allem in den privatisierten *Shopping Malls* und *Megastructures* bis zur Vollkommenheit praktiziert wird, aber auch in den immergleichen Flughafengebäuden, Hotels und Büros auf der ganzen Welt zum Tragen kommt. Physische Sicherheitsmaßnahmen setzen dieses System aber zunehmend auch in den Zonen des Wohnens durch, die allerdings von je her homogenere Zonen waren. Dazu zählen nicht nur die umzäunten Enklaven der Reichen, sondern auch die Mittelklassesuburbs, die an den Rändern der den Armen überlassenen Innenstädte wachsen, oder die gentrifizierten *inner city*-Stadtteile.

Die Gewißheit, nur Gleichgesinnten zu begegnen, setzt also die Separierung unterschiedlicher Gruppierungen voraus. *Gated Communities* und *No-Go-Areas* stellen eine Segmentierung des urbanen Raums nach dem sozialen Status der BewohnerInnen dar. Dies funktioniert auch in den amerikanischen Innenstädten: Durch integrierte 'Hochsicherheitsparkhäuser' und überirdische *Skyways* bzw. unterirdische Verbindungswege werden (weiße) Angestellte davor geschützt, mehr als unbedingt notwendig mit den öffentlichen Straßen und den Menschen dort in Kontakt zu kommen. Ein über- und unterirdisches Netzwerk von FußgängerInnenverbindungen erlaubt es den TouristInnen, Büroangestellten und EinkäuferInnen, "to circulate in climate-regulated security through threatening urban territory" (Sorkin 1996: xiv). Den Wohlhabenden soll so die "Fremdheitserfahrung" (Voß 1997: 44), der Kontakt mit anderen sozialen Klassen, erspart bleiben, stützt auch Voß diese These.

Sicherheit wird in einer solchen Umwelt zu einem der wichtigsten Qualitätsmerkmale einer Wohnung oder eines Büros. Es entstehen Städte in der Stadt, baulich abgeschlossen und auf den Zugangsbrücken privat kontrolliert. (Voß 1997: 44)

Trevor Boddy (1996) spricht in diesem Zusammenhang auch von der 'analogen Stadt': Die über- und unterirdischen FußgängerInnenverbindungen, die sich in vielen nordamerikanischen

Städten etabliert haben, werden im Allgemeinen zwar als rein technisches Mittel gegen Hitze, Kälte oder Regen gehandelt, sind jedoch keineswegs 'wertfreie Erweiterungen' des bereits existierenden städtischen Raums (vgl. Boddy 1996: 124). Im Gegenteil:

In reaction to the worsening social climate, the skyway system became something it was never intended to be: a fortress, a filter, a refuge. [...] More than ever, the skyway system became the preserve of the middle class, and the downtown streets outside were left to the walking wounded, the urban casualties of Reaganomics. (Boddy 1996: 138)

Auch Whyte beschreibt, wie amerikanische Städte durch multifunktionale Gebäudekomplexe und Tunnels / *Skyways* praktisch in zwei geteilt werden, und zwar nicht nur räumlich, sondern auch sozial:

As a result, some American cities are two cities: visitor city and regular city. There is not much intermingling between the two. As convention center experts would put it, there is little contamination. (ebd.: 208)

Die Tunnels und *Skyways*, die eine Alternative zum Straßenraum als Verbindung zwischen einzelnen Gebäudekomplexen schaffen, können deshalb auch als Sinnbild für andere Transformationsprozesse nordamerikanischer Städte gesehen werden, so Boddy weiter (vgl. ebd. 1996: 127). Das 'feindliche' Klima und der Kontrast von Innen und Außen dienen hier als Metaphern für das soziale Klima. Diese 'Stadt in der Stadt' hat andere Qualitäten als der ursprüngliche urbane Raum und wirkt zugleich auf diesen zurück, indem sie ihn als gefährlich und feindlich abwertet und denen überläßt, die sich keinen Wohlstand leisten können:

There is ample reason to suppose the new downtowns of tunnels and bridges have specific urban and social agendas. [...] they accelerate a stratification of race and class, and paradoxically degrade the very conditions they supposedly remedy - the amenity, safety, and environmental conditions of the public realm. (Boddy 1996: 124)

### INSELN DER KONTROLLE

Angesichts dieser Entwicklung gehen viele urbane TheoretikerInnen deshalb von einer Teilung oder Spaltung der Stadt in 'saubere', 'sichere' Räume für den einen Teil der Gesellschaft und vernachlässigte Räume für den Rest der Menschen aus. Diese Segmentierung findet sich auf unterschiedliche Weise sowohl im Gesamtbild der Stadt wieder, als auch innerhalb der Innenstadt. "We do indeed now live in "fortress cities" brutally divided into "fortified cells" of affluence and "places of terror" where police battle the criminalized poor" (Davis 1995: 356).

Es entstehen, so auch Ronneberger, Lanz und Jahn, innerhalb der Stadt Inseln der Kontrolle und des Wohlstands (die Autoren sprechen von einer "feudalähnlichen Inselwelt der Kontrolle" - Ronneberger u. a. 1999: 200), die unter der Herrschaft einer jeweils anderen Allianz stehen. Diese legen ihre eigenen Regeln und Gesetze fest und bestimmen die Zugangsvoraussetzungen. Die Individuen bewegen sich in dieser 'Inselwelt' von einem 'Regierungsbezirk'<sup>100</sup> in den nächsten und einige Menschen, vor allem Arme, finden zu kaum einer dieser Inseln Zugang. Auch Häußermann und Siebel benutzen das Bild von den "Inseln [...] des Luxus" und dem

<sup>100</sup> Ronneberger, Lanz und Jahn nennen diese "Regierungstaschen" (Ronneberger u. a. 1999: 200).

"Meer von Armut" (Häußermann/ Siebel 1993: 19). Konservativere Autoren benutzen dieselbe Metapher, besetzen sie aber moralisch anders. Siegel beispielsweise spricht bei der Beschreibung der Situation in heutigen US-amerikanischen Städten von "islands of civility in an ocean of incivility" (Siegel 1995: 372).

Die Durchsetzung dieses "revanchistischen Stadtmodells" (Ronneberger u. a. 1999: 200) ist laut Ronneberger, Lanz und Jahn aber nicht nur Teil des US-amerikanischen Alltags, sondern auch in wichtigen deutschen Zentren der Dienstleistungsökonomie, der Infrastruktur, des Konsums und des Wohnens bereits erfolgt. Die Autoren unterscheiden dabei vier unterschiedliche "Kontrollszenerien" (ebd.: 200ff): Erstens gibt es 'abgeschlossene Archipele' wie z.B. Einkaufszentren und Bürohäuser, die durch "präventive Abschirmung" (ebd.: 201) in Form von privaten Wachdiensten, Videoüberwachung und Eingangskontrollen unerwünschte Personen oder Ereignisse von vorneherein ausschließen. Innerhalb dieser Archipele werden die BesucherInnenströme durch unauffällige "Techno-Prävention und eine spezifische Raumgestaltung" (ebd.) kontrolliert, die die Autoren im Sinne Foucaults als 'panoptisches Kontrollsystem' bezeichnen, das allerdings meistens die Zustimmung der NutzerInnen findet, also auch der freiwilligen Selbstkontrolle zuzurechnen ist.

Zweitens identifizieren die Autoren "umkämpfte Territorien" wie z.B. Bahnhöfe und innerstädtische Einkaufszonen, "in denen mit Hilfe einer repressiven Verdrängungspraxis eine selektive soziale Homogenität hergestellt werden soll" (ebd.). Dies wird in erster Linie dadurch versucht, daß über "Moral- und Sicherheitskampagnen" (ebd.) das Verhalten bestimmter 'unerwünschter' Menschen reguliert und an die herrschende Norm angepaßt wird oder diese gleich durch Aufenthaltsverbote ferngehalten werden. Es handelt sich hierbei um Aufwertungsstrategien, die im Namen der Standortpolitik betrieben werden.

Als dritte Kategorie betrachten Ronneberger, Lanz und Jahn die Praxis einiger Wohnviertel, durch Bürgerwehren und Quartierspatrouillen einerseits Zusammenhalt und soziale Homogenität nach innen und andererseits die Abwehrbereitschaft nach außen zu demonstrieren.

Zudem soll mit einer selektiven räumlichen Verteilungspolitik sogenannter Problemgruppen und einem ausgrenzenden Ghetto-Diskurs die territoriale und kulturelle Vorherrschaft der neuen 'Urbaniten' oder der deutschen Quartiersbevölkerung gesichert werden. (ebd.: 201)

Viertens gibt es abgesicherte und überwachte "Ausschließungs- und Internierungsräume für die 'Klasse der Entbehrlichen', wie etwa Junkies, Dealer, Flüchtlinge oder Illegalisierte" (ebd.: 201f). Flüchtlinge werden in stacheldrahtbewehrten, außerhalb gelegenen Sammelunterkünften untergebracht (so etwa die 'Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen' Oldenburg (ZASt OL),

die in der ehemaligen Psychiatrie Blankenburg<sup>101</sup> mitten im Wald untergebracht ist, oder das ehemalige Containerschiff 'Embrica Marcel' im Bremer Hafen), DrogenkonsumentInnen wahlweise in Therapieeinrichtungen oder Gefängnisse gesteckt, und mutmaßliche StraftäterInnen bekommen Zugangsverbote zu bestimmten städtischen Arealen. Die Betroffenen werden entweder dauerhaft ausgeschlossen, oder Ein- und Ausschließungsmodelle werden miteinander kombiniert.

Ronneberger, Lanz und Jahn unterscheiden zwischen Revanchismus und Neoliberalismus, betrachten sie aber als korrespondierende Dispotive der gegenwärtigen Stadtentwicklung, die eine Symbiose eingehen und so die Umstrukturierung des urbanen Raums entscheidend mitgestalten. Unter dem Titel "This is not America" beschreiben die Autoren das "Modell Deutschland" im Vergleich zu den USA und Großbritannien (ebd.: 202ff). Die neoliberale Entwicklung trat in der BRD mit einer gewissen Verzögerung ein, kann jedoch auf "bereits bestehende revanchistische Strukturen und Ideologien zurückgreifen" (ebd.: 203), die durch die Kampagne zur Abschaffung des Rechts auf Asyl und den rassistischen Migrationsdiskurs seit Beginn der 90er Jahre gefestigt wurden. Seitdem hat sich das Ausmaß der Diskriminierung, Marginalisierung und Ausgrenzung verstärkt, so wird heute z.B. die "Nichtseßhaftigkeit vor allem als ein Problem der öffentlichen Ordnung und als Imagefrage" (ebd.) verhandelt, während noch in den 80er Jahren als Reaktion das Hilfsangebot für Obdachlose ausgebaut wurde.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben für die Innere Sicherheit und es entsteht der Eindruck, daß "die westlichen Industriegesellschaften dabei sind, sich repressiven Einschließungsmodellen anzunähern, wie sie von der frühen Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert charakteristisch waren" (ebd.), also eine Abkehr von den Rehabilitierungs- und Eingliederungsversuchen dieses Jahrhunderts, hin zu Kontrolle und Ausschluß aus dem Rest der Gesellschaft. Als negatives Beispiel für "die neue Ideologie des strafenden Staates" (ebd.) stehen die USA (vgl.Kap.1.3). Das bedeutet jedoch nicht, daß sich Deutschland, mit seinem immer noch einflußreichen und institutionalisierten sozialen Sektor, den amerikanischen Verhältnissen angleichen würde. Die Kontrollstrategien der USA zielen darauf ab, die Armen aus der Gesellschaft verschwinden zu lassen. Im Gegensatz dazu "liegt der Schwerpunkt der Kontrollpolitik in Deutschland gegenwärtig darin, einerseits in den zentralen Bereichen der Stadt Armut unsichtbar zu machen und andererseits einen tief gestaffelten Sicherungsraum gegen Flüchtlinge und Migrationsbewegungen zu installieren" (ebd.: 202).

Wenn soziale Benachteiligung nur noch im Kontext einer Gefahrenabwehr gesehen wird und soziale Gleichheit kein allgemeines Recht darstellt, verändert sich auch das soziale Gefüge der

---

<sup>101</sup> An diesem Beispiel läßt sich sehr bezeichnend ablesen, wie die Gruppen derjenigen, die in solche Einschließungsmilieus ein- und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wechseln und wer damit die jeweils Unterprivilegiertesten sind.

Stadt. Die gegebenen Hierarchien erscheinen so "nicht mehr als vorübergehendes und damit prinzipiell aufhebbares Ungleichgewicht, sondern als natürliche legitime Voraussetzung der gesellschaftlichen Ordnung", was allerdings "nicht die schlichte Rückkehr zum traditionellen Liberalismus" bedeutet, "sondern eine grundlegende Neubestimmung der Topographie des Sozialen", so Ronneberger, Lanz und Jahn (ebd: 215). Dies bedeutet schließlich auch die räumliche Festlegung der sozialen Struktur und ihre Verfestigung innerhalb der urbanen Geographie. So gehören Fragmentarisierung, Segmentierung und Ghettoisierung zu den Merkmalen der neoliberalen Stadt.

## **4.2 Zerstörung des öffentlichen Raums?**

### VERLUST DER URBANITÄT

Das Vorhandensein von öffentlichen Räumen als Orte, an denen sich Fremde begegnen können, ist ein wesentliches, qualitatives Merkmal der Stadt. So stellt Kasinitz in Anlehnung an Raymond Williams fest:

Physical spaces in which strangers can come together to meet, communicate, transact business or just enjoy the sight and sound of each other are at the very core of the urban experience. (Kasinitz 1995b: 273)

Frederick Law Olmsted<sup>102</sup> vertrat eine reformistische Vorstellung vom öffentlichen Raum: In öffentlichen Freizeiteinrichtungen wie dem von ihm entworfenen *Central Park*, die allen BürgerInnen zugänglich waren, sollte die Vermischung von verschiedenen Klassen und Ethnizitäten als 'Sicherheitsventil' wirken und der Polarisierung der Klassen im Industriezeitalter entgegenwirken (vgl. Davis 1994: 263). Luis Wirth und die *Chicago School*<sup>103</sup> sahen "Urbanism as a way of Life" (Wirth 1938), und ihr Urbanitätsbegriff war geprägt von den Faktoren räumliche Nähe und soziale Heterogenität. Jane Jacobs (1961) harmonisches Bild vom sich selbst regulierenden öffentlichen Straßenraum beruht auf der Existenz von bestimmten, allen bekannten Verhaltensregeln, wie sie Erving Goffman (1963) beschrieben hat. Darüber hinaus erkennen einige in diesen oberflächlichen Begegnungen etwas Gemeinschaftschaffendes oder Verbindendes. Für Zukin (1995) sind die alltäglichen Begegnungen auf der Straße wesentlicher Bestandteil dafür, daß sich eine 'öffentliche Kultur' bildet. Die Frage nach der kulturellen Besetzung dieser Räume unterliegt dabei ständigen Veränderungen:

I [...] see public culture as socially constructed on the micro-level. It is produced by the many social encounters that make up daily life in the streets, shops, and parks - the spaces in which we experience public life in cities. The right to be in these spaces, to use them in certain ways [...] make up a constantly changing public culture. (Zukin 1995: 11)

Rowan Moore versteht ebenfalls in diesem Sinne unter öffentlichen Räumen solche Räume, an denen durch die Interaktion verschiedener Interessen ein Gemeinschaftssinn entsteht (vgl. *New Statesman & Society* 12.10.90). Auf einer abstrakten Ebene ist der öffentliche Raum (oder die

<sup>102</sup> Frederik Law Olmsted (1822-1903), amerikanischer Gartenarchitekt.

<sup>103</sup> 'Chicago School': Gruppe amerikanischer SoziologInnen in Chicago.

öffentliche Sphäre) eng verbunden mit dem ursprünglichen demokratischen Ideal, das Demokratie mit der direkten, persönlichen Kommunikation verbindet und den öffentlichen Raum als Forum für diese Art der Interaktion benötigt (vgl. Kasinitz 1995b: 273f).

Der Begriff des öffentlichen Raums wird also ganz unterschiedlich besetzt und variiert im Verständnis. Die Stadt als *Polis* unterscheidet sich vom Bild der kosmopolitischen Stadt, in der die verschiedenen Gruppen in relativem Einverständnis koexistieren, ohne zwangsläufig eine aktive politische Gemeinschaft zu bilden, so Weintraub (1995: 310). Schon für sich genommen sind die einzelnen Begriffe 'Öffentlichkeit' und 'Raum' vielschichtig und im Verständnis mitunter widersprüchlich (s. ebd.: 280ff). Ohne hier eine genauere Definition dieses komplexen Begriffs zu bieten, sei noch einmal darauf hingewiesen, daß zunächst der konkrete physische Raum gemeint ist, der jedoch nie völlig vom sozialen Raum zu trennen ist, und daß andersherum alle sozialen Beziehungen auch eine physische Existenz und damit einen physischen Raum voraussetzen.

Die dieser Arbeit zugrunde liegende Vorstellung vom urbanen öffentlichen Raum als einem heterogenen Raum, in dem die unterschiedlichsten sozialen Gruppen, Aktivitäten und teils widersprüchlichen Interessen spontan aufeinandertreffen, ist ein idealisierendes Konstrukt. Es ist natürlich höchst fraglich, inwiefern dieser öffentliche Raum jemals mehr als eine Illusion gewesen ist, denn tatsächlich war Öffentlichkeit schon immer begrenzt. Eine Veränderung besteht jedoch darin, daß heute auch dieses universale Idealbild vom *allen* Menschen zugänglichen urbanen Raum immer weniger Zustimmung findet bzw. sich durch die beschriebenen Entwicklungen verändert, und das im Widerspruch zu allgemeinen Demokratisierungsprozessen. Für viele KritikerInnen ergibt sich deshalb die Frage nach der Veränderung oder gar dem Verlust des öffentlichen Raums.

Einerseits liegt die Faszination der Stadt, der Reiz des Urbanen, gerade in der Begegnung mit dem Unerwarteten, dem Moment der Überraschung, der Möglichkeit zu Spontaneität. Dazu gehören gerade auch die der Stadt inhärenten Brüche und Widersprüche. Andererseits löst dieser Kontrollverlust Angst in den Menschen aus und produziert das Bedürfnis, den Raum zu kontrollieren, um so vor unvorhergesehenen Ereignissen geschützt zu sein - was schließlich die Zerstörung der Urbanität bedeutet, so Häußermann und Siebel (1993). Die urbane Qualität öffentlicher Räume, die "klassische Stadt, die gerade von ihren Fremdheitserfahrungen und ihrer Sozialstrukturen übergreifenden Kommunikation lebt, verschwindet" (Voß 1997: 44) durch Überwachung, Kontrolle und Ausgrenzung, schreibt auch Voß. Wo ganze Stadtareale von privater Hand erworben und gestaltet werden, "werden Straßen und Plätze der traditionellen Stadt nur noch gleichsam bildlich nachempfunden" (ebd.: 41):

Der scheinbar öffentliche Raum dieser Konsumtempel zitiert lediglich Merkmale der alten Stadt in der Gestalt angedeuteter Marktplätze oder Parkanlagen. Tatsächlich wird jedoch die liberalistische Vorstellung vom öffentlichen, demokratischen Raum, wonach sich in der

Öffentlichkeit, der Vorstellung von der griechischen Polis folgend, die Schichten und ethnischen Gruppen mischen, bereits durch Zugangskontrollen zum Areal ad absurdum geführt. (Voß 1997: 41)

Häußermann und Siebel prophezeien deshalb das Ende der Urbanität. Die 'Militarisierung des städtischen Lebens' geht "an die Substanz dessen, was soziokulturell noch unter 'Stadt' zu verstehen ist" (Häußermann/ Siebel 1993: 18), denn wenn die Öffentlichkeit der Stadt im Kern zerstört wird, wird damit der Stadt ihre Basis entzogen:

Die Inseln der weltbeherrschenden Ökonomie und des Luxus stehen immer isolierter in einem Meer von Armut und Elend. Darunter muß mittel- oder langfristig das zerbrechen, was die Produktivität einer Stadt ausmacht: Verflechtung, Kommunikation, Provokation durch das Unerwartete und Fremde, die Offenheit der Optionen. Urbanität muß stranguliert werden, wenn die sozialen Gegensätze so tief gehen, daß sie nur noch mit Gewalt und technischen Abwehrmechanismen voneinander ferngehalten werden können, wenn die "Erregung" durch das städtische Leben von Angst abgelöst wird. (Häußermann/ Siebel 1993: 19)

Anders als Häußermann, Siebel und Voß hält Davis diesen Prozeß, zumindest in L.A., für weitestgehend abgeschlossen. Die Eliten, die sich bedroht fühlen solange die Massen der Marginalisierten nicht vollständig kontrolliert sind, haben mit Hilfe von Architektur, Stadtplanung und Polizei einen massiven "Angriff auf den öffentlichen Raum" (Davis 1994: 298) ausgeführt, so Davis. Die Zerstörung des demokratischen städtischen Raums ist somit die unweigerliche Konsequenz dieser Umstrukturierung der Städte: "In L.A. [...] genuinely democratic space is virtually extinct" (Davis 1995: 357). Die Stadtsanierung habe die allen zugänglichen öffentlichen Räume, wie von FußgängerInnen genutzte Einkaufsstraßen und Plätze, zugunsten des Autoverkehrs abgeschafft oder nach innen verlagert. Öffentliche Strände, Parks oder Spielplätze wurden gesperrt bzw. privatisiert, so daß es kaum noch kostenlose Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten für die ärmeren Bevölkerungsschichten gibt. Damit sind auch alle heterogenen Begegnungsräume verschwunden, die Militarisierung des öffentlichen Raums bedeutet zugleich seine Vernichtung.

### PRIVATISIERUNG

Durch die Segmentierung entfällt das demokratische Potential dieser urbanen Räume. "The privatized city of bits is a lie, simulating its connections, obliterating the power of its citizens either to act alone or to act together", so Sorkin (1996: xv). Die zunehmende Privatisierung öffentlicher Räume leistet dieser Entwicklung Vorschub, ist ihrerseits allerdings nur Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Tendenzen ist. Die privatisierten öffentlichen Räume stellen eine grundsätzliche Neubestimmung des Begriffs dar, da sie, anders als traditionelle öffentliche Räume, nicht mehr im Besitz der Öffentlichkeit sind und auch nicht grundsätzlich zu deren Verfügung stehen, sondern primär andere Zwecke erfüllen müssen:

Entgegen ihrer unspezifischen öffentlichen Funktion werden sie nun jedoch in Wohn- und Konsumaufgaben integriert: Sie schaffen Sicherheitsbarrieren zwischen Wohnbezirken, lenken Käuferströme, stimmen auf das Käuferlebnis ein, sortieren Kundengruppen, bieten visuelle und akustische Werbeflächen für Produkte - und sie gestatten, wahlweise durch "abschreckendes" Luxus-Ambiente oder durch private Hausrechtsbefugnisse, unliebsame Besucher fernzuhalten. (Voß 1997: 41)

Privatisierung des öffentlichen Raums bedeutet deshalb nicht nur eine radikale Veränderung der physischen Repräsentation des Raums, so Loukaitou-Sideris (1993: 160), sondern auch der Funktion des öffentlichen Raums.

[P]rivatisation is not simply a change in the delivery system of a private amenity; it is a process in which meaning and purpose of public open space are redefined and reshaped in the context of changing socio-economic and political relationships. (Loukaitou-Sideris 1993: 160)

Während z.B. Siegel angesichts fehlender Mittel der Kommunen Privatisierung als sinnvolle Möglichkeit des Erhalts öffentlicher Räume sieht (Siegel 1995), stehen andere dieser Tendenz sehr viel kritischer gegenüber und verweisen auf die sozialen Auswirkungen. So schreibt Moore über den Öffentlichkeitsbegriff privatisierter Räume: "The developers' idea of public life involves nothing more than shopping, sitting and supping ..." (New Statesman & Society 12.10.90).

Weil die neuen öffentlichen Stadträume viele der Aktivitäten eines echten Zentrums nicht tolerieren und ihnen damit wichtige urbane Qualitäten fehlen, sind sie auch keine neuen Stadtzentren, so Whyte:

Much has been made of malls as the new town centers. They are not. Centers, perhaps, but not of the city. They reject many of the activities of a true center. They do not welcome - indeed, do not tolerate - controversy, soapboxing, passing of leaflets, impromptu entertaining, happenings, or excentric behavior, harmless or no. (Whyte 1988: 208)

Auch Loukaitou-Sideris (1990; 1993) sieht in den neu entstehenden öffentlichen Räumen der Malls, Plazas und Megastrukturen keinen Ersatz für den traditionellen öffentlichen Raum, da diese zwar einerseits ihren Erfolg daraus ziehen, möglichst große Teile der Bevölkerung aufzunehmen, aber andererseits dennoch darauf bedacht sind, bestimmte Teile herauszuhalten: "This is in reality a very stratified success, since it does not cut across class lines" (ebd. 1990: 50). Ähnlich stellt Zukin fest, daß die Bestimmung ('definition') des öffentlichen Raums immer mehr dem privaten Sektor überlassen wird (vgl. Zukin 1995: 24f), und sieht diese Tendenz als problematisch, da so in dem laufenden Machtkampf um die Besetzung des Raums eine einseitige Verschiebung zugunsten der Mittel- und Oberschicht stattfindet:

The disadvantage of creating public space this way is that it owes so much to private-sector elites, both individual philanthropists and big corporations. [...] It marks the erosion of public space in terms of its two basic principles: public stewardship and open access. (Zukin 1995: 32)

Doch auch jene oftmals vernachlässigten städtischen Räume, die sich noch immer unter öffentlicher Kontrolle befinden, bleiben von dieser Entwicklung nicht unberührt. Die wenigen noch erhaltenen öffentlichen Plätze in den Innenstädten sind dabei nicht weniger segregiert als die privatisierten, so Loukaitou-Sideris, sie haben lediglich eine andere Klientel. So benutzen den von ihr untersuchten 'Pershing Square' und den 'Skidrow Park' in New York neben Obdachlosen und Dealern hauptsächlich hispanische Familien mit Kindern, Alte und

Jugendliche. Somit sind auch diese 'echten' öffentlichen Räume nicht mehr in der Lage, die soziale Integration zu ermöglichen (vgl. Loukaitou-Sideris 1993: 156).

Ein weiterer Kritikpunkt neben den operierenden Ausschlußmechanismen und der damit verbundenen anti-demokratischen Haltung ist die Künstlichkeit und die damit verbundene Langeweile der neuen urbanen Räume. Die Überraschungen, die DISNEY WORLD bereit hält, sind überschaubar, der Besuch des äthiopischen Pavillons auf der EXPO ist völlig risikolos. Mit dem Original können sie aber nicht konkurrieren. Einerseits versuchen Malls und Themenparks, das Bild der Stadt möglichst authentisch zu kopieren, andererseits müssen sie dabei Wesentliches außer Acht lassen. Das Ziel ist es, eine möglichst gute Kopie der Stadt ohne deren Gefahren zu inszenieren. In dem Bemühen, trotz Kontrollbestrebungen Vielfalt zuzulassen, werden so künstliche Welten erschaffen, in denen Urbanität inszeniert wird.<sup>104</sup>

These environments are so dull that even proponents concede something is missing. The street is what is missing, and to fill the vacuum, some managements are constructing facsimiles of streets. [...] A further step will be a theme facility to give people the experience of the city without any of the dangers. (Whyte 1988: 208)

---

<sup>104</sup> Der 'Prototyp' hierfür ist der Themenpark DISNEY WORLD, künstliche Welten dieser Art lassen sich inzwischen aber fast überall wiederfinden.

## Konklusion: Die sichere Stadt

Wie also verändert sich der urbane Raum und wie wirken sich diese Veränderungen auf die BewohnerInnen aus? Wie versucht wurde zu zeigen, ist 'Sicherheit' zu einem wesentlichen, nicht mehr wegzudenkenden Faktor bei der Gestaltung des städtischen Raums geworden. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit strukturieren somit in entscheidendem Maße nicht nur das Aussehen der Stadt, sondern auch das Bild *von* der Stadt. Sorkin (1996) sieht in dem starken Bedürfnis nach Sicherheit in den Städten des ausgehenden 20. Jahrhunderts sogar ein ganz wesentliches Merkmal der 'neuen Stadt' (neben der zunehmenden Bedeutungslosigkeit von Geographie und einer Tendenz zur Simulation). Eine direkte Folge von dieser Besessenheit ist eine (neue) Tendenz zur räumlichen Trennung und Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen, die sich sowohl in den Stadtzentren als auch in den Wohngebieten bemerkbar macht:

A second characteristic of this new city is its obsession with "security," with rising levels of manipulation and surveillance over its citizenry and with a proliferation of new modes of segregation. The methods are both technological and physical. [...] This impulse to a new urban segregation seems ubiquitous: throughout America, city planning has largely ceased its historic role as the integrator of communities in favor of managing selective development and enforcing distinction. (Sorkin 1996: xiii-xiv)

Betrachtet man die in den vorangegangenen Kapiteln angesprochenen Phänomene im Zusammenhang, ergibt sich folgende grundsätzliche Entwicklungstendenz (die allerdings nur eine von verschiedenen, durchaus gegenläufigen Tendenzen darstellt): Stadtentwicklung bedeutet unter dem Aspekt Sicherheit zu einem beachtlichen Teil Kontrolle und Überwachung des städtischen Raums, deren unterschiedliche Formen und Ausprägungen oben beschrieben wurden. Bauliche Veränderungen dienen genauso dazu wie die Ausweitung von polizeilichen Befugnissen, privaten Sicherheitsdiensten oder der sozialen Kontrolle der BürgerInnen untereinander. Vor allem die technologische Überwachung eröffnet grundsätzlich die Möglichkeit einer umfassenden Überwachung, die allerdings bislang nicht umgesetzt wird. Inwiefern es dazu jemals kommen wird, bleibt fraglich. Dennoch, schon heute geht die Überwachung weiter als viele wahrhaben wollen, und folgende Zukunftsperspektive ist nicht notwendigerweise ausgeschlossen:

In der Stadt der Kontrollgesellschaft gibt es keinen Raum und keine Zeit, die nicht erfasst sind. Dadurch wird gesteuerte Sicherheit möglich. (Borries 2000: 19)

Man braucht keine Science-Fiction, um sich einen Kontrollmechanismus vorzustellen, der in jedem Moment die Position eines Elements in einem offenen Milieu angibt, Tier in einem Reservat, Mensch in einem Unternehmen (elektronisches Halsband). Félix Guattari malte sich eine Stadt aus, in der jeder seine Wohnung, seine Straße, sein Viertel dank seiner elektronischen (dividuellen) Karte verlassen kann, durch die diese oder jene Schranke sich öffnet; aber die Karte könnte auch an einem bestimmten Tag oder für bestimmte Stunden ungültig sein; was zählt, ist nicht die Barriere, sondern der Computer, der die - erlaubte oder unerlaubte - Position jedes einzelnen erfasst und eine universelle Modulation durchführt. (Deleuze 1993)

Dabei ist auffällig, daß die Kontrolle des Individuums zunehmend über die Überwachung der Räume angestrebt wird. Dadurch entstehen isolierte Zonen der Kontrolle, die nebeneinander (quasi autonom) existieren: "In der Stadt verlagert sich die Kontrolle vom Individuum auf

Räume. Diese schliessen sich ab und differenzieren sich nach Sicherheitserfordernissen" (Borries 2000: 18). Die genannten Umstrukturierungen städtischer Räume betreffen daher zunächst alle NutzerInnen gleichermaßen und verändern die Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums und damit auch das öffentliche Leben für alle:

Neue Sicherheitstechniken verändern in Zusammenhang mit ökonomischen Entwicklungen öffentliches Leben. Es wird deutlich, dass das Streben nach mehr "Sicherheit" den öffentlichen Raum und seine Nutzungsmöglichkeiten verändert. (Borries 2000: 16)

Wichtig ist meines Erachtens allerdings, daß dies weder bedeutet, daß deshalb die Kontrolle der Individuen bedeutungslos würde, noch daß sie alle Menschen in gleichem Maße trifft. Zum einen bedeutet die Kontrolle und Überwachung in vielen Fällen, so wurde gezeigt, auch die Ungleichbehandlung von Menschen oder basiert darauf. Das heißt, sie ist mit dem bewußten oder unbewußten Ausschluß einiger verbunden. Die Gewalt ist auch in den scheinbar gesäuberten und geordneten Städten permanent präsent. Zum anderen stehen die 'Sicherheitsräume' keineswegs gleichberechtigt nebeneinander, sondern es findet eine Hierarchisierung statt. Der Ausschluß aus bestimmten kontrollierten Zonen ist auch mit dem Verlust des Zugangs zu Ressourcen (ökonomische, kulturelle, etc.) verbunden, die Hierarchisierung mit der ungleichen Verteilung öffentlicher Mittel. Da einige Menschen, insbesondere ärmere oder MigrantInnen, zu kaum einer dieser 'Inseln der Kontrolle' Zugang finden, werden sie durch die räumliche Fragmentarisierung zusätzlich marginalisiert. Das Entstehen sozialer Netzwerke, die gerade für diese Personengruppen wichtige Funktionen haben, wird erschwert. "There is increasing evidence that the spatial isolation of minorities in itself reduces opportunities for these already most-vulnerable groups" (Blakely/ Snyder 1999: 153).

Die Zonierung der Stadt in sichere, weniger sichere und gefährliche Räume ist eng verbunden mit der Wiederentdeckung der 'gefährlichen Klassen' - wo sich diese aufhalten, gibt es Kriminalität, und es entstehen (vermeintlich) gefährliche Räume bzw. Angsträume, so die weitverbreitete Annahme. Die staatliche und nicht-staatliche Kriminalitätsprävention bezieht sich deshalb vorrangig auf die Kontrolle von Räumen. Durch bauliche Veränderungen, polizeiliche Interventionen, soziale Kontrolle, Privatisierung und/oder den Einsatz von Technik sollen die als 'gefährlich' eingestuft Personen aus den zu sichernden Räumen herausgehalten werden oder - wenn das nicht möglich ist - zumindest unter permanenter Kontrolle stehen. Dies gilt für 'militarisierte Zonen' genauso wie für Revitalisierungs- und Reurbanisierungsprozesse. Parallel dazu wird ein Diskurs von Sauberkeit und Ordnung als städtisches Ideal geführt. "Angst vor Kriminalität und Gewalt wird instrumentalisiert, um ein bestimmtes Bild von Stadt, von städtischer Kultur umzusetzen und gleichzeitig die Kontrolle von Raum zu legitimieren" (Borries 2000: 17).

Die sichere Stadt ist eine Illusion, die Konsequenzen der Sicherheitsbestrebungen aber sind real. Die Tatsache, daß ökonomisch und sozial privilegiertere Menschen oftmals weder die Kontrolle noch die sich daraus ergebenden räumlichen Grenzen wahrnehmen, sollte meiner Ansicht nach nicht dazu führen, diese zu unterschätzen. Am Beispiel der Tore, Mauern und Zäune der *Gated Communities* wird deutlich:

Gated communities create yet another barrier to interaction among people of different races, cultures, and classes and may add to the problem of building the social networks that form the base for economic and social opportunity. Neighborhoods have always been able to exclude some potential residents through discrimination and housing costs. With gates and walls, they can exclude not only undesirable new residents, but even casual passersby and the people from the neighborhood next door. Gates are a visible sign of exclusion, an even stronger signal to those who already see themselves as excluded from the larger mainstream social milieu. (Blakely/ Snyder 1999: 153)

Doch auch die weniger deutlichen Zeichen der Exklusion werden von denen, die sie betreffen, deutlicher empfunden. Zur Erinnerung: "Surveillance is a technology of whiteness that racially zones city space by drawing lines that Blacks [!] cannot cross and whites cannot see" (Fiske 1998: 69; vgl. Kap. 3.4). Ungleichheiten werden zwar nicht neu geschaffen, aber bestehende gesellschaftliche Hierarchien werden durch die Sicherheitsmaßnahmen in den existierenden Raum eingeschrieben, Vorurteile bestätigt. Die Kontrolle des Raums erweist sich als effektive Ausübung von Macht.

Dennoch haben bei dieser Entwicklung alle etwas zu verlieren. Wie die Diskussion um den Verlust des öffentlichen Raums gezeigt hat, ist die risikofreie Stadt nicht unbedingt erstrebenswert. Langeweile und Künstlichkeit sind die Kehrseite der 'sicheren' Stadt. Zudem besteht die Gefahr, daß durch den Mangel an Möglichkeiten, sich mit Differenz auseinanderzusetzen, auch die Angst vor dem 'Fremden' und damit die Angst vor städtischen Räumen insgesamt wächst. Dadurch wird in letzter Konsequenz die Bewegungsfreiheit der StädterInnen erheblich eingeschränkt und die Lebensqualität sinkt. Dieser Punkt ist meines Erachtens von besonderer Bedeutung.

Da, wie zu Beginn dieser Arbeit festgestellt wurde, Stadt ein lebendiger und kontinuierlicher Prozeß ist, sind die hier beschriebenen Entwicklungstendenzen kein Grund zur Panik oder dafür, in Zukunft das Haus nicht mehr zu verlassen. Diese Arbeit soll aber deutlich machen, daß Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit, gerade im öffentlichen Raum der Stadt, nicht einseitig zu befürworten sind, sondern im Gegenteil eine Reihe von negativen Konsequenzen nach sich ziehen (können). Was zunächst als Verbesserung oder neue Freiheit erscheint, kann auch zu einem neuen Kontrollmechanismus werden, schreibt Deleuze in seinem 'Postskriptum über die Kontrollgesellschaften' (1993):

Es ist nicht nötig zu fragen, welches das härtere Regime ist oder das erträglichere, denn in jedem von ihnen stehen Befreiung und Unterwerfung einander gegenüber. [...] Weder zur Furcht noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen. (Deleuze 1993)

Das Schicksal der Stadt ist noch nicht besiegelt:

No community will ever be an island. But social and demographic data indicate a dividing nation; metropolitan areas are becoming increasingly spatially fragmented and segregated by race, class, and land values. (Blakely/ Snyder 1999: 152)

Doch Widerstand formiert sich, wenn es um die symbolische Besetzung von Räumen, aber auch um deren reale Nutzung geht. Heterogenität wird sich nie verhindern lassen, und keine Gruppe gibt ihre Rechte widerstandslos auf. Die Aneignung städtischer Räume entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung ist eine Form davon. Der Kampf um die öffentlichen Räume der Stadt ist endlos, so Zukin:

People with economic and political power have the greatest opportunity to shape public culture by controlling the building of the city's public spaces in stone and concrete. Yet public space is inherently democratic. The question of who can occupy public space, and so define an image of the city, is open-ended. (Zukin 1995: 11)

So stellt Zukin die weiterführende Frage, ob, angesichts einer zunehmend exklusiven Stadt dennoch wieder eine inklusive öffentliche Kultur entstehen kann:

This time, however, there is a more explicit struggle over who can occupy the image of the city. Despite the real impoverishment of most urban populations, the larger issue is whether cities can again create an inclusive public culture. The forces of order have retreated into "small urban spaces," like privately managed public parks that can be refashioned to project an image of civility. [...] Yet the groups that have inherited the city have a claim on its central symbolic spaces. Not only to the streets that serve as major parade routes, not only to the central parks, but also to the monumental spaces that confirm identity by offering visual testimony to a group's presence in history. (Zukin 1995: 44)

Auch Boddy sieht, bei allem Pessimismus, in der 'neuen', 'analogen' Stadt der Postmoderne die Möglichkeit der Aneignung öffentlicher Räume durch die BewohnerInnen der Stadt gegeben, auch für die Ausgegrenzten und Marginalisierten:

It may yet become apparent to all that in losing the social forum of the traditional street to the new analogous city, something important is forever departed. A zone of coexistence, of dialogue, of friction, even, is necessary to a vital urban order; either we must return to the streets, or the analogous city must become more like the real city and the real streets from whence it came. Already there is evidence of strategies of subversion, and one can never underestimate the potential of urban populations to associate where, when and with whom they choose, especially where architectural symbolism, security guards, and signs tell them not to. (Boddy 1996: 152)

Dann könnten sich auch diese künstlichen urbanen Räume zu etwas anderem als einem toten Surrogat entwickeln. Gerade Jugendliche sind ein gutes Beispiel für die Anpassungsfähigkeit von Stadtmenschen; sie tendieren dazu, sich an den unwirtlichsten und am wenigsten einladenden Orten zu treffen und aufzuhalten und sich diese dadurch anzueignen. Davis teilt diesen Optimismus zwar nicht, doch auch er gibt zu, daß einige wenige letzte 'echte' öffentliche (demokratische) Räume verbleiben, in denen "die Heteroglossie" (Davis 1994: 298) blüht und sich die unterschiedlichsten Menschen "in relativem Einvernehmen mischen" (ebd.) können. So lange es diese Räume noch gibt, so Davis, "wird Los Angeles nicht vollständig befriedet sein" (ebd.: 300). Und das ist gut so.

## Literaturverzeichnis

### LITERATUR

- AKTUELLE KAMERA** [2000]: [www.aktuelle-kamera.org/map/karte1](http://www.aktuelle-kamera.org/map/karte1) (Stand 10.11.00)
- BARTETZKO, DIETER** [1994]: Im goldenen Käfig - Schöne neue Passagenwelt. In: *Stadtbauwelt* 122 (1994) 4, S. 1345-1359
- BECK, ULRICH** [1986]: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- BENJAMIN, WALTER** [1995]: Paris: Capital of the Nineteenth Century. In: PHILIP KASINITZ (Hrsg.): *Metropolis: Center and Symbol of Our Times.* New York: University Press, S. 46-57
- BGR** [2000]: Wo das Böse zu Hause ist (o.A.). In: BGR (Hrsg.): *Save the Resistance. Reader gegen den Sicherheitswahn.* BGR: Leipzig. Nach: [www.nadir.org/bgr](http://www.nadir.org/bgr) (Stand: 01.10.00)
- BILSKY, WOLFGANG** [1996]: Steigende Kriminalitätsfurcht - Gesichertes Wissen oder Trugschluß? In: *Kriminologisches Journal* 28 (1996) 4, S. 284-286
- BLAKELY, EDWARDS. J./ SNYDER, MARY GAIL** [1999]: *Fortress America. Gated Communities in the United States.* 2. Aufl., Washington: Brookings Institution / Cambridge, Massachusetts: Lincoln Institute of Land Policy
- BODDY, TREVOR** [1996]: *Underground and Overhead: Building the Analogous City.* In: MICHAEL SORKIN (Hrsg.): *Variations on a Theme Park. The New American City and the End of Public Space.* New York: Hill and Wang
- BOGONIKOLOS, NIKOS** [1999]: *Development of Surveillance Technology and Risk of Abuse of Economic Information (Teil 1 von 4, Arbeitspapier), European Parliament, Directorate General for Research / Directorate B/The STOA Programme: 1999.* Nach: [www.cryptome.org/stoa-dst-1](http://www.cryptome.org/stoa-dst-1) (Stand: 20.12.1999)
- BORRIES, FRIEDRICH VON** [2000]: *Raum und Kontrolle. Wege in die Überwachungsgesellschaft.* In: *archithese* (2000) 4, S. 16-19
- BRANDT, JÜRGEN C.** [1998]: *Kriminalitätsvorbeugung aus kommunaler Sicht. Aufgaben, Arbeitsweisen und -ergebnisse kriminalpräventiver Gremien, Resonanz in der Öffentlichkeit.* In: ILS (Hrsg.) [unter Bearbeitung von J. Rodemers u. Mitarbeit v. A. Naust-Weng]: *Kommunale Kriminalitätsvorbeugung und Stadtentwicklung - Anspruch, Möglichkeiten, Praxisbeispiele.* Dortmund: (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, S. 23-27
- BRINKMANN, ULRICH** [2000]: *Gated Communities. Leben in gesicherter Privatheit.* In: *archithese* (2000) 4, S. 34-41
- BROWN, SHEILA** [1998]: *What's the problem, girls? CCTV and the gendering of public safety.* In: CLIVE NORRIS / JADE MORAN / GARY ARMSTRONG (Hrsg.): *Surveillance, Closed Circuit Television and Social Control.* Aldershot u. a.: Ashgate, S. 207-220
- CHRISTOPHERSON, SUSAN** [1997]: *The Fortress City: Privatized Spaces, Consumer Citizenship.* In: ASH AMIN (Hrsg.): *Post-Fordism - A Reader,* 2. Aufl., Oxford (u. a.): Blackwell, S. 409-427
- CREMER-SCHÄFER, HELGA** [1999]: *Kopfflosigkeit. Über einige Funktionen und Folgen des Redens über Kriminalität und Unsicherheit.* In: *Forum Wissenschaft* 16 (1999) 2, S. 12-15
- CUTHBERT, A. R.** [1995]: *The Right to the City. Surveillance, private interest and the public domain in Hong Kong.* In: *Cities* 12 (1995) 5, S. 293-310

- DALCO**, FRANCESCO/ **FORSTER**, KURT/ **ARNOLD**, HADLEY SOUTTER [1998]: Frank O. Gehry. Das Gesamtwerk, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt
- DAVIS**, MIKE [1994]: City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles und neuere Aufsätze. Berlin/Göttingen: Verlag Schwarze Risse/Rote Strasse
- DAVIS**, MIKE [1995]: Fortress Los Angeles - The Militarization of Urban Space. In: PHILIP KASINITZ (Hrsg.): Metropolis. Center and Symbol of Our Times. New York: University Press, S. 355-368
- DAVIS**, MIKE [1999]: Ökologie der Angst. Los Angeles und das Leben mit der Katastrophe. München: Verlag Antje Kunstmann
- DELEUZE**, GILLES [1993]: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. In: DERS.: Unterhandlungen 1972-1990. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 254-262. Nach: [www.nadir.org](http://www.nadir.org) (Stand: 12.08.00)
- FAINSTEIN**, SUSAN S. [1994]: The City Builders. Property, Politics, and Planning in London and New York. Oxford/UK u. Cambridge/USA: Blackwell
- FELTES**, THOMAS [1997]: Kriminalität, Polizei und soziale Kontrolle - aktuelle Bemerkungen zu zukünftigen Entwicklungen. In: Widersprüche 63 (1997) 1, S. 51-63
- FISKE**, JOHN [1998]: Surveilling the City. Whiteness, the Black Man and Democratic Totalitarianism. In: Theory, Culture and Society 15 (1998) 2, S. 67-88
- FOUCAULT**, MICHEL [1994]: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M.: Suhrkamp TB
- FORSCHUNGSNETZWERK** [2000] Gated Communities - Globale Verbreitung einer neuen Siedlungsform. Nach: [www.geo.uni-mainz.de](http://www.geo.uni-mainz.de) (Stand 14.11.00)
- FYFE**, N.R / **BANNISTER**, J. [1996]: City Watching: closed circuit television surveillance in public spaces. In: Area 28 (1996) 1, S. 37-46
- GOFFMAN**, ERVING [1963]: Behavior in Public Places. New York: Free Press
- HAGER**, NICKY [1996]: Secret Power. New Zealand's Role in the International Spy Network. Nelson/Neuseeland: Craig Potton Publishing
- HÄUBERMANN**, HARTMUT / **WALTER SIEBEL** [1993]: Lernen von New York? In: DIES. (Hrsg.): New York: Strukturen einer Metropole. Edition suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 7-26
- HÄUBERMANN**, HARTMUT / **WALTER SIEBEL** [1997]: Stadt und Urbanität. In: Merkur 51 (1997) 4, S. 293-307
- HESS**, HENNER [1996]: New York zieht Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben. Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik. In: Kriminologisches Journal 28 (1996) 3, S. 179-190
- HIRSCH**, JOACHIM [1980]: Der Sicherheitsstaat: Das 'Modell Deutschland', seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt
- ILS** [1993] (Hrsg.): Mehr Sicherheit in der Stadt - Stadtentwicklungspolitische Aspekte der Kriminalprävention, Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW
- INGERSOLL**, RICHARD [1990]: Die Tunnels der Liebe. Unterhalb von Houston. In: archithese (1990) 1, S. 28-30

- JACOBS, JANE** [1961]: The Death and Life of the Great American Cities. New York: Random House
- KAISER, GÜNTHER** [1990]: Die gefährliche Stadt? In: PETER ZELLER (Hrsg.): Stadt der Zukunft. Zürich: vdf, S. 245-256
- KASINITZ, PHILIP** [1995a]: Introduction Part I: Modernity and the Urban Ethos. In: DERS. (Hrsg.): Metropolis: Center and Symbol of Our Times. New York: University Press, S. 17-20
- KASINITZ, PHILIP** [1995b]: Introduction Part IV: Social Relations and Public Places. In: DERS. (Hrsg.): Metropolis: Center and Symbol of Our Times. New York: University Press, S. 273-279
- KÖRNER, CHRISTOPH** [2000]: Der überwachte Raum. Die Auflösung der Anonymität in der Öffentlichkeit. In: archithese (2000) 4, S. 20-27
- LEFAIVRE, LIANE** [1990]: Dirty Realism (Editorial). In: archithese (1990) 1, S.12
- LEGATES, RICHARD / FREDERIC STOUT** [1996] (Hrsg.): The City Reader. London / New York: Routledge
- LEUTHARDT, BEAT** [1996]: Leben Online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch
- LOUKAITOU-SIDERIS, ANASTASIA** [1990]: Designing the Inaccessible Plaza. In: MARC M. ANGELIL (Hrsg.): On Architecture, the City, and Technology. Stoneham: Butterworth-Heinemann
- LOUKAITOU-SIDERIS, ANASTASIA** [1993]: Privatisation of Public Open Space. The Los Angeles Experience. In: Town Planning Review 64 (1993) 2, S. 139-167
- MCKAY, TOM** [2000]: CPTED-Tunnel Vision. Nach: [www.peelpolice.on.ca/tunnel](http://www.peelpolice.on.ca/tunnel) (Stand: 22.2.00)
- MCKENZIE, EVAN** [1994]: Privatopia. Homeowner Associations and the Rise of Residential Private Government. New Haven / London: Yale University Press
- MITSCHERLICH, ALEXANDER** [1992]: Die Unwirtlichkeit unserer Städte: Thesen zur Stadt der Zukunft. Stuttgart u.a.: Dt. Bücherbund
- NCP** [2000]: Program Ideas (National Crime Prevention Council). Nach: [www.ncpc.org](http://www.ncpc.org) (Stand: 22.2.00)
- NEWMAN, OSCAR** [1972]: Defensible Space. New York: Macmillan
- NORRIS, CLIVE / ARMSTRONG, GARY** [1999]: The Maximum Surveillance Society. The Rise of CCTV. Oxford / New York: Berg
- OC, TANER / TIESDELL, STEVEN** [1997]: Safer City Centres. The Role of Closed Circuit Television. In: DIES. (Hrsg.): Safer City Centres - Reviving the Public Realm. London: Paul Chapman Publishing, S. 130-142
- PRIVACY INTERNATIONAL** [1995]: Statement 14.10.1995 (o.A.). Nach: [www.privacyinternational.org/issues/ccztv/cctv/statement](http://www.privacyinternational.org/issues/ccztv/cctv/statement) (Stand: 16.03.00)
- RONNEBERGER, KLAUS/ LANZ, STEPHAN/ JAHN, WALTER** [1999]: Die Stadt als Beute. Bonn: Dietz
- RUHMANN, INGO** [1998]: Die telekommunikative Überwachungsspirale. In: CILIP 60 (1998) 2, S. 28-35

- RUTH, INA [1999]: Medien und Straftaten - Über die mediale Verknüpfung von Einwanderung und Kriminalität in Deutschland. In: Forum Wissenschaft 16 (1999) 2, S. 22-24
- SAFETY FIRST [2000]: Innere Sicherheit im städtischen Raum (Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung im Kulturzentrum Schlachthof, Bremen, 14.09.00-12.10.00)
- SASSEN, SASKIA [1991]: The Global City. New York, London, Tokyo. (5. Dr.) Princeton, New York u.a.: Princeton University Press
- SCHLÖR, JOACHIM [1994]: Über die Rede von Unsicherheit und ihre Gefahren. Nachrichten aus vergangenen und gegenwärtigen Großstadtnächten. In: Stadtbauwelt 122 (1994) 4, S. 1339-1345
- SCHULZ, WOLFGANG [1993]: Städtebauliche Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Verbrechensverhütung. In: ILS (Hrsg.): Mehr Sicherheit in der Stadt - Stadtentwicklungspolitische Aspekte der Kriminalprävention. Dortmund: ILS, S. 7-9
- SENNETT, RICHARD [1997]: Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- SIEGEL, FRED [1995]: Reclaimig Our Public Spaces. In: PHILIP KASINITZ (Hrsg.): Metropolis: Center and Symbol of Our Times, New York: University Press, S. 369-383
- SMITH, NEIL [1996]: The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. London/ New York: Routledge
- SOJA, EDWARD [1995]: Postmodern Urbanization. The Six Restructurings of Los Angeles. In: S. WATSON / K. GIBSON (Hrsg.) : Postmodern Cities and Spaces. Oxford (u.a.): Blackwell, S. 125-137
- SORKIN, MICHAEL [1996]: Introduction: Variations on a Theme Park. In: DERS. (Hrsg.): Variations on a Theme Park: The New American City and the End of Public Space. New York: Hill and Wang (=1. Auflage bei Noonday, 1992), S. xi - xv
- THE USUAL SUSPECTS** [2000]: (o.A.) Nach: [www.merlin.legend.org.uk/~brs/archive/stories97/Suspects](http://www.merlin.legend.org.uk/~brs/archive/stories97/Suspects) (Stand: 18.3.00)
- TOWNSHEND, TIM [1997]: Safer City Centres. The Role of Public Lighting. In: TANER OC / STEVEN TIESDELL (Hrsg.): Safer City Centres - Reviving the Public Realm. London: Paul Chapman Publishing, S. 119-129
- URBAN 21** [2000]: Abschlusserklärung (o.A.). Nach: [www.urban21.de](http://www.urban21.de) (Stand: 23.11.00)
- VOß, MICHAEL [1997]: Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Bereich. In: Widersprüche 17 (1997) 63, S. 37-49
- WAGNER, MONIKA [1993]: Privatisierung von Kunst und Natur im öffentlichen Raum. Die Plazas von Manhattan. In: HARTMUT HÄUBERMANN / WALTER SIEBEL (Hrsg.): New York. Strukturen einer Metropole. Edition suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 286-298
- WEHRHEIM, JAN [2000]: Kontrolle durch Ausgrenzung. Gated Communities in den USA. In: ARCH+ 152/153 (2000)10, S. 112-121
- WEICHERT, THILO [1998]: Audio- und Videoüberwachung - Kontrolltechniken im öffentlichen Raum. In: Bürgerrechte und Polizei /CILIP 60 (1998) 2. Nach: [www.cilip.de/ausgabe60/audiovideo.html](http://www.cilip.de/ausgabe60/audiovideo.html) (Stand: 03.03.00)
- WEINTRAUB, JEFF [1995]: Varieties and Vicissitudes of Public Space. In: PHILIP KASINITZ (Hrsg.): Metropolis: Center and Symbol of Our Times. New York: University Press, S. 280-315

- WHAT IS CPTED? [2000] (o.A.): Nach: [www.city.mississauga.on.ca](http://www.city.mississauga.on.ca) (Stand: 22.2.00)
- WHITAKER, REG [1999]: Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter. München: Verlag Antje Kunstmann
- WHYTE, WILLIAM [1988]: City. Rediscovering the Center. New York (u.a.): Doubleday
- WILSON, J.Q./ KELLING, G.L. [1982]: The Police and Neighborhood Safety. Broken Windows. In: Atlantic Monthly, (1982) 3, S. 29-39. (=Dt. Übersetzung in: Kriminologisches Journal. 28 (1996) 2, S.121-137)
- WIRTH, LOUIS [1938]: Urbanism as a Way of Life. American Journal of Sociology 44 (1938) 1
- WOOD, ANDY [2000]: Spaghetti Dinners and Fireflies in a Jar: Commodified Nostalgia in Disney's Celebration. Nach: [www.sjsu.edu/faculty/wooda/celebration](http://www.sjsu.edu/faculty/wooda/celebration) (Stand: 11.09.00)
- WRIGHT, STEVE [1998]: An Appraisal of Technologies of Political Control (Arbeitspapier). European Parliament, Directorate General for Research / Directorate B/The STOA Programme. Nach: [www.cryptome.org/stoa-atcp](http://www.cryptome.org/stoa-atcp) (Stand: 20.12.1999)
- WUNDERLICH, Stefan [2000]: Vom digitalen Panopticon zur elektrischen Heterotopie. Foucaultsche Topographien der Macht. In: ARCH+ 152/153 (2000) 10, S. 84-90
- ZÜHLKE, WERNER [1993]: Stadtentwicklung und Kriminalität. Einführung. In: ILS (Hrsg): Mehr Sicherheit in der Stadt - Stadtentwicklungspolitische Aspekte der Kriminalprävention, Dortmund: ILS, S. 5-6**
- ZUKIN, SHARON [1993]: Landscapes of Power. From Detroit to Disney World. 2. Aufl., Berkley / Los Angeles / Oxford: Univ. of California Press
- ZUKIN, SHARON [1995]: The Cultures of Cities. Oxford UK / Cambridge USA: Blackwell
- ZEITUNGEN / ZEITSCHRIFTEN / FERNSEHBERICHTE**
- FOCUS 33/00, S. 49-60: Im Land der 1000 Augen (Kerstin Holzer / Markus Krischer)**
- FR 18.11.99, S. 29: Freiwillige Polizisten mit Pfefferspray auf Streife (Michael Grabenströer)
- FR 01.07.00 (MAGAZIN), S. 3: Deutschland im Kaufrausch (Ralf Schlüter)
- FR 06.07.00, S. 4: Flächendeckende Videoüberwachung abgelehnt (Karl-Heinz Baum)
- GUARDIAN 15.07.99: CCTV 'fails to cut crime and anxiety' (Gerard Seenan). Nach: [www.guardianunlimited.co.uk](http://www.guardianunlimited.co.uk) (Stand: 13.01.00)**
- GUARDIAN 09.11.99: Race case verdict blow to Yard (Vikram Dodd). Nach: [www.guardianunlimited.co.uk](http://www.guardianunlimited.co.uk) (Stand: 13.01.00)**
- GUARDIAN 08.12.99: We've all been framed (Chris Arnot). Nach: [www.guardianunlimited.co.uk](http://www.guardianunlimited.co.uk) (Stand 12.01.00)**
- GUARDIAN 16.12.99: The Bulger Case - Chronology (o. A.). Nach: [www.guardianunlimited.co.uk](http://www.guardianunlimited.co.uk) (Stand: 12.01.00)**
- HAMBURGER ABENDBLATT 19.1.00, S. 11: Kaum einer entgeht den Videoaugen (Jens Meyer-Wellmann)**
- JUNGLE WORLD 09.02.00, Nr. 7, S. 11: Hand im Schritt (Arthur Leone)**

JUNGLE WORLD 05.04.00, Nr. 15, S. 10: Elektronische Augen der Stadt (Walther Lahn / Stephan Lanz)

JUNGLE WORLD 04.10.00, Nr. 41, S. 16-18: Nichts wie weg (Florian Schneider)

JUNGLE WORLD 25.10.00, Nr. 44, S. 15-18: No Escape. Zeig mir dein Profil - Über Kontrolle und Anonymität im Internet (Christoph Engemann / Anna Tuschling)

**KONTRASTE** 30.07.1998: Abreißen oder Sanieren: Was tun gegen soziale Brennpunkte? Sender Freies Berlin (Tina Soliman). Nach: [www.kontraste.de](http://www.kontraste.de) (Stand 29.11.00)

**L.A. TIMES** 09.04.00: Rampart Revelations Upset City Residents (Jim Newton). Nach: [www.latimes.com/news/timespolice/stories/20000409/t000033325](http://www.latimes.com/news/timespolice/stories/20000409/t000033325) (Stand: 08.11.00)

**MONDE DIPLOMATIQUE** 03/ 98, S. 22-23: Moderne Methoden der sozialen Kontrolle - Der öffentliche Raum im Fadenkreuz der Kameras (André Vitalis)

**MONDE DIPLOMATIQUE** 01/ 99, S. 12-13: ECHELON - Globale Überwachung unter der Regie der USA (Philippe Riviere)

**NEW STATESMAN & SOCIETY** 12.10.90, S. 27: Open and shut (Rowan Moore)

**OBSERVER** 2.5.99: Surveillance (Richard Thomas). Nach: [www.guardianunlimited.co.uk](http://www.guardianunlimited.co.uk) (Stand: 13.01.00)

**SPIEGEL** 28/ 97, S. 48-61: Der Ruf nach Obrigkeit (Thomas Darnstädt)

**SPIEGEL** 27/ 99a, S. 112-122: Der Nakte Untertan (Uwe Buse / Cordt Schnibben)

**SPIEGEL** 27/ 99b, S. 122-124: Wir kriegen sie alle (Uwe Buse)

**SPIEGEL** 46/ 99, S. 76-77: Guck und Greif (Hans-Jörg Vehlewald/ Andreas Wassermann)

**SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** 28.08.00: Angst vor Banditen in Blau (Klaus Brill)

**TAZ (BERLIN)** 23.05.98, S. 27: Vertreter sind mal durchgehuscht (Uwe Rada)

**TAZ (BREMEN)**, 10.5.00, S.21: Marktvergabe nach Gutsherren-Art (o. A.)

**TAZ (BREMEN)** 30.09.00, S. 23: Protest gegen IWF und Weltbank (o. A.)

**VILLAGE VOICE** 30.10.98: Spycam City (Mark Boal). Nach: [www.villagevoice.com/issues/9840/boal](http://www.villagevoice.com/issues/9840/boal) (Stand: 09.03.00 )

**VILLAGE VOICE** 02.12.98: Spycam Chic (Mark Boal). Nach: [www.villagevoice.com/features/9849/boal](http://www.villagevoice.com/features/9849/boal) (Stand: 09.03.00 )

**WELT** 11.10.2000, S. 39: Moderne Videotechnik überführt Verbrecher. Deutsche Firma entwickelt intelligentes Verfahren zur Gesichtserkennung - Analyse von Verhaltensmustern (Bettina Seipp)

**WK** 16.05.00, S. 9: Werbung, Service und auch Spielerei (Elke Hoesmann)

**WK** 17.05.00, S. 16: Polizei will auch ohne Verdacht überprüfen (Rose Gerdts-Schiffler)

**WK** 27.10.00, S. 2: Der Mensch im Fadenkreuz (Krischan Förster)

**WOCHE** 26.11.99, S. 27: Orwell lässt grüßen (Marc Pitzke)